

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 36, Dezember 2015

Wohlstands- und Wohlfahrtsdimensionen im Wandel Eine Betrachtung auf der Basis von 43 Ländern

Dieter Holtmann

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



ISSN 1612-6602

Inhaltsverzeichnis

1. PERFORMANZKRITERIEN FÜR DEN VERGLEICH DES SOZIALEN WANDELS VON GESELLSCHAFTEN.....	1
2. VERSCHIEDENE PFADE DER MODERNISIERUNG (POLITISCHE REGIME, PRODUKTIONSREGIME UND WOHLFAHRTSREGIME)	9
2.1 DIE DREI WELTEN DES WOHLFAHRTSKAPITALISMUS GEMÄß ESPING-ANDERSEN	9
2.2 POLITISCHE REGIME, PRODUKTIONSREGIME UND WOHLFAHRTSREGIME	9
2.3 SECHS IDEALTYPEN VON WOHLFAHRTSREGIMEN.....	12
2.4 DIE BERÜCKSICHTIGTEN LÄNDER BZW. LÄNDERGRUPPEN	16
2.5 VERSCHIEDENE PFADE DER MODERNISIERUNG	18
3. DIE INNOVATIONSFÄHIGKEIT VON STAATEN ALS GESELLSCHAFTLICH WÜNSCHENSWERTES ZIEL	20
4. DIE WELTFINANZKRISE UND DIE EUROKRISE ALS AKTUELLE GESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN.....	26
5. BILDUNG UND NACHSORGENDE SOZIALE SICHERUNG SOWIE BEFÄHIGUNG ZUR AUTONOMIE	30
5.1 BILDUNG UND NACHSORGENDE SOZIALE SICHERUNG IN DEN VERSCHIEDENEN LÄNDERN UND WOHLFAHRTSREGIMEN	31
5.2 AUTONOMIE ALS DIE BEFÄHIGUNG ZUM SELBSTBESTIMMTEN HANDELN IN DEN VERSCHIEDENEN LÄNDERN UND WOHLFAHRTSREGIMEN.....	36
6. WOHLSTAND NACH DER WELTFINANZKRISE, WOHLSTAND VERSUS ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT, BILDUNGS- UND EINKOMMENSARMUT, GLEICHHEIT DER TEILHABE	41
6.1 WOHLSTAND UND WACHSTUM: DIE BUNDESREPUBLIK IM INTERNATIONALEN VERGLEICH	42
6.2 DIE ÖKONOMISCHE BEWÄLTIGUNG DER WELTFINANZKRISE IN DEN VERSCHIEDENEN WOHLFAHRTSREGIMEN	46
6.3 DIE KEHRSEITE VON WOHLSTAND UND WACHSTUM: ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	47
6.4 GLEICHHEIT DER TEILHABE: EINKOMMENSUNGLEICHHEIT SOWIE BILDUNGS- UND EINKOMMENSARMUT IM VERGLEICH DER LÄNDER UND WOHLFAHRTSREGIME	56
7. DIE FRAUENFREUNDLICHKEIT VON LÄNDERN UND WOHLFAHRTSREGIMEN IM EMPIRISCHEN VERGLEICH	63
8. MIGRANTENFREUNDLICHKEIT SOWIE DAS AUSMAß DER SOZIALEN INTEGRATION.....	68
8.1 ANERKENNUNG DER BESONDERHEITEN: MIGRANTENFREUNDLICHKEIT IN VERSCHIEDENEN LÄNDERN UND WOHLFAHRTSREGIMEN.....	68
8.2 DAS AUSMAß DER SOZIALEN INTEGRATION IN VERSCHIEDENEN LÄNDERN UND WOHLFAHRTSREGIMEN	76
9. ZUSAMMENFASSENDE VERGLEICH DER LEBENSBEDINGUNGEN: ZUR PERFORMANZ DER WOHLFAHRTSREGIME.....	83
9.1 PERFORMANZPROFILE DER WOHLFAHRTSREGIME	83
9.2 EIN SYSTEM GESELLSCHAFTLICHER DAUERBEOBACHTUNG ZUR ERFASSUNG DER WOHLFAHRT DER NATIONEN.....	90
LITERATURVERZEICHNIS.....	91

1. Performanzkriterien für den Vergleich des sozialen Wandels von Gesellschaften¹

Überblick

In der Weltarbeitsteilung nimmt die Bundesrepublik einen privilegierten Platz ein: Dies lässt sich am Ergebnis – etwa zusammenfassend am Lebensstandard, gemessen als durchschnittliches Einkommen – ablesen. Die privilegierte Stellung im Lebensstandard lässt sich nur halten, wenn die Bundesrepublik in der Weltarbeitsteilung weiterhin einen hohen Anteil an qualifizierter Arbeit übernimmt, d.h. es kann auf Dauer nur verteilt werden, was vorher erwirtschaftet wurde, Produktion und Distribution muss man im Zusammenhang betrachten. Und beide sind in den Interessen und Werten der Gesellschaft sowie in ihren Institutionen verankert, d.h. zusammenfassend: in ihrer Sozialstruktur.

Ich vertrete hier die These, dass die Konkurrenz bisher die stärkste Dynamikkraft gesellschaftlicher Entwicklung ist. Die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten ist – wie schon Bornschiefer (1988) vertrat – in ihrer Sozialstruktur verankert, wobei einige der Bedingungen und Faktoren herausgearbeitet werden sollen. Als Voraussetzung von Forschung, Entwicklung und Innovationsfähigkeit können die öffentlichen und privaten Investitionen in das Bildungssystem insgesamt betrachtet werden. Bei der Innovationsfähigkeit von Ländern wird zwischen Input und Output unterschieden (vgl. Kap. 3).

Mein theoretischer Ansatz besteht darin, die „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ von Esping-Andersen (1990) zu erweitern um das „familistische“ Gesellschaftsmodell mit sozialstaatlicher Absicherung auf eher niedrigem Niveau und die Gruppe der postsozialistischen Länder, die sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung befinden, sowie das produktivistische, aufstiegsorientierte Wohlfahrtsregime Ostasiens. Die verschiedenen Wohlfahrtsregime sind gemäß meinem Modell verankert in unterschiedlichen politischen Regimen und Produktionsregimen, mit denen sich verschiedene Modernisierungspfade unterscheiden lassen (vgl. Kap. 2).

Die aktuelle Herausforderung für die Erwerbsbeschäftigung ist die große Rezession nach der Weltfinanzkrise ab 2008. Im Krisenjahr 2009 gab es in fast allen Ländern einen Konjunkturunbruch mit steigender Arbeitslosigkeit (vgl. Kap. 4).

¹ Der folgende Aufsatz fasst die wichtigsten Ergebnisse der Studie „Holtmann, Dieter: Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen im Wandel. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und soziale Sicherung, Frauenfreundlichkeit sowie Migrantenfreundlichkeit und Gleichheit der Teilhabe, soziale Integration und Autonomie im internationalen Vergleich. Aachen 2014: Shaker Verlag.“ zusammen. Die ausführlichen Tabellen mit Quellenangaben können hier aus Platzgründen nicht aufgeführt werden.

Bei der sozialen Sicherung wird unterschieden in die Vorsorge durch Bildungsinvestitionen und die Nachsorge durch Sozialleistungen. Insbesondere durch Bildungsinvestitionen kann man die Bevölkerung befähigen zur Autonomie im Sinne der faktischen Wahrnehmung von formalen Wahlmöglichkeiten (vgl. Kap. 5).

Der Wohlstand eines Landes kann institutionell unterschiedlich angestrebt werden. Es ist einer der charakteristischen Unterschiede von Gesellschaften, ob die Brutto-Ungleichheit auf der Basis gemeinschaftlicher Werte niedrig gehalten wird wie etwa in Japan, durch sozialstaatliche Umverteilung eine niedrige Netto-Ungleichheit erreicht wird wie z.B. in Schweden oder die wirtschaftliche Dynamik durch einen Liberalismus angestrebt wird, der gleichzeitig Ungleichheiten in der Verteilung in Kauf nimmt wie etwa in den USA (vgl. Kap. 6.1). Als Kehrseite des Wohlstands werden die Umweltbelastungen sowie die Entlastungsbemühungen untersucht (vgl. Kap. 6.3). Die Gleichheit der Teilhabe wird in Kap. 6.4 diskutiert.

Die Weltfinanzkrise ab 2008 und die Eurokrise ab 2011 sind die aktuellen Herausforderungen für die Entwicklung von Wohlstand und Wohlfahrt in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen (vgl. Kapitel 4): Das Platzen der Immobilienpreisblase in den USA führte wegen der globalen Vermarktung der Kreditverbriefungen zu einer weltweiten Kredit- und Bankenkrise. Am stärksten engagiert und deshalb auch von der Bankenkrise besonders betroffen waren die USA, Großbritannien/Nordirland, Island und Irland. Auf die Kreditkrise folgte eine große Rezession, in der das in Fremdwährung kreditfinanzierte Wachstumsmodell der baltischen Länder am stärksten abstürzte. Exportorientierte Nationen wie Deutschland fielen in der großen Rezession zwar auch stark ab, erholten sich aber wegen ihrer Exportstärke mit der weltweiten Erholung auch besonders schnell. Wegen der notwendigen Bankenrettungen aufgrund der Weltfinanzkrise und der erforderlichen Konjunkturprogramme wegen der großen Rezession stieg in vielen Nationen die Staatsverschuldung. Dies betraf wegen der großen Bankenkrise insbesondere Irland, Island und schließlich auch Spanien sowie wegen der geringen Wettbewerbsfähigkeit in der großen Rezession insbesondere Griechenland und Portugal. Die Verschuldung Griechenlands war der Anlass zur folgenden Eurokrise, die einige Schwachpunkte der Konstruktion der Eurozone aufdeckte. Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise verlief in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen unterschiedlich (vgl. Kapitel 6.2): Die familistischen Länder Südeuropas haben im Kontext der Weltfinanzkrise am ehesten stagniert und sind damit im Wohlstandsniveau im Vergleich zu den anderen Ländern zurückgeblieben, während die produktivistischen Länder Ostasiens – insbesondere Südkorea – sowie China zu den ökonomisch erfolgreichsten Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise gehören.

Die Veränderungen in der Produktion sind ohne die Veränderungen in der Reproduktion nicht gut verständlich, da Erwerbsarbeit und private

Haushaltsführung eng miteinander verflochten sind. Da die Arbeitsteilungen in Produktion und Reproduktion stark nach Geschlecht strukturiert sind, spielen die Geschlechterverhältnisse neben den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen eine große Rolle bei der Variationsbreite der verschiedenen Gesellschaften. – Die Bundesrepublik wird insbesondere verglichen mit den Prototypen USA, Schweden und Japan: Die USA wird hier als Prototyp individualistischer und wirtschaftsliberaler Modernisierung verstanden. Schweden als Prototyp einer sozialstaatlich-individualistischen Modernisierung; Japan schließlich wird hier als Prototyp einer konservativen Modernisierung charakterisiert, während die Bundesrepublik in diesem Bezugsrahmen eher in einem mittleren Bereich rangiert. Die Frauenfreundlichkeit von Ländern wird anhand der Partizipation in Politik, Arbeitsmarkt und Bildungssystem verglichen (vgl. Kap. 7).

Die Migrantenfreundlichkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen wird in den Dimensionen der Offenheit für Migration und der Partizipation der aufgenommenen Migranten verglichen (vgl. Kap. 8.1). Die Gesellschaften werden ferner daraufhin verglichen, wie gut die soziale Integration – in den Arbeitsmarkt („having“), in Unterstützungsnetzwerke („loving“) und in die Zivilgesellschaft („being“) – gelingt (vgl. Kap. 8.2).

Zusammenfassend wird die Performanz der verschiedenen Wohlfahrtsregime anhand der im Vorhinein (in Kap. 1) aufgestellten Qualitätskriterien verglichen (vgl. Kap. 9).

Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität

Wie der englische Begriff „welfare“ umfasst der Begriff *Wohlfahrt* einerseits die individuelle Lebensqualität und andererseits die öffentliche Infrastruktur.

Während die *individuelle Lebensqualität* früher im Schwedischen Modell der Wohlfahrtsforschung genau im Hinblick auf Ressourcen konzipiert wurde, ist im Laufe der Zeit ein breiteres Verständnis vorgeschlagen worden, vgl. z. B. „Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research“ von Allardt (wiederabgedruckt in Nussbaum/Sen 1993). Eine relevante Akzentuierung hat der Nobelpreisträger für Ökonomie Sen vorgeschlagen: Man muss über „capabilities“ (Befähigungen und Möglichkeiten) verfügen, um Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrnehmen zu können (vgl. Sen 1993: Capability and well-being).

Die *öffentliche Wohlfahrt* wird im internationalen Vergleich in Betonung der Bedeutung der institutionellen Entwicklungspfade seit Esping-Andersen 1990 überwiegend in der Form unterschiedlicher *Wohlfahrtsregime* konzipiert, die unterschiedliche Wohlfahrtsziele und Ausmaße öffentlicher Unterstützungsleistungen beinhalten. Idealtypisch wird unterschieden zwischen einem umfassenden sozialdemokratisch-egalitären skandinavischen Wohlfahrtsregime, einem Status-konservierenden kontinentalen

Wohlfahrtsregime und einem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime mit bedürftigkeitsprüfender Armenfürsorge.

Zum weltweiten Vergleich von Wohlfahrt und Lebensqualität erstellen die Vereinten Nationen jährlich einen „Human Development Report“, in dem alle Nationen der Welt bzgl. der Humanressourcen, der Produktivität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Befähigung („Empowerment“) verglichen werden. Wegen der Vielzahl der berücksichtigten Nationen werden viele feine Unterschiede in den entwickelten Ländern allerdings nicht betrachtet.

Um die *subjektive* Bewertung von Wohlfahrt und Lebensqualität zu erfassen, ist das Konzept der „Allgemeinen Lebenszufriedenheit“ und der „Zufriedenheit mit spezifischen Lebensbereichen“ entwickelt worden, welche mit den Methoden der empirischen Sozialforschung erhoben werden (für die Bundesrepublik Deutschland vgl. z. B. die regelmäßigen Datenreporte und die regelmäßigen Erhebungen des sozioökonomischen Panels). Im Folgenden werden dazu die Gallup-Erhebungen berücksichtigt, ob die Bevölkerung in den betrachteten Ländern zufrieden ist mit den Wahlfreiheiten, zu leben, wie man/frau möchte.

Zur Frage der Performanz von Wohlfahrtsregimen

Wie Gesellschaften Wohlfahrt organisieren und institutionalisieren, drückt ihre grundlegenden Wertvorstellungen über gutes Zusammenleben aus. Um zu betonen, dass Gesellschaften für gewisse Zeitperioden bestimmte gesellschaftspolitische Programme verfolgen, wird im Folgenden der Begriff der Wohlfahrtsregime verwendet, womit an Esping-Andersens Konzeption angeknüpft werden soll (vgl. Esping-Andersen 1990). Um die Performanz von Gesellschaften im Hinblick auf Wohlfahrt vergleichen zu können, werden aus der sozialphilosophischen Diskussion von „moral values“ (vgl. Goodin et al. 1999) eigene Kriterien sozialer Wohlfahrt entwickelt. Im Folgenden werden bei der Verortung der Bundesrepublik nach den ausgewählten Performanzkriterien als internationaler Kontext jeweils die Ergebnisse für 43 Länder dargestellt. (Die berücksichtigten Länder werden in Kap. 2.4 erläutert.)

Performanzkriterien zum Vergleich der Lebensbedingungen

Goodin et al. (1999) und Merkel (2001) erarbeiten jeweils Kriterien, mit denen sie die Performanz von Wohlfahrtsregimen beurteilen wollen. Goodin et al. (1999) schlagen sechs „moral values“ ohne Rangordnung vor, Merkel fünf Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit.

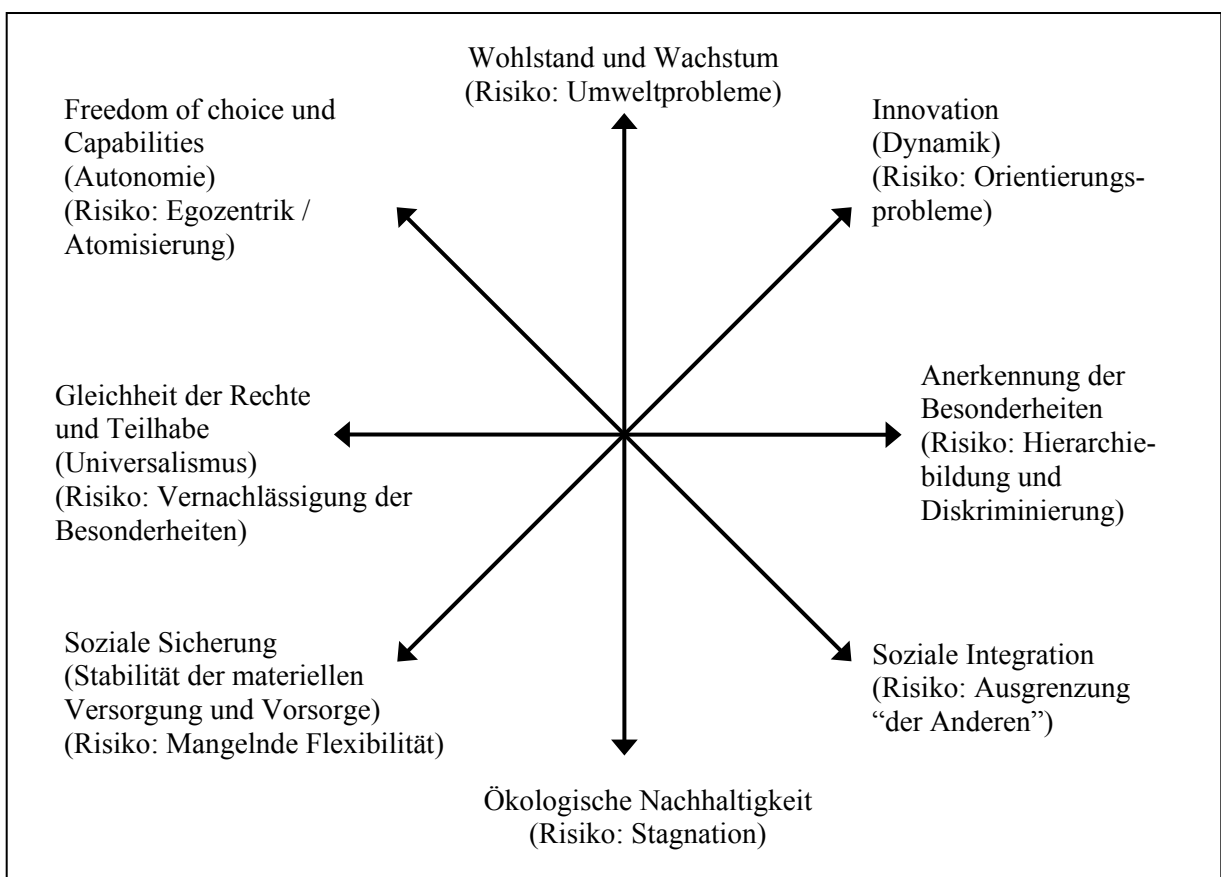
Um mögliche Zielkonflikte zu verdeutlichen, habe ich in Auseinandersetzung mit diesen Kriterienlisten vier Polaritäten zwischen je zwei Zielen vorgeschlagen, die in einem Sterndiagramm dargestellt sind (vgl. Abbildung 1-1). Die Ziele wurden alle positiv formuliert, z. B. ist hier der Gegenpol zu Universalismus nicht Partikularismus im Sinne von partikularen Interessen, sondern die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache

Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist.

Dass es Zielkonflikte gibt, bedeutet nicht, dass es unmöglich wäre, die Ziele gleichzeitig zu erreichen. So wachsen mit den Konsumbergen auch die Müllberge, aber es lassen sich auch Strategien entwickeln, die Umweltbelastungen zu verringern oder zu vermeiden sowie mit Technologie zu bearbeiten.

Abbildung 1-1: Gesellschaftlich wünschenswerte Ziele und Kriterien für Wohlfahrt

(Projektion von acht „moral values“ in zweidimensionale Darstellung)



Modell: Dieter Holtmann

Wohlstand und Wachstum sowie Ökologische Nachhaltigkeit

Goodin et al. beginnen ihre Kriterienliste mit „economic efficiency“, bemerken aber selbst, dass dies eigentlich „morally agnostic“ ist (ebenda: S. 15). In ihrer Fußnote 5 (S. 26) verweisen sie auf „material well-being“ als evtl. eigentliches Wohlfahrtsziel. Entsprechend würden wir von dem Ziel des Wohlstandes ausgehen, wobei man allerdings Geld- und Zeitwohlstand unterscheiden könnte. Wenn wir bei dem materiellen Wohlstand bleiben, den die Ökonomen kurz

durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf erfassen, so möchten wir das Ziel des Wachstums hinzufügen, da das Spannungsverhältnis gerade zwischen dem quantitativen Wachstum einerseits und – angesichts der Kehrseite des gleichzeitigen Wachstums der Müllberge der Konsumgesellschaft – der ökologischen Nachhaltigkeit andererseits besteht, d. h. einem Wirtschaften, das verträglich ist mit den Naturkreisläufen, vom Klima über die Luft bis zur Landschaftsqualität.

Bei Merkel (2001) findet man den Effizienzgesichtspunkt ansatzweise als Aktivierung durch den Sozialstaat.

Innovation sowie Soziale Sicherheit (Stabilität der materiellen Versorgung und Vorsorge)

Angesichts des sich ändernden Umfelds müssen ständig neue Problemlösungen gefunden werden. Deshalb sind Innovation und Dynamik ebenfalls wichtige Kriterien einer Gesellschaft, da der relative Wohlstand auf der relativen Produktivität im Vergleich zu anderen basiert. Schumpeter erwartete diese Innovationen vom dynamischen Unternehmer, heute spielen Forschung und Entwicklung eine entscheidende Rolle.

Während der Gesichtspunkt der Innovation bei Goodin et al. und Merkel fehlt, diskutieren Goodin et al. den Gegenpol, die soziale Stabilität. Die Systeme sozialer Sicherung sorgen für die Stabilisierung von Einkünften im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. Zudem machen Goodin et al. darauf aufmerksam, dass Stabilität auch den Aspekt umfasst, dass Individuen ihre Lebenspläne kontinuierlich verfolgen können, was gerade in Zeiten großer Umbrüche als Problemdimension deutlich wird.

Dem Gesichtspunkt der Stabilität entspricht bei Merkel das Ziel der sozialstaatlichen Sicherung, der Aspekte der Vorsorge wird durch die Investitionen in Bildung und Ausbildung thematisiert.

Anerkennung der Besonderheiten sowie Gleichheit der Rechte und Teilhabe

Die soziale Gleichheit wird in der Sozialphilosophie diskutiert zwischen den Polen „equal opportunity“ und „equal outcomes“ bzw. „equal resources“ und „equal welfare“, wobei ersteres die jeweils gemäßigttere Forderung ist.

Bei Merkel entspricht dem das Ziel der Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung, was ein wichtiger Aspekt der Gleichheitsproblematik ist. Goodin et al. und auch Merkel formulieren die Vermeidung bzw. Reduktion von Armut noch einmal als selbständiges Ziel, das andererseits in der Gleichheitsforderung implizit enthalten ist. Bei Goodin et al. findet man u. a. die Formulierung, dass Armut dann vermieden wird, wenn Personen über die grundlegenden materiellen Ressourcen verfügen, um am üblichen Leben in ihrer Kommune teilhaben zu können. Ansonsten besteht die Gefahr der „low intensity

citizen-ship“ (O'Donnell). Armut wird dabei verstanden als relative Armut, nämlich relativ zum jeweiligen Umfeld.

Der Gegenpol zum Universalismus der gleichen Rechte und Teilhabe scheint zunächst der Partikularismus im Sinne partieller Interessen zu sein. Positiv formuliert aber handelt es sich um die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist. Der Anerkennung der Besonderheiten wird von den genannten Autoren nicht thematisiert, spielt aber in der aktuellen Diskussion um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, Orientierungen und Lebensweisen eine große Rolle.

Die Frage der Umverteilung wird inzwischen ergänzt um die Frage der Anerkennung (vgl. Fraser und Honneth 2003).

Soziale Integration sowie „Freedom of choice and capabilities“ (Autonomie)

Goodin et al. definieren die Grenzen der Verwandtschaft als diejenigen, für die gilt: „to take care of“. Dies trifft die Problematik besser als ihr Argument der „mutual aid“, denn Kranken müsste bspw. auch ohne utilitaristische Rückversicherung geholfen werden. Im Deutschen scheint mir der Begriff der Unterstützungsnetzwerke geeignet, da er Familie, Freunde, Nachbarn usw. zusammenfasst. Das Risiko sozialer Exklusion andererseits steigt mit der Kumulation von Nachteilen.

Bei Merkel wird entsprechend die Inklusion in den Arbeitsmarkt als Ziel formuliert, die ein wichtiger Weg zur sozialen Integration ist. Arbeitslosigkeit andererseits beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und die Handlungsfähigkeit.

Als Gegenpol zur ständigen Einbindung in Verwandtschaftsnetzwerke könnte man Autonomie ansehen. „Freedom of choice“ kann man besser wahrnehmen, wenn man über die entsprechenden „capabilities“ (Sen 1993) verfügt, d.h. befähigt ist, die Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrzunehmen.

Dem „enabling“ (befähigen) entspricht bei Merkel das Ziel der Bildung und Ausbildung. Investitionen in Humankapital sind nach unserer Auffassung zentral, insofern sie Individuen befähigen, Problemlagen besser verstehen und bearbeiten zu können. Diese Handlungsfähigkeit wirkt präventiv auf mögliche Gefährdungen. Merkel setzt sie nach der Armutsreduktion auf seiner Prioritätenliste an die zweite Stelle, hebt aber auch ihre zentrale Multiplikatorfunktion für seine anderen vier Gerechtigkeitsziele hervor.

Ich halte die genannten acht Ziele alle für beachtenswert und würde angesichts der Vieldimensionalität der Problemlagen auf eine Prioritätensetzung zwischen diesen Zielen verzichten, da Entscheidungen eher kontextabhängig gefällt werden sollten.

In den folgenden Kapiteln wird die Performanz von 43 Ländern und – zusammenfassend – der verschiedenen Wohlfahrtsregime im Hinblick auf diese

acht gesellschaftlich wünschenswerten Ziele bzw. Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht:

Wohlfahrtsregime

Sozialdemokratisch:	Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark
Konservativ:	Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Schweiz
Wirtschaftsliberal:	USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien/Nordirland, Irland
Familistisch:	Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta, Zypern
Postsozialistisch:	Russland; Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen; Kroatien, Serbien
Produktivistisch:	Japan, Südkorea

Sonderfälle:

Türkei: Die Türkei ist u. a. als Beitrittskandidat der EU von Interesse, aufgrund des geringeren sozioökonomischen Entwicklungsstandes wird die Türkei als Sonderfall untersucht.

Südafrika: Südafrika wird als wachsendes Schwellenland inzwischen zur erweiterten „BRICS“-Gruppe gezählt. Das residuale Wohlfahrtsregime macht informelle Netzwerke zur sozialen Sicherung notwendig („informal security regime“).

Brasilien: Brasilien weist ein residuales Wohlfahrtsregime auf mit einem sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

China: China weist die ungewöhnliche Kombination einer ideologisch kommunistischen Regierung und einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung auf.

Indien: In Indien ist in den sozialen Sicherungssystemen bisher vieles nur Programm. Es gibt einen sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

2. Verschiedene Pfade der Modernisierung (Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime)

2.1 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen

In seinem modernen Klassiker zur Wohlfahrtsforschung „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) unterscheidet Esping-Andersen drei verschiedene Logiken von Wohlfahrtsregimen in dem „Dreieck“ der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie.

Der Regime-Begriff ist bei Esping-Andersen wie folgt definiert: „To talk of ‘a regime’ is to denote the fact that in the relation between state and economy a complex of legal and organizational features are systematically interwoven.“ (1990, S. 2)

Aus meiner Sicht ist der Vorteil des Regime-Begriffs, dass man damit die Kontinuität und den Wechsel von gesellschaftlich-politischen Programmen diskutieren kann: Ob z. B. der Thatcherismus, der mehrere Regierungsperioden umfasst, durch einen anderen wohlfahrtsstaatlichen Weg abgelöst wurde, d. h. ob ein Pfadwechsel stattfand und worin sich dann das neue gesellschaftlich-politische Programm von „New Labour“ unterscheidet.

In dem „liberalen“ Wohlfahrtsregimetyt dominiert die Marktlogik, der ausgleichende Wohlfahrtsstaat ist eher residual. Soziale Unterstützungsleistungen werden von strengen Bedürftigkeitsprüfungen („needs-tests“) abhängig gemacht. Ein Prototyp des liberalen Wohlfahrtsregimes ist die USA.

In dem „konservativen“ (gemeint ist: Status-konservierenden) Wohlfahrtsregimetyt sind in der Sozialversicherungstradition die Sozialleistungen abhängig von den vorher geleisteten Beiträgen und dadurch von der Erwerbsarbeit. Zu diesem Typ gehört auch Deutschland.

In dem „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimetyt dominieren die Prinzipien des Universalismus und der Dekommodifizierung: Der Zwang zur Annahme von Erwerbsarbeit zu jeder Bedingung wird durch den Sozialstaat reduziert, d. h. der „Warencharakter“ (commodity (engl.) = Ware) der Arbeitskraft wird reduziert durch Lohnersatzleistungen. Schweden ist der Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimetyts und das Prinzip des universalistischen Sozialstaats wurde institutionalisiert durch eine Allianz der Arbeiterbewegung mit den Mittelschichten.

2.2 Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

Soskice hat den Vorschlag gemacht, Produktionsregime zu unterscheiden, die Typen der Koordination von Unternehmen charakterisieren sollen (vgl. z. B.

Soskice 1999). Die unkoordinierten (in meiner Formulierung: wirtschaftsliberalen) Marktwirtschaften mit den USA als Beispiel werden kontrastiert mit den koordinierten, die bei Soskice untergliedert werden in die national koordinierten mit Aushandlungen zwischen den Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit Schweden als Beispiel und die sektoral koordinierten Produktionsregimen mit Deutschland als Beispiel, wo die Tarifpartner auf Branchenebene verhandeln. Eine weitere Form der Koordination findet sich in Japan, wo ein Ministerium dafür zuständig ist, die grundlegende Technologiepolitik etc. von Unternehmensgruppen zu koordinieren. Ich würde als weiteres Produktionsregime das staatssozialistische bzw. staatskapitalistische unterscheiden, in der die Planwirtschaft bzw. Marktwirtschaft durch die herrschende Partei organisiert wird. Kitschelt et al. (1999) machen bereits darauf aufmerksam, dass typischen Produktionsregimen spezifische Parteiensysteme und bestimmte Typen von Klassenkompromissen entsprechen.

Unter Verwendung des Klassenallianzen-Ansatzes, den z. B. auch Esping-Andersen verwendet, würde ich für diese drei Strukturierungen folgende kausale Ordnung vorschlagen: *Die Entwicklungspfade der Klassenallianzen strukturieren die Entwicklung der Produktionsregime, und die Entwicklung der politischen Regime und Produktionsregime strukturieren wiederum die Entwicklung der Wohlfahrtsregime* (vgl. Tabelle 2-1). Die Tabelle ist strukturiert durch die beiden Polaritäten von Leitvorstellungen in den beiden Diagonalen: Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung und autonom agierende Individuen versus soziale Sicherheit durch die Zugehörigkeit zu Familie bzw. Clan.

Durch eine erfolgreiche Allianz mit den Mittelschichten gewann die Sozialdemokratie hegemonialen Einfluss in Schweden und erreichte nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausbau des universalistischen Wohlfahrtsstaates mit hohem Niveau der sozialen Sicherheit.

In der Einwanderungskultur der USA gab es so viele kulturelle Konfliktlinien, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht so stark war, eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien abzuwenden. Mit der individualistischen Grundhaltung, dass jeder die eigene Verantwortung trägt, die Entwicklungschancen zu nutzen, und im Vertrauen auf die Effizienz des Marktes wurde die Wohlfahrt als residual konzipiert: Nur nach strenger Bedürftigkeitsprüfung sollten Wohlfahrtsleistungen gewährt werden.

Tabelle 2-1: Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

		Universalistische öffentliche Wohlfahrt ← → Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets			
Individualistisch ↑	Hegemoniale sozialdemokratische Parteien		Hegemoniale bürgerliche Parteien	Individualistisch ↑	
	National koordinierte Produktionsregime		Unkoordinierte (Wirtschaftsliberale) Marktwirtschaften		
	Individualistisch-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Schweden)		„Low labour protection“, aber kompetitives tertiäres Bildungssystem (Bsp.: USA)		
		Christliche, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie	Hegemoniale bürgerlich-nationale Parteien		
		Sektoral koordinierte Produktionsregime	Koordination von Unternehmensgruppen		
		Berufsständische Status-konservierende Wohlfahrtsregime, mittlere soziale Absicherung (Bsp.: Deutschland)	Produktivistisches Wohlfahrtsregime mit privatisierter Wohlfahrt (privates tertiäres Bildungssystem) (Bsp.: Japan)		
		Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)	Patriarchale bzw. autoritäre Regime		
		Nationale Koordinationsebene, aber schwache Verwaltung	Nationale Koordinationsebene		
		Status-konservierende residuale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Italien)	Patriarchale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Türkei)		
Kollektivistisch ↓	Hegemoniale kommunistische Parteien/ Hegemonialer Staat		Theokratische, patriarchale und autoritäre Regime	Kollektivistisch ↓	
	National koordinierte Produktionsregime		Staatlich gelenkte Wirtschaft auf der Basis religiöser Werte		
	Kollektiv-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Staatssozialismus in Russland vor 1991) (Bsp.: Staatskapitalismus in Weißrussland)		Theokratische Regime (Bsp.: Saudi-Arabien)		
		Universalistische öffentliche Wohlfahrt ← → Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets			

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bismarck'sche Sozialversicherungssystem die frühe Grundlage gelegt, dass die sozialen Sicherungssysteme den im Erwerbssystem erzielten Status bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter christdemokratischen Einfluss die soziale Marktwirtschaft ausgebaut, welche durch sozialdemokratische Einflüsse ergänzt wurde. Da die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beide stark waren, konnte weder die Arbeitgeberseite noch die Arbeitnehmerseite eine radikale Politikoption durchsetzen, weshalb sich eher „mittlere“ Lösungen durchsetzten, beim berufsständischen Wohlfahrtsregime z. B. ein mittleres Niveau der sozialen Sicherung.

Im japanischen Fall dominierten die bürgerlichen Parteien und entwickelten eine nationale Koordination der Unternehmungsgruppen durch ein entsprechendes Ministerium. Da die Unternehmen ihre Stammebelegschaft bereits sozial absicherten, blieb die staatliche Wohlfahrt residual. Die weiteren Absicherungen müssen deshalb die Familien übernehmen.

In Italien sind auch klientelistische Parteinetzwerke relevant, die Koordination durch den Staat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut. Auch hier sind die Familien als Wohlfahrtsproduzenten wichtig.

In den Ländern, in denen kommunistische Parteien die Hegemonie errangen (wie in Russland, China etc.), wurden Planwirtschaften entwickelt, in denen die Parteiführungen egalitäre Versorgungssysteme durchsetzten. Inzwischen wurden in Russland und China unterschiedliche Varianten eines staatlich dominierten Kapitalismus entwickelt.

Schließlich bilden theokratische Regime (wie z. B. Saudi-Arabien), in denen Staat und Kirche noch nicht entmischt sind, den Gegenpol zu einem Modell autonom agierender Individuen (wie z. B. in Schweden). Die Türkei ist eine Gesellschaft, die sich im Spannungsfeld von Modernisierung, Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. und theokratischen Strömungen entwickelt.

Im Folgenden wird die Bundesrepublik empirisch nur mit entwickelten Gesellschaften sowie mit den BRICS-Staaten verglichen².

2.3 Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen

In Erweiterung von Esping-Andersen (1990) sollen hier sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen unterschieden werden. Neben dem sozialdemokratischen Regime mit Prototyp Schweden werden das wirtschaftsliberale Regime (Esping-Andersen: „liberal“) mit Prototyp USA sowie zwei Varianten des (in der Terminologie von Esping-Andersen) „konservativen“ Regimes unterschieden:

² Die weniger entwickelten Länder ließen sich gemäß Gough und Wood (2004) in „Informal security regimes“ (Sicherheit im Rahmen der persönlichen Beziehungen) und „Insecurity regimes“ (es dominiert eher Unsicherheit) unterscheiden.

Das kontinentale berufsständische Regime bewahrt den Status der Erwerbsarbeit in den Sozialversicherungen, d. h. ist Status-erhaltend, als Prototyp kann man die Bundesrepublik Deutschland ansehen (oder auch Österreich). Im familistischen Regime Südeuropas spielt neben den Status-konservierenden Aspekten angesichts der residualen staatlichen Absicherungen die Familie eine noch wichtigere Rolle als Sicherheitsnetz (Ferrera 1996, 2005).

Während die Arbeit im sozialdemokratischen Regime solidarisch organisiert werden soll und größere Gleichheit durch staatliche Umverteilung der Erwerbslöhne angestrebt wird, steht im wirtschaftsliberalen Modell das Ziel der Effizienz im Zentrum, das durch Marktkonkurrenz erreicht werden soll. Das berufsständische Regime rangiert auf diesen Dimensionen mit der sozialen Marktwirtschaft dazwischen. Die Koordination der Wirtschaft wird im wirtschaftsliberalen Regime dem Markt überlassen, während der Staat im familistischen Regime stärker regulierend eingreift und im sozialdemokratischen Regime als Mediator zwischen den Korporationen vermittelt. Das berufsständische Regime mit der Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände rangiert dazwischen. Wie sich etwa an dem Steuersystem erkennen lässt, steht in Schweden im Unterschied zum Süden nicht die Familie, sondern das Individuum im Zentrum, das allerdings im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Modell durch ein soziales Sicherheitsnetz unterstützt wird. Im berufsständischen Modell wird der Verdienst nach Beruf und Familienstand geschichtet, was ähnlich zum südlichen Regimetyp ist. Das Leitbild für die Geschlechterrollen in traditionelleren Teilen des Südens sind unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen. Als Teilmodernisierung des Männlichen-Ernährer-Modells gilt die Verbreitung der Zuverdienerrolle der Frau in Form von Teilzeiterwerbstätigkeit, wie sie in den Niederlanden noch viel stärker verbreitet ist als in Deutschland. Im wirtschaftsliberalen Regime dominiert das Leitbild der „Gender neutrality“, der Staat interveniert nicht in die Privatsphäre, während im sozialdemokratischen Regime der Staat das „dual-earner model“ z. B. durch die

Besteuerung fördert. Die dominierenden Werte bzgl. der sozialen Sicherheit sind in traditionelleren Teilen der familistischen Länder in Südeuropa die Fürsorge durch Familie, Kirche und den residualen Staat sowie im berufsständischen Regime zusätzlich durch die Wohlfahrtsverbände, wobei gemäß der Subsidiarität zuerst die Familien zuständig sind. Im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst auf die freiwillige Hilfe gesetzt und eine residuale Unterstützung vom Staat wird nur nach Bedürftigkeitsprüfung (needs-test) gewährt.

Im sozialdemokratischen Regime dagegen wird die Zuständigkeit für die soziale Sicherheit dem Staat zugewiesen. Entsprechend sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen die Familie in traditionelleren Teilen des Südens, die Sozialversicherungen im berufsständischen Regime, der Markt im wirtschaftsliberalen und der Wohlfahrtsstaat im sozialdemokratischen Regime. Die Stratifizierungsdimension des „Konservatismus“ misst Esping-Andersen (1990, S.70) u. a. durch den berufsständischen Partikularismus, wie er sich in

der Anzahl der Rentensysteme zeigt (er nennt dies „Korporatismus“). Die konservativen und familistischen Länder weisen das stärkste Ausmaß an Partikularismus auf, die höchste Anzahl findet sich in Italien (12), gefolgt von Frankreich (10), Österreich und Japan (je 7) sowie Deutschland (6). Im sozialdemokratischen Regime Schwedens wird zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst unterschieden (die Anzahl beträgt also 2), aber auch die wirtschaftsliberalen Länder gehören zum universalistischen Pol, in Australien, Neuseeland und Irland gibt es sogar nur ein einziges Rentensystem – allerdings ist das allgemeine Versorgungsniveau in wirtschaftsliberalen Ländern im Durchschnitt deutlich niedriger als in sozialdemokratischen Ländern. Die privaten Zusatzversorgungen sind eine andere Möglichkeit, dies ist an dieser Stelle nicht gemeint. Die Finanzierung wird in traditionelleren Teilen des Südens zum Teil durch Beiträge und zum Teil durch die Familie erbracht, im berufsständischen Regime durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, im wirtschaftsliberalen residualen Regime zum Teil privat und zum Teil staatlich, während im sozialdemokratischen Regime der Wohlfahrtsstaat zuständig ist, und zwar auf der Basis einer hohen Besteuerung der Staatsbürger. Esping-Andersen (1990, S. 70) misst seine Stratifizierungsdimension des (Wirtschafts-)„Liberalismus“ u. a. durch die privaten Ausgaben für Gesundheit (als % der gesamten Ausgaben für Gesundheit). Die wirtschaftsliberale USA nimmt mit 57 % den Spitzenplatz bei der Privatfinanzierung ein. Am anderen Pol findet sich das sozialdemokratische Norwegen mit einem Anteil von nur 1 %. In den familistischen Ländern ist die Gesundheitsversorgung überwiegend staatlich, in Italien findet man dementsprechend nur einen Privatanteil von 12 % bei der Finanzierung. Die konservativen Länder liegen im mittleren Bereich, Deutschland z. B. weist einen Privatanteil von 20 % bei der Finanzierung auf (in der Messung Esping-Andersens). Die Basis des Anspruchs auf soziale Sicherheit ist im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft, dies gilt auch für das deutliche niedrigere Niveau der sozialen Sicherheit im wirtschaftsliberalen Regime. Im berufsständischen Regime ist das Niveau der sozialen Sicherheit nach Erwerbsstatus geschichtet. In traditionelleren Teilen des Südens übernimmt die Familie die Rolle des Sicherheitsnetzes. Kriterium für Ansprüche sind im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft (citizen: legal resident) und im berufsständischen Regime die Beiträge (contribution). Im familistischen Regime ist die Bedürftigkeit (need) das Kriterium für den Anspruch auf Unterstützung, im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst geprüft, ob der Bedürftige über keine eigenen Mittel verfügt (means-test). Der Umfang der sozialen Sicherung ist im sozialdemokratischen Regime umfassend (encompassing) und im wirtschaftsliberalen sowie im familistischen Modell von residualer Größe. Die Stratifizierungsdimension des „Sozialismus“ misst Esping-Andersen (1990, S. 70) u. a. durch die Gleichheit der Auszahlungen, festgemacht am Verhältnis der Basisleistung zur maximal möglichen Leistung. In diesem Sinne universalistisch sind die sozialdemokratischen Länder (Dänemark 99 %, Schweden 82 %), aber auch die beiden liberalen Länder

Australien und Neuseeland (jeweils 100 %), wobei allerdings in Schweden und Dänemark um die 90 % der Bevölkerung einen Zugang zu den Sicherungssystemen haben, während dies in Australien und Neuseeland jeweils nur ca. 33 % der Bevölkerung sind. Das Niveau der sozialen Sicherheit des berufsständischen Regimes rangiert zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen. Während im sozialdemokratischen Regime die Leistungen der sozialen Sicherheit vor allem in Form von entlohnten sozialen Dienstleistungen erbracht werden, bestehen die Leistungen im berufsständischen Regime überwiegend in finanziellen Transfers. Im wirtschaftsliberalen Modell gibt es z. B. Armenküchen als Dienstleistung und residuale finanzielle Leistungen.

Wenn man neben den nachsorgenden Sozialleistungen die vorsorgenden Bildungsleistungen berücksichtigen will, so stellt sich auch die Frage nach den entscheidenden Unterschieden in den Logiken der Bildungssysteme. Ein wichtiges Charakteristikum der konservativen Wohlfahrtsregime ist die frühe Selektion (im Alter von 10-12 Jahren) in Bildungswege mit unterschiedlich großen Perspektiven. Sowohl das sozialdemokratische als auch das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime setzen eher universalistisch auf eine späte Differenzierung, was gemäß den Ergebnissen der PISA-Studien zu im Durchschnitt deutlich besseren Ergebnissen führt. Andererseits sind in den wirtschaftsliberalen Ländern die Bildungschancen mit strukturiert durch die privaten Bildungsinvestitionen. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen spielt dies nur eine geringe Rolle, so dass nach den beiden genannten Kriterien zusammen der Universalismus auf der Bildungsdimension in den sozialdemokratischen Ländern am stärksten ausgeprägt ist.

Im familistischen Regime werden die Hilfeleistungen eher in persönlicher Form erbracht. Ferrera (1996, 2005) weist darauf hin, dass einerseits die Sozialversicherungen im Süden in der Bismarck-Tradition stehen – weshalb Esping-Andersen sie zum konservativen Typ zählt –, andererseits aber das Gesundheitssystem staatlich ist und eher der Beveridge-Tradition entspricht. Die Rolle des Staates ist nach Ferrera (2005) insgesamt eher schwach, weil die Familie wichtige Funktionen übernimmt, wegen des wenig kontrollierbaren informellen Wirtschaftssektors und wegen der schwachen Verwaltungen. Weil die rationale Verwaltung wenig entwickelt ist, spielen Klientelismus (Leistungen im Tausch gegen Parteiunterstützung) und Patronage (Begünstigungen, Korruption) in Südeuropa eine größere Rolle.

Die „postsozialistischen Länder“ in Mittel- und Osteuropa weisen als Gemeinsamkeit die staatssozialistische Vergangenheit auf, insofern werden sie im Folgenden vorläufig als fünfte Ländergruppe behandelt, die sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befindet. Die osteuropäischen Beitrittsländer haben sich von dem staatssozialistischen Wohlfahrtsregime bereits entfernt. Aber es gibt auch Länder wie Weißrussland, die die autoritäre Regulation durch den Staat beibehalten haben, auch wenn sie das Recht auf Privateigentum an

Produktionsmitteln eingeführt haben. Korosteleva (2007) charakterisiert Weißrussland deshalb als staatskapitalistisch. China ist eine weitere interessante Mischform, in der eine kommunistische Partei weiterhin politisch autoritär reguliert, aber mit Hilfe des Marktmechanismus und vieler einheimischer Unternehmer eine starke wirtschaftliche Dynamik entfacht hat, was King/Szelényi (2005) als „capitalism from below“ charakterisieren. Im Kontrast dazu sehen King/Szelényi z. B. im Falle Russlands einen „capitalism from above“ mit wenig einheimischen Unternehmern und geringer Dynamik. Die osteuropäischen Beitrittsländer der EU charakterisieren King/Szelényi als liberale Systeme, in denen das ausländische Kapital eine größere Rolle spielt als das einheimische und in denen es einige wirtschaftliche Dynamik gibt. Die Performanz dieser Länder über das reine Wirtschaftswachstum hinaus wird im Folgenden genauer untersucht.

Im Folgenden wird das produktivistische Wohlfahrtsregime mit Japan und Südkorea als Vertreter eines „asiatischen Kapitalismus“ (vgl. Amable 2003) in den Performanzuntersuchungen berücksichtigt und empirisch als sechster Aggregattyp von Ländern durch Durchschnittsprofile charakterisiert.

2.4 Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen

Im Folgenden werden 43 Länder berücksichtigt, die bei der Untersuchung der Sozialstruktur der Bundesrepublik im internationalen Vergleich und in der vergleichenden Wohlfahrtsforschung sowie politisch im Kontext der EU und ihrer Erweiterung eine besondere Rolle spielen.

Durch Region, Sprache und Kultur entstehen Diskurszusammenhänge und Lernprozesse, die Castles als „families of nations“ bezeichnet hat. Esping-Andersen (1990) unterscheidet verschiedene Wohlfahrtslogiken, deren Entstehung sich durchaus mit dem Konzept der „families of nations“ erklären ließe. Gemäß den unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion lassen sich die meisten Länder relativ eindeutig den verschiedenen Wohlfahrtsregimen zuordnen:

Sozialdemokratisch: Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark

Konservativ: Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Schweiz

Die *Niederlande* werden von Esping-Andersen (1990) als „sozialdemokratisch“ eingeschätzt, aber die clusteranalytische Überprüfung von Esping-Andersens Daten durch Obinger/Wagschal (1998) platzieren die Niederlande in unmittelbare Nachbarschaft zu Deutschland. Auch die Analyse von Ostner (1995) und unsere eigenen Analysen sprechen für eine Zuordnung der

Niederlande zur konservativen Wohlfahrtslogik: Wenn man im Dreieck der Wohlfahrtsproduktion – Staat/ Markt/ Familie – die Familie stärker berücksichtigt, so zeigt sich z. B., dass Frauen in den Niederlanden einen relativ geringen Anteil am Erwerbsarbeitsvolumen haben, d. h. umgekehrt stärker an der Wohlfahrtsproduktion in der Familie beteiligt sind.

Die *Schweiz* weist insbesondere konservative, u. a. durch seine Funktion im internationalen Finanzsystem auch wirtschaftsliberale und schließlich sozialdemokratische Elemente auf, weil in dem politischen Modell der Konkordanzdemokratie die großen Parteien alle an der Regierung beteiligt sind. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Auch in *Luxemburg* finden sich neben den Status-konservierenden Elementen durch die Funktion als wichtiger Anlageplatz im internationalen Finanzsystem einige wirtschaftsliberale Elemente. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Wirtschaftsliberal: USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Irland

Irland hat die Zusatzeigenschaft, mit von der katholischen Konfession geprägt zu sein. Bezüglich der Geschlechterrollen ist Irland deshalb eher konservativ. Dennoch dominiert die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik.

Familistisch: Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Malta, Zypern

Postsozialistisch: Russland; Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Estland, Lettland, Litauen; Kroatien, Serbien

In dieser vorläufigen Gruppierung aufgrund der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit ist *Russland* tendenziell ein Grenzfall, denn bei einigen Entwicklungen (etwa bei der Armutsquote) liegt Russland gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern zurück.

Produktivistisch: Japan, Südkorea

Japan: Japan ist ein Misch-Typ, der sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Charakteristika aufweist. Amable (2003) charakterisiert dies als „asiatischen Kapitalismus“, in dem die Wohlfahrt insofern privatisiert ist, als dass das tertiäre Bildungssystem in vergleichsweise hohem Ausmaß privat finanziert wird.

Sonderfälle:

Türkei: Die Türkei ist u. a. als Beitrittskandidat der EU von Interesse, aufgrund des geringeren sozioökonomischen Entwicklungsstandes wird die Türkei als Sonderfall untersucht.

Südafrika: Südafrika wird als wachsendes Schwellenland inzwischen zur erweiterten „BRICS“-Gruppe gezählt. Das residuale Wohlfahrtsregime macht informelle Netzwerke zur sozialen Sicherung notwendig („informal security regime“).

Brasilien: Brasilien weist ein residuales Wohlfahrtsregime auf mit einem sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

China: China weist die ungewöhnliche Kombination einer ideologisch kommunistischen Regierung und einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung auf.

Indien: In Indien ist in den sozialen Sicherungssystemen bisher vieles nur Programm. Es gibt einen sehr großen informellen Sektor (deshalb auch „informal security regime“).

2.5 Verschiedene Pfade der Modernisierung

Nach meinen Analysen empfiehlt es sich, nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung in Richtung Wachstum, Partizipation und Inklusion auszugehen. Die unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion, in denen die grundlegenden Werteprioritäten der verschiedenen Gesellschaften zum Ausdruck kommen und die sich in den institutionellen Entwicklungspfaden der Gesellschaften niederschlagen, dürften bei dem augenblicklichen Diskussionsstand das fruchtbarste Konzept sein, verschiedene gesellschaftliche „Welten“ zu unterscheiden. Neben den drei „Welten“ von Esping-Andersen – idealtypisch dem sozialdemokratischen, wirtschaftsliberalen und konservativen Wohlfahrtsregime – sollte man, wie in Kapitel 2.3 begründet wurde, das „familistische“ Wohlfahrtsregime unterscheiden, das in Südeuropa verbreitet ist, und – wegen der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit – die Gruppe der postsozialistischen Länder, die sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befinden. Ferner wird das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens berücksichtigt, das ökonomischen Aufstieg durch Exporterfolge auf dem Weltmarkt anstrebt.

Im Folgenden soll insbesondere im Hinblick auf Einkommensungleichheit und Armut gezeigt werden, dass sich die grundlegenden Logiken dieser sechs Wohlfahrtsregime deutlich unterscheiden lassen.

- *Sozialdemokratisch:* In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten dominiert das Leitbild gleicher sozialer Rechte. Deshalb sind die sozialen Sicherungssysteme universalistisch angelegt, es wird nicht geschichtet nach

dem Status im Erwerbssystem. Individuen werden individuell besteuert, die umfassenden Sozialleistungen bedürfen zur Finanzierung der weitgehenden Vollbeschäftigung – der Männer und der Frauen. Die Einkommensungleichheiten und die Armutsquoten werden niedrig gehalten, indem durch aktivierende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiken gegen Armut präventiv vorgesorgt wird und durch steuerliche Umverteilung die Brutto-Einkommensungleichheit reduziert wird.

- *Wirtschaftsliberal*: In den wirtschaftsliberalen Staaten wird stärker auf den Marktmechanismus gesetzt und auf eine allgemeine Leistungs- und Wettbewerbsorientierung. Die relativ dynamische Entwicklung der Unternehmen und der Beschäftigungsmöglichkeiten sind die Basis des im Regimevergleich mit höchsten Wohlstands. Da Gleichheit in der dominierenden Leitvorstellung als Chancengleichheit interpretiert wird, ist in erster Linie das Individuum für seine soziale Sicherung verantwortlich und Wohlfahrtsunterstützung wird erst nach strenger Bedürftigkeitsprüfung geleistet. Deshalb finden sich bei diesem Entwicklungspfad eher höhere Einkommensungleichheiten und höhere Armutsquoten.
- *Status-konservierend*: In den Status-konservierenden bzw. konservativen Wohlfahrtsstaaten werden feine Unterschiede in der sozialen Absicherung gemacht, aber auf einem mittleren Absicherungsniveau. Sowohl die Einkommensungleichheiten als auch die Armutsquoten liegen daher eher im mittleren Bereich. Diese Ausgestaltung des Wohlfahrtsregimes beruht auf den zentralen Werten von sozialer Sicherheit – die Absicherung gegen Risiken –, von Stabilität in den Lebensläufen und der Integration in die Gemeinschaft, häufig realisiert in den Vereinen und Verbänden der Zivilgesellschaft.
- *Familistisch*: Die etwas weniger wohlhabenden Länder des Südens sind einerseits eher Status-konservierend, setzen andererseits aber weniger Wohlstand ein für die soziale Absicherung, sondern ergänzen die familiäre Zuständigkeit nur um einen residualen Wohlfahrtsstaat. Die Ungleichheit und die Armutsquoten tendieren eher in Richtung des hohen Niveaus der wirtschaftsliberalen Länder. Wenn man als Leitkonzept die Familie als primären Wohlfahrtsproduzenten vorsieht und ihr die Verantwortung für die Reproduktions- und Pflegearbeit überträgt, müsste man sie auch finanziell unterstützen, was aber im residualen Wohlfahrtsstaat zu wenig geschieht. Im Ergebnis sind die Geburtenraten gerade im familistischen Wohlfahrtsregime am niedrigsten.
- *Postsozialistisch*: Die postsozialistischen Länder durchlaufen den aktuellen Modernisierungsprozess im Zeitraffer. Startend von einer egalitären Tradition haben sich die sozialen Ungleichheiten in den Transformationsprozessen vergrößert.

Gemäß meinen Beobachtungen bildet sich in der Gruppe der postsozialistischen Länder kein einheitliches Wohlfahrtsregime aus, sondern die postsozialistischen Staaten mit ihrer gemeinsamen (zwangs-)egalitären Vergangenheit differenzieren sich in ihren Ungleichheitspfaden inzwischen aus. Von den postsozialistischen Staaten weisen z. B. Slowenien und Tschechien ein niedriges Ungleichheitsniveau auf sowie Polen ein mittleres Ungleichheitsniveau ähnlich wie Deutschland. Russland hat inzwischen ein hohes Ungleichheitsniveau ähnlich wie die USA.

Die EU-Osterweiterung dürfte dazu beitragen, den Aufholprozess im Wohlstandsniveau bei den Beitrittsländern und den Nachbarländern zu unterstützen.

- *Produktivistisch*: Japan hat das Modell entwickelt, mit einer eindeutigen Orientierung auf den Weltmarkt sowie einer entsprechenden Förderung von Forschung und Entwicklung im Vergleich zu vielen anderen Ländern ökonomisch stark aufzusteigen. Diesem Modell ist inzwischen auch Südkorea erfolgreich gefolgt.

3. Die Innovationsfähigkeit von Staaten als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Aufstieg und Niedergang von Staaten hängen inzwischen weniger von militärischer Stärke als vielmehr von der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit ab. Hierzu vertrete ich die These, dass der zukünftige Wohlstand eines Staates am besten durch die Innovationsfähigkeit vorhergesagt werden kann, dies lässt sich partiell belegen durch eine sehr hohe Korrelation.

Über die Erwartungen der allgemeinen Modernisierungstheorien hinaus, dass im Zuge

Schließlich wird die Innovationsfähigkeit der betrachteten 43 Länder anhand des Inputs durch Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie des Outputs in Form der Verbreitung der Internetnutzung und der Anzahl der wichtigen Patente untersucht. Durch die Innovationsfähigkeit eines Landes lässt sich, wie gezeigt wird, der zukünftige Wohlstand eines Landes besonders gut abschätzen.

Innovationsfähigkeit als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Innovationen beschreiben neuartige Entwicklungen, Erfindungen oder Ideen, welche die Lebensqualität der Menschen zu verbessern helfen. In dieser breiten Bedeutung beschreibt die Innovationsfähigkeit das Ausmaß, in dem es Gesellschaften und Volkswirtschaften gelingt, sich an wandelnde Rahmenbedingungen anzupassen und diese Veränderungen aktiv mit zu gestalten. Arbeitsbedingungen, Produktionsverfahren und Technologien ändern sich in immer schnelleren Zeitabständen. Die Wissensintensität nimmt in nahezu

allen Berufen zu. Damit eine Bevölkerung diesen Veränderungen gewachsen bleibt, muss sie gut ausgebildet sein, die Fähigkeit zum ständigen Weiterlernen besitzen und in der Lage sein, sich Neuerungen anzueignen bzw. mit diesen kreativ umzugehen.

In einer eher makroökonomischen Sichtweise sind Innovationssysteme in einer Gesellschaft wichtig, um neues Wissen und neue Technologien hervorzubringen, die sich ökonomisch nutzen lassen und so das wirtschaftliche Wachstum stimulieren. In einer engeren Definition des Innovationsbegriffs sind darunter also nur solche Ideen und Technologien gefasst, die sich kommerziell nutzen lassen. Wirtschaftswissenschaftlich betrachtet verschaffen Innovationen einem Unternehmen kurzfristig eine Monopolstellung für das innovative Produkt mit entsprechend hohen Erträgen; und dies solange, bis die Konkurrenz den Anschluss findet oder selbst eine Innovation anbietet. Innovationen sind somit die Grundlage für zukünftigen Wohlstand. Gerade in Deutschland hängt der künftige wirtschaftliche Wohlstand angesichts geringer Rohstoffvorräte in hohem Maße von der Fähigkeit ab, innovative Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten.

Die Fokussierung auf innovative Technologien und Produkte wird unter den Rahmenbedingungen eines globalen ökonomischen Wettbewerbs noch bedeutsamer, denn z. B. für Deutschland ist ein Preiswettbewerb mit „Niedriglohnländern“ nicht zu gewinnen. Innovationen bieten hier eine Möglichkeit, in der Weltarbeitsteilung besonders qualifizierte Produktionen und Dienstleistungen zu übernehmen und dadurch Wettbewerbsvorteile zu erlangen, die den wirtschaftlichen Wohlstand entsprechend dieser qualifizierten Tätigkeiten gegen die Konkurrenz zu behaupten. Das Wohlstandsniveau der Bundesrepublik basiert auf dieser vorteilhaften Stellung in der Weltarbeitsteilung, die im Zeitverlauf nur dann gesichert werden kann, wenn mit ihr ein hohes Niveau an Bildungs- und Fachqualifikationen sowie ein hoher Innovationsgrad der Produkte einhergehen. Ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik gehört zu den „innovationsgetriebenen Volkswirtschaften“ (vgl. Porter 1991), die in einem globalen wirtschaftlichen Wettbewerb permanent in der Lage sein müssen, neue und technologisch anspruchsvolle Güter zu entwickeln.

Auswahl der Indikatoren

Die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft sollte prinzipiell in einem sehr engen Zusammenhang zu den Unternehmens- oder staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in Prozent des BIP) stehen. Denn es sind genau diese Ausgaben, mit denen wissenschaftliche Forschungsinstitute unterhalten und Wissenschaftler bezahlt werden. Hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung indizieren eine Forschung auf einem hohen Niveau sowie mit der neuesten Technologie und Ausstattung. Dies schafft die Voraussetzungen für neue Erkenntnisse und innovative Resultate.

Als Kriterium eines gesellschaftlichen Innovationssystems wird die Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie innerhalb der Bevölkerung, hier speziell die Internetnutzer pro 100 Einwohner, betrachtet. Durch eine äußerst dynamische Entwicklung und Verbreitung in den vergangenen Jahren veränderte das Internet den beruflichen und privaten Alltag vieler Menschen in der Wissensgesellschaft. Die Nutzungsraten geben einerseits Auskunft über den technologischen Status-Quo einer Gesellschaft, andererseits zeigen sie auch an, inwieweit eine Bevölkerung befähigt ist, an technischen Innovationen zu partizipieren. Das Internet als „Datenautobahn“ ist so etwas wie eine intervenierende oder vermittelnde Variable im Innovationsprozess. Die Verbreitung des Internets ist einerseits bereits Ergebnis von Investitionen in Forschung und Entwicklung, andererseits begünstigt das Internet die Interaktion, Vernetzung und Verbreitung von Innovationsprozessen.

Messbares Ergebnis für die Effektivität eines Innovationssystems sind dann die Patente, denn Patente schützen insbesondere die neuen Erkenntnisse, die ökonomisch verwertet werden können. Allerdings variieren Patente in dem ökonomischen Nutzen, der mit ihnen verbunden ist. Um nur die ökonomisch wichtigsten Patente zu zählen, rechnet der hier verwendete Indikator der triadischen Patente nur die Erfindungen ein, die gleichzeitig bei den drei wichtigsten Patentämtern – dem *European Patent Office* für Europa, dem *Japanese Patent Office* in Japan und dem *United States Patent and Trademark Office* in den Vereinigten Staaten – geschützt wurden. Damit werden nur die Patente gemessen, die einen besonders hohen wirtschaftlichen Wert darstellen.

Um einen zusammenfassenden Index für die Innovationsfähigkeit zu erhalten, werden einerseits die beiden standardisierten Ausgabenindikatoren zu einem Teilindex für den „Input“ zusammengefasst. Andererseits werden die standardisierten Indikatoren für die Internetnutzung und die Patente zu einem Teilindex für den „Output“ zusammengefasst. Aus den beiden standardisierten Teilindices wird dann der Gesamtindex für die Innovationsfähigkeit gebildet, um dem „Input“ und dem „Output“ das gleiche Gewicht zu verleihen.

Die Innovationsfähigkeit im Ländervergleich

Bei den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung als Anteil des BIP liegen die sozialdemokratischen Länder Finnland, Schweden und Dänemark an der Spitze. Auch die Bundesrepublik gehört mit dem sechsten Platz zur Spitzengruppe. Anteilig am wenigsten investieren in Forschung und Entwicklung die postsozialistischen Länder Bulgarien und Rumänien sowie die „familistischen“ Länder Zypern und schließlich Malta.

Bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung verschiebt sich das Bild etwas. Hier liegen die „produktivistischen“ Länder Südkorea und Japan an der Spitze, wobei die großen Unternehmen von Staat beeinflusst werden. Die Vorstellungen über die Zuständigkeit von Privatunternehmen und öffentlicher

Hand variieren zwischen den Nationalkulturen. Japan steht bei den privaten Investitionen an zweiter Stelle, rangiert aber bei den öffentlichen Investitionen auf dem 25. Platz. Der Staat spielt hier die Rolle des Koordinators der Technologiepolitik der großen Unternehmen durch ein eigenes Technologieministerium („MITI“). Die sozialdemokratischen Länder Finnland, Schweden und Dänemark liegen auch hier mit an der Spitze. Die konservativen Länder Schweiz und Deutschland (7. Platz) vervollständigen die Spitzengruppe. Die postsozialistischen Länder Serbien, Rumänien und Lettland sowie die „familistischen“ Länder Griechenland und schließlich Zypern liegen ganz am Schluss.

Bei den Internetnutzern pro 100 Einwohner liegen die sozialdemokratischen Länder Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland mit an der Spitze. Die konservativen Länder Niederlande und Luxemburg vervollständigen die Spitzengruppe. Die Bundesrepublik platziert sich (mit ca. 83 Nutzern pro 100) auf dem 10. Rang. Die Internetnutzung ist am wenigsten verbreitet in den postsozialistischen Staaten Rumänien und Serbien sowie in der Türkei, China und zuletzt Indien, wo nur ca. 10 von 100 Einwohnern das Internet nutzen.

An der Spitze der wirtschaftlichen Verwertungschancen von Innovationen durch Patente liegt Japan, das seinen Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere der Orientierung auf Technologieentwicklung und Exporteffizienz auf dem Weltmarkt verdankt, wobei ein gesondertes Ministerium für die Koordination der Technologieentwicklung der großen Unternehmen zuständig ist. Die konservativen Länder Schweiz und Deutschland (4. Platz) sowie die sozialdemokratischen Länder Schweden, Finnland und Dänemark vervollständigen die Spitzengruppe. Bei den bedeutenden Patenten (pro Million Einwohner) liegen China, Russland, die Türkei, Brasilien und zuletzt Indien bisher noch ganz am Schluss.

Werden nun die standardisierten Teilindices aus den beiden „Input“- und den beiden „Output“-Indikatoren mit gleichem Gewicht zu einem Gesamtindex zusammengefasst, so erzielen die sozialdemokratischen Länder Schweden und Finnland, die Schweiz sowie die produktivistischen Länder Südkorea und Japan die höchsten Indexwerte. Diese Staaten besitzen im Ländervergleich das höchste Ausmaß an Innovationsfähigkeit. Die Bundesrepublik schneidet mit dem siebten Platz ebenfalls gut ab. Am wenigsten entwickelt ist die Innovationsfähigkeit bisher in den postsozialistischen Ländern Rumänien und Bulgarien sowie in den Schwellenländern Brasilien, Südafrika und insbesondere Indien.

Zur Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung

Gemäß dem Innovation Union Scoreboard 2013 der Europäischen Kommission sind die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil des

BIP in der EU27 von 2007 bis 2011 um 3,2 Prozentpunkte gestiegen, trotz der Finanzkrise. Von der Spitzengruppe (Finnland, Schweden, Südkorea, Dänemark und Deutschland) weist Dänemark mit 6,8 Prozentpunkten das stärkste Wachstum auf, aber auch in der Bundesrepublik stiegen diese Investitionen mit 5,5 Prozentpunkten überproportional.

In der Schlussgruppe (Zypern, Rumänien, Bulgarien und Malta) war das Wachstum in Rumänien mit -6,2 Prozentpunkten und in Bulgarien mit -4,3 Prozentpunkten negativ, hier wurden die öffentlichen Investitionen für Forschung und Entwicklung nach der Finanzkrise gekürzt.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Jahren genauer, so zeigen die Daten für die OECD, dass der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 2009 auf 2010 leicht zurückgeht, aber wie bei der EU27 in 2010/2011 über dem Niveau von 2007 liegt.

Zur Entwicklung der privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung

Die privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil des BIP sind gemäß dem Innovation Scoreboard 2013 von 2007 bis 2011 in der EU27 um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Von der Spitzengruppe (Südkorea, Japan, Finnland, Schweden, Schweiz, Dänemark und Deutschland) sind diese Investitionen in Südkorea gemäß OECD von 2007 bis 2010 um 13,6 Prozentpunkte gestiegen. Der Zuwachs in Deutschland blieb mit 1,8 Prozentpunkten etwas unter dem EU27-Durchschnitt (1,9).

Von der Schlussgruppe (Lettland, Griechenland, Rumänien, Serbien und Zypern) sind diese Investitionen in Zypern um 5,4, in Rumänien um 6,2 und in Serbien um 9,6 Prozentpunkte reduziert worden.

Betrachtet man die Entwicklung in den einzelnen Jahren genauer, so zeigen die Daten für die OECD, dass die privaten Investitionen für Forschung und Entwicklung von 2008 auf 2009 und von 2009 auf 2010 leicht zurückgegangen sind. Der Rückgang ist in Japan am stärksten ausgeprägt, von 2007 bis 2010 fielen die privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung in Japan um 8,2 Prozentpunkte.

Zur Entwicklung der Anzahl der Internetnutzer

Die Anzahl der Internetnutzer (pro 100 Einwohner) ist gemäß den Daten der Weltbank von Jahr zu Jahr gewachsen, wobei hier der Zeitraum von 2005 bis 2011 genauer betrachtet wird.

In der Spitzengruppe (Norwegen, Niederlande, Schweden, Luxemburg, Dänemark und Finnland) verringern sich die Zuwächse in diesem Zeitraum, ab 90 % Internetnutzer scheint sich vorläufig die „Sättigungsgrenze“ zu nähern.

In der Bundesrepublik ist mit 83 % Internetnutzern noch Spielraum nach oben.

In der Schlussgruppe verbesserten sich die Türkei im Zeitraum von 2005 bis 2011 von 16 % auf 42 %, China von 9 % auf 38 % und schließlich Indien von 2 % auf 10 %. D.h. die Unterschiede im durchschnittlichen technologischen Entwicklungsstand sind noch enorm. Bei der Entwicklung der Internetnutzung scheint es insgesamt keinen so deutlichen Effekt der Finanzkrise zu geben, wie man hätte befürchten können.

Zur Entwicklung der Anzahl der wichtigen Patente

Betrachtet man den Zeitraum von 2007 bis 2010, so hat Japan sich insgesamt an der Spitze gehalten (vgl. OECD). Ähnlich erfolgreich blieb in diesem Zeitraum die Schweiz. Schweden sicherte sein Niveau und damit den dritten Platz. Die Bundesrepublik erzielte seit 2007 kontinuierlich niedrigere Werte, hielt aber den vierten Platz. Finnland verbesserte sich etwas in der Anzahl der Patente und sicherte damit den fünften Platz. Dänemark verschlechterte sich etwas bei der Anzahl der Patente, verblieb aber auf dem sechsten Platz.

Die Schlussgruppe (China, Russland, die Türkei, Brasilien und Indien) weist nur ca. ein Zwanzigstel der Patentanzahl von Japan und der Schweiz auf, oder noch weniger. China verbessert sich in dem betrachteten Zeitraum ein wenig. Russland stagniert bei der Zahl der wichtigen Patente. Die Türkei verbessert sich leicht. Brasilien stagniert bezüglich der Anzahl der wichtigen Patente. Indien schließlich stagniert bei der Entwicklung der wichtigen Patente auf einem noch niedrigeren Niveau.

Insgesamt zeigt sich auch bei der Entwicklung der wichtigen Patente kein so großer Effekt der Finanzkrise, wie man hätte befürchten können.

Zur Entwicklung der Innovationsfähigkeit insgesamt

Die öffentlichen Investitionen für Forschung und Entwicklung als Anteil des BIP sind gemäß den Daten der OECD von 2009 auf 2010 leicht zurückgegangen, aber in 2010/2011 liegen die Ausgaben in der OECD und auch in der EU27 über dem Niveau von 2007.

Die privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil des BIP sind gemäß den Daten der OECD von 2008 auf 2009 und von 2009 auf 2010 leicht zurückgegangen. In Japan fiel der Rückgang von 2007 bis 2010 (also vor der Atomkatastrophe) mit 8,2 Prozentpunkten am stärksten aus.

Bei der Entwicklung der Anzahl der Internetnutzer sind die Auswirkungen der Finanzkrise geringer, als man hätte befürchten können. Die Entwicklung entspricht eher einer allgemeinen technologischen Modernisierung, wobei allerdings einige Staaten – wie z.B. Indien – sich im Durchschnitt nur recht langsam entwickeln.

Auch bei der Entwicklung der wichtigen Patente sind die Effekte der Finanzkrise geringer, als zu befürchten war. Die Hierarchie der technologischen Wettbewerbsfähigkeit wirkt relativ stabil in der Zeit.

In der Bundesrepublik stiegen die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil des BIP von 2007 bis 2011 um 5,5 Prozentpunkte und damit stärker als in der EU27 (3,2 %). Der Zuwachs bei den privaten Investitionen für Forschung und Entwicklung von 2007 bis 2011 blieb mit 1,8 Prozentpunkten etwas unter dem EU-Durchschnitt von 1,9 %. Bei der Anzahl der Internetnutzer (pro 100 Einwohner) erreichte die Bundesrepublik 83 %, womit noch Spielraum nach oben ist zu Norwegen und einigen anderen Ländern, die bei über 90 % liegen. Bei der Anzahl der wichtigen Patente erzielte die Bundesrepublik gemäß der OECD-Daten seit 2007 kontinuierlich niedrigere Werte, hält aber damit den vierten Platz unter 35 Ländern.

4. Die Weltfinanzkrise und die Eurokrise als aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen

Die aktuelle Herausforderung für die Erwerbsbeschäftigung ist die große Rezession nach der Weltfinanzkrise ab 2008. Im Krisenjahr 2009 gab es in fast allen Ländern einen Konjunkturerinbruch mit steigender Arbeitslosigkeit.

Die bezahlte Erwerbstätigkeit ist in der modernen Marktgesellschaft für die Individuen i.a. die zentrale Basis ihres Budgets, wodurch die gesellschaftliche Teilhabe – politische, ökonomische und soziale sowie kulturelle Partizipation – strukturiert ist. Das Volumen der bezahlten Erwerbstätigkeit bewegt sich – wie es die Ökonomen modellieren – im Wesentlichen entsprechend dem Wachstum des Bruttosozialproduktes und in den Schwankungen des Konjunkturzyklus, wie Sinus-Schwingungen auf einem Wachstumspfad. Da die Höhe des Anteils an Arbeitslosen ein entscheidender Faktor der Verhandlungsposition der Arbeitnehmer ist (welche nach Qualifikation, Beruf, Branche etc. natürlich weiter ausdifferenziert ist), ist die Entwicklung von bezahlter Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung.

Aus den regelmäßigen Konjunkturkrisen ragen zwei heraus: Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die Weltfinanzkrise ab 2008. Im Dezember 1930 schlug Keynes vor, auf die Konjunkturkrise infolge einer übertriebenen monetären Expansion in den USA, die sich in einem Aktien-Boom und -Bust niederschlug, dadurch zu reagieren, dass der Staat die Nachfragerlücke durch sinnvolle Investitionen in die Zukunft schließt. Die Regierungen reagierten aber alle protektionistisch und erst die gesellschaftlich negativ zu bewertenden Investitionen in die militärische Wettbewerbsfähigkeit führten wieder zu mehr Beschäftigung.

Inzwischen ist die Keynes'sche Analyse und auch die Relevanz der Regulierung der Finanzsysteme allgemein bekannt, dennoch wurde – u. a. wegen unterschiedlicher Interessenlagen – nicht auf jede Wirtschaftskrise schnell und adäquat reagiert. Es stellt sich die Frage, was die Ursachen der aktuellen Krise sind, die von der Größenordnung her die zweite Weltfinanzkrise ist.

Das US-amerikanische Gesetz zur Regulierung der Banken (Glass-Steagall Act), das man 1933 als Reaktion auf die Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise (1929-1933) eingeführt hatte, wurde unter der Clinton-Regierung auf Drängen der Banken 1999 wieder aufgehoben. Die US-Notenbank begünstigte mit einer Niedrigzinspolitik nach dem Platzen der Dotcom-Blase im März 2000 die anschließende Immobilienblase. Die Notenbank zählte zwar die Konjunkturstimulierung zu ihren Aufgaben, aber noch nicht die Eindämmung der „asset-Inflation“. Durch die Verbriefung von grenzwertigen Mischungen von Hypothekenkrediten wurden die Risiken von den amerikanischen Banken auf die ganze Welt verteilt. Nach dem politischen Fehler, die Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 nicht vor der Insolvenz zu bewahren, kam es zur panikartigen Kettenreaktion im Weltfinanzsystem. Zur zweiten Weltwirtschaftskrise ist es nicht gekommen, weil die Regierungen die Banken retteten und mit Keynes'schen Konjunkturprogrammen koordiniert reagierten. Ohne weitergehende Regulierungen birgt das große Volumen Anlage suchenden Kapitals aber weiterhin Risiken.

Systematisch lassen sich als *Hauptursachen der Weltfinanzkrise* unterscheiden:

1. Die Politik:

- a) Verschuldung der Haushalte in den USA: Die amerikanische Politik hat den Immobilienkauf auf Kredit gefördert – unter der Rahmensetzung extrem niedriger Zinsen –, was zunächst einen Immobilienpreisboom erzeugt hat, der dann aber beim Platzen der Spekulationsblase zum Absturz der Preise führte, zur Überschuldung von Haushalten und zum Konsumeinbruch.
- b) Staatsverschuldung der USA: Die militärischen Interventionen der USA haben auch den wirtschaftlichen Aspekt, dass die US-Regierungen sich bei dem Rest der Welt verschuldeten.
- c) Die ungleiche Verteilung des Wohlstands führt zu einem großen Volumen Anlage suchenden Kapitals.

2. Die Wirtschaft:

Durch Finanzinnovationen wurde der Rest der Welt an den Risiken und schließlich der Finanzierung der amerikanischen Kreditvergabe beteiligt, wobei die intransparenten Papiere nach einem Bonus-System verkauft

wurden. (Die Finanzinnovationen sind nicht auf die USA beschränkt, es gab z. B. auch einen Immobilien-Boom und -Bust in Spanien.)

Was tun?

Joseph E. Stiglitz schlägt vor, – neben “Keynes`schen“ Konjunkturprogrammen – wegen des Politik- und Marktversagens bei der Regulierung anzusetzen: „The design of regulatory structures and systems has to take into account

- a) asymmetries of information – the regulator often is at an informational disadvantage relative to the regulated;
- b) moral hazard – there are often problems in ensuring that the regulator’s behavior is consistent with social welfare, e.g. that he is not captured by those whom he is supposed to be regulating; and
- c) human fallibility – mistakes are inevitable, and one needs to minimize the costs of such mistakes. Well-designed regulations take into account the limitations of implementation and enforcement. While no regulatory system is perfect, economies with well-designed regulations can perform far better than those with inadequate regulation. Regulations can both enhance markets and protect those who might otherwise suffer in unregulated markets.” (Joseph E. Stiglitz, April 2009)

Immerhin führen die Aktivitäten der amerikanischen Regierung und die Aktivitäten der europäischen, chinesischen etc. Regierungen dazu, dass diese Weltfinanzkrise deutlich besser bearbeitet wird als die erste.

Von der Weltfinanzkrise zur großen Rezession und zur Staatsschuldenkrise

Das Platzen der Immobilienpreisblase in den USA führte wegen der globalen Vermarktung der Kreditverbriefungen zu einer weltweiten Kredit- und Bankenkrise. Am stärksten engagiert und deshalb auch von der Bankenkrise besonders betroffen waren die USA, Großbritannien/Nordirland, Island und Irland.

Die auf die Kreditkrise folgende große Rezession führte zu einem starken Rückgang der Exporte in Deutschland, China, Finnland und Schweden (vgl. auch Farnsworth/Irving 2012). Deutschland und China glichen dies aber durch Stimulierung des Binnenmarktes aus. Schweden und Finnland hatten den Umgang mit einer solchen Situation schon in der vorangegangenen skandinavischen Finanzkrise gelernt.

Wegen der notwendigen Bankenrettungen („too big to fail“) aufgrund der Weltfinanzkrise und der erforderlichen Konjunkturprogramme wegen der großen Rezession gerieten viele Nationen in die Staatsverschuldung. Dies betraf wegen der großen Bankenkrise insbesondere Irland, Island und schließlich auch Spanien sowie wegen der geringen Wettbewerbsfähigkeit in der großen

Rezession insbesondere Griechenland und Portugal. Die Verschuldung Griechenlands war der Anlass zur folgenden Eurokrise, die einige Schwachpunkte der Konstruktion der Eurozone aufdeckte.

Die Eurokrise

Die Bankenrettungen und die Konjunkturprogramme führten zur Erhöhung der Staatsverschuldungen, welche als Stresstests wirken für die politisch vernünftige, aber in den Institutionen bis dahin noch nicht umfassend abgesicherte Europäische Währungsunion. In einer Währungsunion von heterogenen Ökonomien benötigt man politische und ökonomische Institutionen, um mit verschiedenen „Schocks“ umzugehen.

Eichengreen (2010) vergleicht die Eurokrise nach dem Bekanntwerden des tatsächlichen Ausmaßes der griechischen Staatsverschuldung im Februar 2010 mit der Vertrauenskrise nach dem Fall der Lehman Brothers in den USA im Herbst 2008.

Bei der Bearbeitung der Eurokrise müssen die Zusammenhänge von Banken-, Staatsschulden- und Wachstumskrise immer mit bedacht werden (vgl. Jay C. Shambough, „The Euro’s Three Crises“), deshalb ist die Lösung so langwierig. Shambough diskutiert die Verwobenheit von (1) Bankenkrise, die zur (2) Staatsschuldenkrise führte, welche wiederum eine (3) Wachstumskrise zur Folge hatte, wobei wie in einem „vicious circle“ (Spirale nach unten) die dadurch fallenden Preise der Aktiva wiederum die Bankbilanzen schwächen etc. Umgekehrt schwächt die Konjunkturkrise die verschuldeten Staaten weiter, die Schwächung der Staaten führt zur Abwertung der Aktiva der Banken in Form von Staatsanleihen, die geschwächten Banken werden die Kreditvergabe einschränken und dadurch das Wachstum unterminieren. Wegen dieser Interdependenz der Probleme sind Maßnahmen, die eine Problemlage verbessern, aber gleichzeitig eine andere Problemlage verschlechtern, suboptimal. Shambough empfiehlt deshalb ein integriertes Maßnahmenpaket, das skizziert wie folgt lautet:

Regierungen in Defizitländern sollten die Steuern auf Arbeit reduzieren (statt auf Lohnsenkungen zu setzen) und auf Konsum erhöhen. Gleichzeitig sollten Überschussländer wie Deutschland den Konsum stärken, um das Wachstum zu fördern.

Die EZB sollte auch die langfristigen Zinsen senken. Ein höheres nominales BIP-Wachstum würde die Tragfähigkeit der Schulden erleichtern.

Die EZB könnte ihre Politiken mit dem Ziel geringerer langfristiger Anleiherenditen verstärken.

Die Banken könnten über EFSF-Fonds rekapitalisiert werden, um die wechselseitige Abhängigkeit von Staatsschulden- und Bankenkrise zu verringern.

Überschussländer wie Deutschland könnten fiskal expandieren, was durch stärkeres Wachstum anschließend allen zu Gute käme.

Dieses Maßnahmenpaket würde das Wachstum in der Eurozone durch fiskalische, Bankenrekapitalierungs- und monetäre Politiken stärken. Die bisherige Beschränkung auf die Reduzierung der Staatsausgaben in den Krisenländern führt zu suboptimalen Ergebnissen. Eine Bankenregulation und –überwachung werden übergreifend für die ganze Eurozone benötigt. Ferner würde eine gemeinsame risikoarme Anleihe der gesamten Eurozone in Unterscheidung zu riskanteren Anleihen mit höheren Renditen die wechselseitige Abhängigkeit von Staatsschulden- und Bankenkrise reduzieren. – Eine Währungsunion muss gemäß diesen Argumenten von Shambough (2012) durch eine Finanzunion (nicht eine Fiskalunion) komplettiert werden.

Die große Linie für die EU als politisches Projekt wäre ein gemeinsamer „Marshallplan“ für die „Krisenländer“, ein europäisches Brainstorming zu den fruchtbarsten Investitionen in diesen Ländern und den günstigsten Möglichkeiten der Umsetzung.

Die erhöhten Staatsverschuldungen erzeugen Druck, der in einigen Gesellschaften auf die sozialen Sicherungssysteme weitergeleitet wird. Soziale Sicherungssysteme sind andererseits automatische Stabilisatoren in den Konjunkturkrisen. Es gibt auch weitere gute Gründe, die Systeme zur Förderung und Pflege des „Humankapitals“ weiterzuentwickeln.

Die Auswirkungen der Finanzkrise lassen sich gut an Hand der Performanz bzgl. der gesellschaftlich wünschenswerten Ziele untersuchen: Wohlstand; ökologische Nachhaltigkeit; Innovation; soziale Sicherung durch Unterstützungsleistungen im Risikofall sowie vorsorgend durch Bildungsinvestitionen; Anerkennung der Besonderheiten (Frauenfreundlichkeit und Migrantenfreundlichkeit); Gleichheit der Teilhabe; soziale Integration; Autonomie („freedom of choice and capabilities“).

5. Bildung und nachsorgende soziale Sicherung sowie Befähigung zur Autonomie

Im Folgenden soll u. a. diskutiert werden, in welchem Ausmaß die verschiedenen Staaten mit den von ihnen erhobenen Budgets die Akzente eher auf die Vorsorge durch Investitionen in Bildung und Ausbildung setzen oder ihr Budget stärker für die nachsorgende Absicherung nach Eintritt des Risikofalls wie z.B. der Arbeitslosigkeit verwenden (vgl. Kap. 5.1).

Die Investitionen in Bildung sind aber nicht nur Vorsorge, um auftretende Probleme besser bewältigen zu können, sondern auch die Grundlage, aus formalen Wahlfreiheiten faktische Wahlfreiheiten zu machen, indem die Personen befähigt werden, die Lebensweise zu wählen, die zu schätzen sie gute

Gründe haben. Neben der objektiven Befähigung zur Autonomie, die über Bildungskompetenzen und -zertifikate operationalisiert werden kann, wird auch die subjektive Bewertung der Wahlfreiheit bezüglich der eigenen Lebensweise durch die Bevölkerung bei der Operationalisierung der Autonomie berücksichtigt (vgl. Kap. 5.2).

5.1 Bildung und nachsorgende soziale Sicherung in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Soziale Sicherung: Vorsorge durch Bildung und Sicherheitsnetz für den Risikofall als gesellschaftlich wünschenswerte Ziele

Eine Kernaufgabe des Sozialstaats besteht darin, die einzelnen Akteure gegen die „Wechselfälle des Lebens“ abzusichern. Ohne entsprechende soziale Sicherungsleistungen würde bei Eintritt von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität usw. eine materielle Notlage drohen. Der Wohlfahrtsstaat sorgt in diesen Fällen zumindest für ein Existenzminimum, zeitweise möglicherweise auch für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Ziel ist es, über kurz- bis mittelfristige Zeiten einen staatlichen Rückhalt durch (finanziellen) Ausgleich für bestimmte „Ausfälle“ anzubieten. Derartige Ausfälle ergeben sich zum Beispiel in Folge von Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit. Die Absicherung über staatliche Mittel kann dabei auch dem Zweck dienen, einen Verlust des bisherigen gesellschaftlichen Status sowie die damit verknüpfte fehlende soziale Anerkennung abzufedern und die Reintegration in den Markt zu unterstützen. Damit können die eigenen Lebenspläne kontinuierlicher verfolgt werden und sind gegen wichtige Lebensrisiken abgesichert. Unter Stabilität der materiellen Versorgung verstehen wir also, dass eine minimale Versorgung durch den Staat oder andere Institutionen auch dann gewährleistet wird, wenn eine Person sich aus eigenen Mitteln nicht mehr selbst versorgen kann.

Das gewünschte Ziel, Lebenspläne gegen Risiken abzusichern und somit zu stabilisieren, kann jedoch auf zwei verschiedenen Wegen erreicht werden. Der beschriebene nachsorgende Sozialstaat ist bestrebt, die materiellen Einbußen dann zu kompensieren, wenn ein bestimmtes Risiko, z. B. Arbeitslosigkeit, bereits eingetreten ist. Der vorsorgende Sozialstaat hingegen ist bestrebt, es gar nicht so weit kommen zu lassen; er versucht durch prophylaktische Maßnahmen, z. B. Bildung und Weiterbildung, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken zu minimieren. Gemäß dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaats soll der Bürger hier nicht nur der passive Empfänger von Transferzahlungen sein, sondern er soll die Fähigkeiten erwerben können, durch die er sich selbst vor Risikofällen schützen kann. Damit eine solche Strategie des „Förderns und Forderns“ aufgeht, muss der Staat jedoch für die Betroffenen eine unterstützende öffentliche Infrastruktur bereitstellen.

Auswahl der Indikatoren

Beide Aspekte der Sozialstaatlichkeit – sowohl die materielle Versorgung im Bedarfsfall als auch die aktive Vorsorge – sollen mit entsprechenden Indikatoren abgebildet werden. Die Betrachtung des Umfangs der Sozialstaatsausgaben als Anteil des BIP bietet dabei einen Anhaltspunkt für die Abschwächung des Angebotszwangs der Anbieter von Arbeitskraft. Die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben zeigen an, wie stark die Gesellschaft in die Risikovorbeugung investiert.

Die nachsorgende Komponente des Sozialstaates messen wir durch die öffentlichen Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die öffentlichen Sozialausgaben umfassen sowohl direkte Geldzahlungen (z. B. Rente, Sozialhilfe usw.) als auch die Versorgung der Haushalte mit bestimmten Gütern oder Dienstleistungen (z. B. Krankenhäuser, Kindergärten). Durch den Anteil der öffentlichen Sozialausgaben soll das Versorgungsniveau eines Sozialstaates im Risikofall erfasst werden, durch welches die Einkommensarmut reduziert wird. Wenn man auch die privaten Ausgaben etwa für Gesundheit berücksichtigen würde, würden wirtschaftsliberale Länder im Aggregat hohe Ausgaben aufweisen, die allerdings sehr ungleich verteilt sind. Dies ist zur partiellen Erklärung von (Einkommens-)Armut weniger geeignet. Die vorsorgende Komponente einer Gesellschaft wird durch die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben in Prozent des BIP abgebildet. Wenn man mit den Bildungsinvestitionen die Vermeidung von Bildungsarmut partiell erklären will, sind die gesamten Bildungsausgaben der angemessene Bezugspunkt, nicht nur die öffentlichen Bildungsausgaben.

Aus den beiden standardisierten Indikatoren wird schließlich ein Durchschnittswert, der Gesamtindex zur sozialen Sicherung, berechnet.

Ländervergleich

Bei den Sozialausgaben (als Anteil des BIP) platzieren sich die sozialdemokratischen Länder Dänemark, Finnland und Schweden sowie die konservativen Länder Frankreich und Belgien an der Spitze. Bis 1990 rangierten die Sozialausgaben Westdeutschlands im Ländervergleich eher auf mittlerem Niveau, infolge der deutschen Vereinigung ist der Bedarf an sozialstaatlichen Ausgleichsleistungen jedoch gestiegen, sodass Deutschland auf dem 9. Platz rangiert. Am unteren Ende des Ranking positionieren sich die Schwellenländer Brasilien, die Türkei, Russland, Südkorea, Südafrika sowie ganz zum Schluss Indien und China, deren Sozialstaatlichkeit noch sehr rudimentär ist.

Bei den vorsorgenden öffentlichen und privaten Bildungsausgaben (als Anteil des BIP) liegen Zypern, die sozialdemokratischen Länder Dänemark und Norwegen, Südkorea sowie die wirtschaftsliberalen Länder Neuseeland und die USA an der Spitze. In diesen Ländern werden ca. 7 bis 8 % des BIP für Bildung ausgegeben. In der Bundesrepublik ist der entsprechende Anteil

bedeutend geringer und liegt bei 5,3 % (26. Rang von 43). Den Abschluss der Rangliste bilden Rumänien und Bulgarien, China und Indien, Serbien und schließlich die Türkei, die am wenigsten Mittel für die Bildung ihrer Bevölkerung bereitstellen.

Insgesamt ist damit die soziale Sicherung gemäß dem Gesamtindex am besten entwickelt in den skandinavischen Staaten Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen sowie in den konservativen Staaten Frankreich und Belgien sowie in Zypern. Die Bundesrepublik rangiert auf Rang 18. Am Schluss der Rangreihe liegen die Türkei, Indien und China.

Zur Entwicklung der Sozialausgaben

Im Krisenjahr 2009 ist das Sozialprodukt in fast allen Ländern eingebrochen. Die Arbeitslosigkeit ist in 2009 gestiegen und entsprechend haben die Sozialausgaben als Anteil des BIP zugenommen. Gemäß Eurostat 2013 ist der Anteil der Sozialausgaben am BIP in der EU27 von 26,1 % in 2005 auf 28,5 % im Krisenjahr 2009 gestiegen und wurde in 2010 auf 28,2 % reuduziert. Gemäß OECD 2013 ist der Anteil der Sozialausgaben am BIP in der OECD im Durchschnitt von 19,7 % in 2005 auf 22,1 % im Krisenjahr 2009 gestiegen und wurde bis 2012 auf 21,7 % reduziert.

Wegen der allgemeinen Politik des Rückbaus der Staatsverschuldung (in Folge der Finanzkrise) stehen die nachsorgenden Sozialausgaben generell unter erhöhtem Druck, da die Mittel für die Ordnungsfunktionen in den letzten zehn Jahren schon stark gekürzt worden sind (vgl. Obinger 2012).

Im Krisenjahr 2009 stieg der Anteil der Sozialausgaben am BIP in der EU27 um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr (vgl. Eurostat). Deutlich überproportional steigen (die Arbeitslosigkeit und) die erforderlichen Sozialausgaben in den wirtschaftsliberalen baltischen Staaten: +5,0 % in Litauen, +4,3 % in Estland, +4,2 % in Lettland. Auch das Krisenland Irland hat einen Zuwachs von +5,0 %. Dagegen gibt es in dem Binnenmarkt-orientierten Polen nur einen Zuwachs von 0,6 %.

Der Anstieg der Sozialausgaben ist nicht gleichzusetzen mit einer steigenden Großzügigkeit, dies würden die Lohnersatzraten indizieren (bzw. das Ausmaß der Dekommodifizierung). Gemäß den OECD-Daten geht der Anteil der Sozialausgaben mit zurückgehender Arbeitslosigkeit von 22,1 % des BIP im Krisenjahr 2009 bis 2012 auf 21,7 % zurück. Die Standards der Sozialstaaten stehen wegen des allgemeinen finanziellen Konsolidierungskurses nach der Weltfinanzkrise weiterhin unter Druck.

Zur Entwicklung der Bildungsausgaben

Da das Sozialprodukt im Krisenjahr 2009 in fast allen Ländern eingebrochen ist, steigt der Anteil der (absolut relativ stabilen) Bildungsausgaben in 2009.

In der EU27 steigt der Anteil der Bildungsausgaben von 5,4 % des BIP in 2005 auf 5,7 % in 2009. Im OECD-Durchschnitt steigt der Anteil der Bildungsausgaben von 5,7 % in 2005 auf 6,0 % in 2009. In absoluten Zahlen gibt es tendenziell einen allgemeinen leichten Anstieg der Bildungsausgaben. Die Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung sind Möglichkeiten zur Bearbeitung der Wirtschaftskrise, insofern stehen sie weniger unter Druck.

Wenn man die Ausgaben für Bildung exemplarisch am Beispiel Deutschlands betrachtet, so steigen von 2005 bis 2009 von einem niedrigen Niveau aus sowohl die absoluten Ausgaben aus öffentlichen Quellen als auch aus privaten Quellen, also auch die Gesamtausgaben für Bildung. Allerdings liegt Deutschland damit beim Anteil am BIP noch immer unter dem EU27- und auch unter dem OECD-Durchschnitt.

Von 2008 zum Krisenjahr 2009 stiegen die Ausgaben für Bildung in jeweiligen Preisen (das heißt absolut) in der EU27 leicht an. Als Anteil des BIP stiegen die Bildungsausgaben in der EU27 um 0,4 Prozentpunkte. Aufgrund der Krise wurden die Bildungsausgaben in Lettland sowohl absolut als auch um 0,2 Prozentpunkte des BIP gekürzt. (In Litauen basiert der Anstieg um 0,9 Prozentpunkte des BIP nur auf dem noch stärkeren Rückgang des BIP, absolut wurden die Bildungsausgaben reduziert.) Positives Beispiel ist Dänemark, das die Bildungsausgaben trotz Krise sowohl absolut als auch um 0,8 Prozentpunkte des BIP steigerte.

In den OECD-Staaten stiegen die Bildungsausgaben als Anteil des BIP von 2008 zum Krisenjahr 2009 im Durchschnitt um 0,3 Prozentpunkte. In Australien und Neuseeland ist der Anstieg mit jeweils 0,8 Prozentpunkten am stärksten.

Zur Entwicklung der Bildungs- und Sozialausgaben insgesamt

Insgesamt steigen die Sozialausgaben in der Krise nur wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit, werden aber anschließend wieder reduziert. Die Großzügigkeit der Sozialstaaten (gemessen etwa an den Lohnersatzraten) steht wegen des weit verbreiteten Konsolidierungskurses weiterhin unter Druck, obwohl die Sozialausgaben die Kaufkraft und damit auch die Nachfrage stabilisieren, sodass konjunkturelle Schocks gemildert werden.

Die Bildungsausgaben werden allgemein eher kontinuierlich etwas erhöht, denn Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung sind auch die sinnvollen Antworten zur Erhöhung der Beweglichkeit unter den schwierigeren Bedingungen der Weltfinanzkrise. Das von der Krise besonders stark betroffene Lettland hat alle Ausgaben, auch die Bildungsausgaben, drastisch reduziert. Nach dieser Radikalkur ist Lettland aber bereits in der Phase der Erholung und wird zum Januar 2014 der Eurozone beitreten.

Besonders ausgewogen in den Bildungs- und Sozialausgaben entwickelt sich Dänemark. Südkorea setzt dezidiert auf einen Aufstieg auf dem Weltmarkt

durch Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung, was sich bereits im Weltmarkterfolg Südkoreas zeigt. Deutschland hat die Bildungsausgaben von einem zu niedrigen Niveau sinnvollerweise kontinuierlich erhöht, liegt allerdings beim Anteil am BIP noch immer unter dem EU27- und auch unter dem OECD-Durchschnitt.

Bildungs- und Wohlfahrtsregime

Vergleicht man den nachsorgenden Aspekt der Sozialausgaben im engeren Sinne und den Aspekt der präventiven Bildungsinvestitionen, so ist Deutschland eines der Länder, die am einseitigsten ausgerichtet sind.

Die Bundesrepublik liegt bei den nachsorgenden Sozialausgaben mit dem neunten Platz in der Spitzengruppe, rangiert aber bei den zukunftsorientierten Bildungsausgaben nur an 26. Stelle. Die USA und insbesondere Südkorea haben die entgegengesetzten Prioritäten: Bei den nachsorgenden Sozialausgaben rangieren beide Länder weiter hinten, während sie bei den Zukunftsinvestitionen in Bildung mit an der Spitze stehen. Die sozialdemokratischen Länder investieren sowohl in Vorsorge als auch in Nachsorge, weniger entwickelte Länder weder noch.

Es lassen sich vier *Bildungs- und Wohlfahrtsregimen* unterscheiden: Sozialdemokratische Länder wie insbesondere Dänemark setzen auf Vorsorge durch Bildung, für den Risikofall ist aber auch ein ausgebautes soziales Sicherungsnetz verfügbar. Die wirtschaftsliberale USA und insbesondere Südkorea setzen vorrangig auf Bildung und überlassen die Absicherung gegen Risiken der privaten Verantwortung. „Familistische“ Länder wie Italien setzen eher auf das soziale Sicherungsnetz als auf Bildung und Befähigung. Weniger entwickelte Länder wie Indien, China und auch die Türkei investieren vorrangig in die Infrastruktur und noch nicht hinreichend in ein sozialen Sicherungsnetz sowie die Vorsorge durch Bildung.

Tabelle 5-1: Bildungs- und Wohlfahrtsregime

Ausgeprägte Vorsorge durch Bildung	Aktivierende Gesellschaft (Fokus auf Befähigung und Vorsorge)	Entwickelter Bildungs- und Wohlfahrtsstaat
Wenig Vorsorge durch Bildung	Unterdurchschnittlich entwickelter Bildungs- und Wohlfahrtsstaat	Traditioneller (passiver) Sozialstaat
	Wenig Nachsorge durch Sozialstaat	Ausgeprägte Nachsorge durch Sozialstaat

Modell: Dieter Holtmann

5.2 Autonomie als die Befähigung zum selbstbestimmten Handeln in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Autonomie als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Im Zentrum der normativen Theorie des Nobelpreisträgers Amartya Sen steht der Freiheitsbegriff. Die Lebensqualität von Individuen und ganzen Gesellschaften nur an ihrem materiellen Wohlstand festzumachen, wie dies lange Zeit z. B. in der Armut- und Reichtumsberichterstattung praktiziert wurde, ist nach Sen (2002) zu einseitig. Angemessener ist stattdessen eine breitere Perspektive, in der die Bewertung von individuellen Lebenslagen und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung an dem Kriterium der Verwirklichungschancen gemessen wird. Mit Verwirklichungschancen ist die Fähigkeit von Menschen gemeint, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, d. h. die Lebensweise verfolgen zu können, die zu schätzen sie gute Gründe haben. Dies impliziert, dass Menschen dazu befähigt werden sollten, ihre eigene Lebensweise zu erkennen, zu beurteilen und zwischen alternativen Lebensentwürfen bewusst und mit guten Gründen auszuwählen. Um dies erreichen zu können, müssen einerseits die individuellen Potenziale der Menschen entwickelt werden, z. B. durch den Zugang zu Bildungseinrichtungen, andererseits müssen auch Handlungsbeschränkungen und Unfreiheiten abgebaut werden, die eine Realisierung von Verwirklichungschancen behindern. Die Möglichkeit zu haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, hängt neben der geistigen Befähigung auch noch von den äußeren Bedingungen ab.

Auch der Vergleich von Ländern und Wohlfahrtsregimen kann an dem Konzept der Verwirklichungschancen orientiert werden: „Der Erfolg einer Gesellschaft ist nach dieser Auffassung primär danach zu bewerten, wie groß die von ihren Mitgliedern genossenen substantiellen Freiheiten sind“ (vgl. Sen 2002: 30). Natürlich ist es kompliziert, ein empirisches Messmodell für substantielle Freiheiten aufzustellen, da hierfür sehr viele und sehr unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden müssten: Bildung, Einkommen, politische und bürgerliche Freiheiten, Arbeitsbedingungen, ein sicherer Lebensraum usw. Alle diese Aspekte spielen bei der Bewertung der Handlungsautonomie eines Menschen eine Rolle. Die folgende Analyse nimmt insbesondere die Bildungschancen und Grundfähigkeiten in den Blick, über die Menschen in unterschiedlichen Ländern und Wohlfahrtsregimen verfügen, sowie ihre subjektive Bewertung der Wahlfreiheiten. Diese Merkmale bilden zwar kein hinreichendes Kriterium für Autonomie, wohl aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

Auswahl der Indikatoren

Wenngleich das Ausmaß an Verwirklichungschancen nicht nur auf Bildung reduziert werden darf, sind kognitive Ressourcen natürlich eine zentrale Voraussetzung für die realen Freiheiten, die ein Akteur genießt. Als Indikatoren

für die objektiven Voraussetzungen für Autonomie betrachten wir deshalb hier die Bildungsausgaben, die tertiären Bildungsabschlüsse sowie die im Schulsystem erworbenen Kompetenzen (Mittelwert und Spitze), wobei die Probleme der Einkommensarmut und -ungleichheit sowie der Bildungsarmut gesondert in dem Kapitel über die Gleichheit der Teilhabechancen behandelt werden (vgl. Kapitel 6.4). Ferner berücksichtigen wir die subjektive Einschätzung der Wahlfreiheiten durch die Gesellschaftsmitglieder.

Die Investitionen in die Bildungssysteme (als Prozentanteil des BIP) können als ein Indikator für die Bereitschaft einer Gesellschaft angesehen werden, in die Bildung der Menschen zu investieren und sie damit zum selbstbestimmten Handeln zu befähigen. Öffentliche und private Bildungsausgaben werden gemeinsam betrachtet, da Bildungsprozesse unseres Erachtens den Verwirklichungschancen immer zuträglich sind – ungeachtet ihrer Finanzierungsart.

Das Ergebnis der Bildungsanstrengungen zeigen zwei Indikatoren: Einerseits geben wir den Bevölkerungsanteil an, der über tertiäre Bildungsabschlüsse verfügt. Dieses Segment der Bevölkerung dürfte besonders gute Verwirklichungschancen aufweisen, da mit tertiärer Bildung nicht nur in hohem Maße individuelle Fähigkeiten und Kenntnisse erworben werden, sondern damit gleichzeitig auch die Chancen steigen, eine qualifizierte Tätigkeit und ein überdurchschnittliches Einkommen am Arbeitsmarkt zu erreichen, also ökonomische Autonomie zu erzielen.

Zum dritten verwenden wir als Indikator die durchschnittliche Lesekompetenz der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler. Durch die von der OECD koordinierten Studien wurden internationale Vergleichsdaten zur Performanz der Bildungssysteme in sehr guter Qualität gewonnen. Die hier verwendete Skala aus der PISA-Studie 2012 bildet die Lesekompetenz ab, verstanden als „Fähigkeit, geschriebene Texte zu verstehen, zu nutzen und über sie zu reflektieren, um eigene Ziele zu erreichen, das eigene Wissen und Potential weiterzuentwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“ (Prenzel et al. 2004: 20). Die PISA-Aufgaben waren nicht auf ein schulisches Curriculum ausgerichtet, vielmehr standen alltägliche Lesesituationen im Fokus sowie die zielgerichtete Anwendung der Lesefähigkeit in unterschiedlichen Kontexten.

Als vierten Indikator zur Messung der objektiven Voraussetzungen für Autonomie berücksichtigen wir den Anteil der SchülerInnen mit Lesekompetenz auf Stufe 5 oder darüber, um so die „Spitze“ in der Lesekompetenz zu erfassen (PISA 2012).

Aus den vier genannten Indikatoren bilden wir den additiven Index für „objektive Autonomie“ im Sinne von Voraussetzungen für die tatsächliche Wahrnehmung von „freedom of choice“.

Um das Ausmaß der Wahlfreiheiten zu erfassen, berücksichtigen wir als weiteren Aspekt die subjektive Bewertung der Wahlfreiheiten durch die

Gesellschaftsmitglieder: „In this country, are you satisfied or dissatisfied with your freedom to choose what you do with your life?“ (Gallup 2013).

Aus dem Index für „objektive Autonomie“ und dem Indikator für „subjektive Autonomie“ bilden wir dann den Gesamtindex für Autonomie mit gleichem Gewicht für die „objektive“ und „subjektive“ Autonomie. Insgesamt werden also die Investitionen in Bildung sowie die Bildungszertifikate und -kompetenzen als Indikatoren für die Befähigung der Bevölkerung durch Bildung als objektive Voraussetzungen für Autonomie verwendet sowie die subjektive Bewertung der Wahlfreiheiten durch die Befragten in den verschiedenen Ländern.

Ländervergleich

Die Bereitschaft, in die Bildung zu investieren, ist in Zypern, Dänemark und Norwegen, in Südkorea und in den wirtschaftsliberalen Ländern Neuseeland und den USA am stärksten ausgeprägt, die ca. 7 - 8 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung ausgeben. Deutschland investiert insgesamt 5,3 Prozent seines BIP in die Bildung und liegt damit lediglich auf dem 26. Rang. Am Ende des Ranking befinden sich Indien und China, Rumänien und Serbien sowie die Türkei,

Den höchsten Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen weist Kanada auf, wo 51,0 % über solch hohe Bildungszertifikate verfügen. Es folgen Japan, die USA und Südkorea. Deutschland rangiert auf dem 23. Platz: 28,1 % der Deutschen verfügen über einen tertiären Bildungsabschluss. Auf den hinteren Rängen platzieren sich die Türkei, Brasilien, Russland, China und Südafrika.

Die höchste Lesekompetenz weisen die japanischen und koreanischen Schülerinnen und Schüler auf, und dies mit deutlichem Abstand. Eine ebenfalls überdurchschnittliche Performanz kann für die Schulsysteme Finnlands, Irlands und Kanadas festgestellt werden. Die deutschen 15-Jährigen liegen 2012 mit 508 Punkten etwas über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Im Vergleich der hier ausgewählten Staaten liegt die Bundesrepublik auf Rang 13. Die Rangfolge beschließen Rumänien, Bulgarien und zuletzt Brasilien.

Bei der „PISA-Spitze“ mit gehobener Lesekompetenz (Stufe 5 oder darüber) liegen die ostasiatischen Länder Japan und Südkorea sowie Neuseeland und Finnland mit den höchsten Anteilen von SchülerInnen an der Spitze. Deutschland liegt mit 8,9 % SchülerInnen mit gehobener Lesekompetenz auf den 14. Platz von 39 Ländern. Die geringsten Anteile mit gehobener Lesekompetenz finden sich in den postsozialistischen Ländern Serbien und Rumänien sowie ganz am Schluss in Brasilien.

Wenn man aus den vier Indikatoren für die objektiven Voraussetzungen für Autonomie einen Index bildet, so liegen neben Zypern, für das aber die PISA-Evaluationen fehlen, die ostasiatischen Länder Korea und Japan, die

angelsächsischen Länder Kanada und Neuseeland sowie Finnland an der Spitze der Befähigungen durch Bildungsinvestitionen sowie Bildungsergebnissen in Form von Zertifikaten und Kompetenzen. Deutschland liegt mit dem 20. Platz von 43 Ländern im Mittelfeld. Die postsozialistischen Länder Serbien und Rumänien sowie die Schwellenländer Südafrika, Brasilien, Indien und China liegen ganz am Schluss, wobei für Südafrika, Indien und China jeweils keine PISA-Evaluationen für das ganze Land vorliegen.

Bei der subjektiven Einschätzung des Ausmaßes der Wahlfreiheit (% satisfied with freedom to choose) liegen die wirtschaftsliberalen Länder Neuseeland, Australien und Kanada, die sozialdemokratischen Länder Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland sowie als konservatives Land die Schweiz vorn. Aber auch Deutschland gehört auf dem 12. Platz mit 90 % Zufriedenheit noch zur Spitzengruppe. Extrem niedrig ist die Zufriedenheit im Krisenland Griechenland mit 36 %. Ferner ist die Zufriedenheit mit Werten unter 50 % auch in den postsozialistischen Ländern Serbien, Kroatien und Litauen sowie in der Türkei im Vergleich sehr gering.

Wenn man die „objektive Autonomie“, d.h. den Teilindex zu den objektiven Voraussetzungen für die Befähigung zur Autonomie auf der Basis von Bildungsinvestitionen und Bildungsergebnissen, und die „subjektive Autonomie“, d.h. die subjektive Bewertung der Wahlfreiheiten durch die Befragten in den verschiedenen Ländern, gleichgewichtig in einem Gesamtindex zusammenfasst, so liegen die angelsächsischen Länder Kanada und Neuseeland sowie die sozialdemokratischen Länder Finnland und Norwegen an der Spitze. Deutschland rangiert mit dem 17. Platz unter 43 Ländern im Mittelfeld. Objektive und subjektive Autonomie sind insgesamt besonders wenig ausgeprägt in Indien, im Krisenland Griechenland, in der Türkei und schließlich im postsozialistischen Serbien.

Zur Entwicklung der Bildungsausgaben

Es gibt ganz überwiegend einen kontinuierlichen Anstieg sowohl der absoluten Bildungsausgaben als auch der Anteile am BIP.

In Korea stieg der Anteil der Bildungsausgaben am BIP von 6,7 % in 2005 auf 8,0 Prozentpunkte in 2009. In Neuseeland wurden die Bildungsausgaben von 6,5 % in 2005 auf 7,4 % in 2009 erhöht. In den USA stieg der Anteil von 6,9 % in 2005 auf 7,3 Prozentpunkte in 2009, wobei die Ausgaben allerdings in 2008 und 2009 absolut nicht mehr stiegen.

Gemäß Eurostat stieg der Anteil der Bildungsausgaben in Dänemark von 7,4 % in 2005 auf 7,8 % in 2009. In Deutschland fand der Anstieg von 5,1 % in 2005 auf 5,3 % in 2009 auf einem Niveau unterhalb des EU27-Durchschnitts statt (von 5,4 % auf 5,7 %) und unterhalb des OECD-Durchschnitts (von 5,8 % auf 6,2 %).

Zur Entwicklung der tertiären Bildung

In der EU27 ist der Anteil der Bevölkerung (von 25 bis 64 Jahren) mit tertiären Abschlüssen von 22,5 % in 2005 auf 27,7 % in 2012 kontinuierlich gestiegen. In Deutschland stieg der Anteil von 24,6 % in 2005 auf 28,1 % in 2012. In Finnland fand der Anstieg von 34,6 % in 2005 auf 39,7 % in 2012 auf einem noch höheren Niveau statt.

In der OECD stieg der Anteil der Bevölkerung (von 25 bis 64 Jahren) mit tertiären Abschlüssen von 27 % in 2005 auf 30 % in 2010. In Kanada fand der Anstieg von 46 % in 2005 auf 51 % in 2010 auf dem höchsten Niveau statt. Aber auch Japan (von 40 % auf 45 %) und die USA (von 39 % auf 42 %) weisen einen sehr hohen Bevölkerungsanteil mit tertiären Abschlüssen auf.

Zur Entwicklung der Lesekompetenz

Finnland mit seinem universalistischen Bildungssystem hält sich bei der Entwicklung der Lesekompetenz gemäß den PISA-Studien 2000, 2003, 2006, 2009 und 2012 mit an der Spitze, auch wenn es zwischen 2009 und 2012 ein paar Punkte zurückfällt.

Der hohe Stellenwert der Bildung in Ostasien zeigt sich in der sehr guten Performanz Japans und Südkoreas, die inzwischen an der Spitze liegen, auch wenn Südkorea zwischen 2009 und 2012 ein paar Punkte verliert.

Deutschland hat auf das unterdurchschnittliche Abschneiden des gegliederten Schulsystems in 2000 mit Reformen reagiert, die von einem dreigliedrigem in ein zweigliedriges System weisen und Benachteiligungen insbesondere durch zusätzliche Sprachkurse auszugleichen suchen. Im Ergebnis ist bis 2012 sowohl die „soziale Vererbung“ des Bildungserfolgs reduziert als auch die durchschnittliche Leistung erhöht worden, wobei die Leistungen der Benachteiligten sich verbesserten und der Privilegierteren konstant blieben.

Objektive versus subjektive Autonomie

Wenn man die objektive und subjektive Autonomie gegenüberstellt ($r=0,55$), so liegen insgesamt die angelsächsischen Länder Kanada und Neuseeland sowie die sozialdemokratischen Länder Finnland und Norwegen vorn. Besonders wenig ausgeprägt ist die Autonomie insgesamt in den postsozialistischen Ländern Serbien und Rumänien, in der Türkei und im Krisenland Griechenland, wobei in letzterem die Einschätzung der Wahlmöglichkeiten durch die Bevölkerung am schlechtesten von allen Ländern ist. In den produktivistischen Ländern Ostasiens sind wegen der kompetitiven Bildungssysteme die objektiven Befähigungen sehr stark entwickelt, aber die Beurteilungen der Wahlfreiheiten durch die Bevölkerungen liegen unter dem Durchschnitt. Umgekehrt rangieren die objektiven Befähigungen z. B. in Österreich unter dem Durchschnitt, aber die subjektive Autonomie der Bevölkerung im wohlhabenden Österreich gehört zum ersten Drittel der Länder. In Deutschland gehen die Ausprägungen in die

gleiche Richtung wie in Österreich, nur etwas vorteilhafter: Bei den objektiven Voraussetzungen für die Wahlfreiheiten rangiert die Bundesrepublik mit dem 20. Platz im Mittelfeld, aber bei den subjektiven Einschätzungen der Wahlfreiheiten durch die Bevölkerung liegt die Bundesrepublik mit dem 10. Rang gut platziert, sodass sie insgesamt mit dem 17. Platz zum vorderen Mittelfeld der betrachteten 43 Länder gehört.

6. Wohlstand nach der Weltfinanzkrise, Wohlstand versus ökologische Nachhaltigkeit, Bildungs- und Einkommensarmut, Gleichheit der Teilhabe

Ökonomischer Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum werden nahezu überall auf der Welt als lohnende Ziele angesehen. Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime befinden sich – im Weltmaßstab betrachtet – im Wohlfahrtsniveau auf einer sehr ähnlichen Höhe (vgl. Kap. 6.1).

Im Kontext der Weltfinanzkrise haben die familistischen Länder Südeuropas am ehesten stagniert und sind damit im Wohlstandsniveau im Vergleich zu den anderen Ländern zurückgeblieben, während die produktivistischen Länder Ostasiens, insbesondere Südkorea, sowie China zu den ökonomisch erfolgreichsten Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise gehören. Die Spekulationsgeschäfte, die zur Weltfinanzkrise führten, haben die daran beteiligten Länder zurückgeworfen, während die Schwellenländer mit ihren normalen Geschäftsmodellen gleichzeitig ökonomisch relativ aufgestiegen sind (vgl. Kap. 6.2).

Wenn die Entwicklung des Wohlstands unter Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit gestaltet wird, lassen sich die Schäden aufgrund des Wirtschaftswachstums minimieren und der Nutzen bzw. Gebrauchswert des Wohlstands erhöhen. Die Menschheit verbraucht mehr Ressourcen, als die Natur regenerieren kann. Schon heute liest sich eine Beschreibung des klimatischen Wandels alarmierend. Die Folgen sind vielfältig und schwerwiegend. Offensichtlich kollidiert das Ziel, materiellen Wohlstand auf hohem Niveau in der Welt zu etablieren, partiell mit dem Anspruch, ökologisch nachhaltig zu wirtschaften. Die wohlhabenden Staaten stehen damit in einer doppelten Weise politisch in der Pflicht, der Ökologie ein höheres Gewicht beizumessen. Sie müssen in den nächsten Jahrzehnten beispielhafte Wege finden, die Übernutzung der natürlichen Umwelt deutlich zu reduzieren und ihren Wohlstand durch einen geringeren Einsatz von natürlichen Ressourcen zu produzieren. Die höchsten Umweltbelastungen gehen im Ländervergleich auch von den wohlhabenden Ländern aus (vgl. Kap. 6.3).

Die formalen Freiheitsrechte, die demokratische Gesellschaften charakterisieren, können in der Realität nicht von allen Bürgern im gleichen Maß genutzt werden;

die Ausübung bürgerlicher und politischer Freiheiten ist an Voraussetzungen und Fähigkeiten geknüpft. Erst die sozialen Rechte, die eine materielle Grundversorgung gewährleisten, ermöglichen eine Bürgergesellschaft, die allen die Möglichkeit zur Partizipation bietet. Eine wünschenswerte Verteilung materieller Güter und Reichtümer soll jedem Akteur die materiellen Voraussetzungen zur Verfügung stellen, damit dieser als Ebenbürtiger an der gesellschaftlichen Interaktion partizipieren kann. Eine exakte Gleichverteilung materieller Güter ist dafür nicht nötig, jedoch darf die Ungleichheit nicht so groß werden, dass sie für manche Bürger die Chance auf eine gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen Interaktionen verhindert (vgl. Kap. 6.4).

6.1 Wohlstand und Wachstum: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich

Wohlstand als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Ökonomischer Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum werden nahezu überall auf der Welt von den politischen Amtsträgern als lohnende Ziele angesehen und nicht selten werden politische Maßnahmen genauso zugeschnitten, dass sie diesen Zielen zuträglich sind. Eine gute ökonomische Performanz, so argumentiert z. B. Amartya Sen (2002), besitzt jedoch keinen intrinsischen moralischen Wert:

„Tatsächlich haben wir im Allgemeinen hervorragende Gründe, uns mehr Einkommen und Reichtum zu wünschen. Doch nicht, weil Einkommen und Reichtum um ihrer selbst willen erstrebenswert sind, sondern weil sie in der Regel wunderbare Allzweckmittel sind, um eine größere Freiheit bei der Wahl der von uns als vernünftig eingeschätzten Lebensführung zu gewinnen. Die Nützlichkeit des Reichtums liegt in den Dingen, die er uns zu tun ermöglicht, in der substantiellen Freiheit, die er uns erlangen läßt“ (ebd.: 25).

Die Maximierung der ökonomischen Performanz eines Landes ist demnach kein Selbstzweck, sondern wird erst durch die daraus abgeleiteten Werte zu einem erstrebenswerten Ziel. Zu diesen moralischen Werten, die mit dem wirtschaftlichen Wohlstand assoziiert sind, gehören z. B. eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Gütern und damit ein höherer materieller Lebensstandard, eine Abschwächung von Verteilungskonflikten, eine sinkende Zahl von arbeitslosen Personen und nicht zuletzt auch eine Verbesserung des subjektiven Wohlergehen. Die Migrationsströme dieser Welt verlaufen ganz überwiegend in Richtung höheren Wohlstands und größerer Freiheit.

Allerdings zeigen ökonomische Indikatoren, wie z. B. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, nur das durchschnittliche Niveau an materiellem Wohlergehen an, das mit Blick auf alle Individuen ermittelt wird. Es ist aus einer normativen Perspektive wünschenswert, in einer Gesellschaft zu leben, in der es den

Menschen im Durchschnitt gut geht; allerdings bleibt bei einem solchen Aggregatwert die Verteilung des materiellen Wohlstands auf einzelne Akteure oder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt. Aus unserer Sicht erscheint es also angemessen, einerseits das Niveau an Wohlstand und Wachstum zu betrachten, andererseits aber auch bei der Beurteilung von Gesellschaften zu berücksichtigen, wie sich der Wohlstand innerhalb der Bevölkerung verteilt.

Auswahl der Indikatoren

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Das BIP beschreibt den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres und innerhalb einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch hergestellt wurden. Für einen Ländervergleich ist es erstens nötig, das BIP an der Einwohnerzahl zu relativieren, und zweitens, die unterschiedlichen Preisniveaus in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. Das BIP ist entsprechend pro Kopf angegeben und wurde auf Basis der Purchasing Power Parity (PPP) um Kaufkraft- und Inflationsunterschiede bereinigt.³ Der Indikator bildet die Wirtschaftskraft bzw. den durchschnittlichen materiellen Wohlstand eines Landes ab. Neben dem Wohlstand wird als ergänzende Information die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in Prozent im Zeitraum von 2007 bis 2013 berichtet.⁴ Die Wachstumsrate misst die Veränderung des BIP jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

Das Wohlstandsniveau im Ländervergleich

Der internationale Vergleich verdeutlicht, dass der größte ökonomische Wohlstand in dem Finanzzentrum und Stadtstaat Luxemburg zu finden ist, das allerdings mit Flächenstaaten nur bedingt vergleichbar ist. Mit einigem Abstand auf den nächsten Rängen folgen das sozialdemokratische Norwegen und die wirtschaftsliberalen Vereinigten Staaten. Die postsozialistischen Staaten platzieren sich überwiegend am Ende des Ranking, wobei innerhalb dieser Gruppe z. B. zwischen Slowenien (22. Platz) und Rumänien (38. Platz) große Unterschiede zu finden sind.

Die Kontraste zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern in unserer Auswahl sind sehr ausgeprägt. Deutschland positioniert sich mit Rang 11 am Ende des ersten Drittels der Länder und liegt damit etwas hinter Schweden und den Niederlanden. Die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den alten und neuen Bundesländern sind noch nicht völlig überwunden.

³ Für die Festlegung der Kaufkraftparität wird z.B. berechnet, wie viele Einheiten einer jeweiligen Landeswährung notwendig sind, um einen bestimmten, repräsentativen Güterkorb zu kaufen, den ein Akteur für einen US-Dollar in den USA erhalten könnte.

⁴ Die durchschnittliche Wachstumsrate wird für jedes Land durch die sechste Wurzel aus den BIP-Quotienten von 2013 zu 2007 berechnet.

Von den neu berücksichtigten Ländern liegt Südkorea im Wohlstandsniveau etwas hinter Japan. Das neue EU-Mitglied Kroatien liegt im Wohlstandsniveau zwischen der Türkei und Russland. Das Schwellenland Brasilien liegt im Wohlstandsniveau noch etwas hinter den bisher betrachteten Ländern. Hinter Brasilien folgen im Wohlstandsniveau Südafrika, Serbien und China. Schließlich erreicht Indien weniger als die Hälfte des Wohlstandsniveaus Chinas (operationalisiert durch das durchschnittliche Sozialprodukt).

Das stärkste Wirtschaftswachstum findet sich in den BRIC-Schwellenländer, am dynamischsten entwickeln sich Indien und insbesondere China, was zur Abschwächung der Konjunkturkrise nach der Weltfinanzkrise beigetragen hat. Auch Südkorea verfolgt seinen produktivistischen Aufstieg auf dem Weltmarkt mit Erfolg. Ferner ist das binnenmarktorientierte Polen gut durch die Weltfinanzkrise gekommen. Die Bundesrepublik rangiert beim Wachstum auf dem 14. Platz und ist ebenfalls recht gut aus der Konjunkturkrise herausgekommen. Die stärksten Rückgänge im Lebensstandard finden sich in den Krisenländern Südeuropas sowie in Nordirland, am stärksten fiel der Rückgang in Griechenland und mit zeitlicher Verzögerung in Zypern aus. Luxemburg blieb trotz eines leichten Rückgangs in der Weltfinanzkrise mit Abstand an der Spitze des Lebensstandards.

Beim Wirtschaftswachstum dürfte auch das geringere Ausgangsniveau eine Rolle spielen. Es erscheint grundsätzlich leichter, von einem niedrigeren Ausgangsniveau ausgehend, eine hohe Wachstumsrate zu erzielen. Hat ein Land schon ein sehr hohes Wohlfahrtsniveau erreicht, so erscheint es schwieriger, das gleiche relative Wachstum zu erreichen. Aufgrund dieses Basiseffekts wird die Wachstumsrate auch nur ergänzend zum Wohlstandsniveau berichtet. Als westeuropäisches Land ist Irland ein besonders interessanter Fall: Das Land hat vor der Finanzkrise innerhalb von ca. fünfzehn Jahren ein beispielloses Wirtschaftswachstum erzielt und sich von einer wirtschaftsschwachen Agrarnation am Rande Europas zu einer modernen Ökonomie gewandelt, die sich nun in einer zentralen Position zwischen den Wirtschaftsgrößen Nordamerikas und Europas sah. Durch die Bankenkrise in Irland wurde dieser Wachstumsprozess abrupt unterbrochen. Inzwischen ist Irland allerdings bereits wieder in wirtschaftlicher Erholung.

Die bereits angedeutete negative Beziehung zwischen Wohlstand und Wachstum verdeutlicht auch ein Vergleich, bei dem das Wohlstandsniveau von 2007 mit der durchschnittlichen Wachstumsrate von 2007 bis 2013 in Beziehung gesetzt wird. Auf Länderebene ergibt sich ein hoch signifikanter Korrelationskoeffizient von $r = -0,53$ (ohne den Ausreißer Luxemburg), d. h. ein hohes relatives Wachstum ist schwieriger zu erzielen, wenn das Wohlstandsniveau bereits sehr hoch ist.

Bei der Betrachtung der Veränderung des Wohlstandsniveaus von 2007 bis 2013 zeigt sich, dass z. B. Irland durch die Weltfinanzkrise von der Schweiz,

Australien, Kanada und Österreich überholt wurde, die nun hinter Luxemburg, Norwegen und den USA mit an der Spitze liegen. Auch in Italien, Zypern und insbesondere in Griechenland ist der Lebensstandard in Folge der Weltfinanzkrise zurückgegangen.

Zur Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstands

Luxemburg ist als Stadtstaat nicht so gut zu vergleichen mit Flächenstaaten. Als internationales Finanzdienstleistungszentrum steht es im Lebensstandard (BIP pro Kopf PPP) mit Abstand an der Spitze der betrachteten Ländern. Im Krisenjahr 2009 ist das Wachstum des BIP um 4,0% eingebrochen, dies wurde aber bis Ende 2012 wieder in etwa ausgeglichen. Norwegen, das an zweiter Stelle rangiert, hat ebenfalls Sonderbedingungen, da es auch von dem natürlichen Ölreichtum profitiert. Im Krisenjahr 2009 ist das BIP um 1,4% zurückgegangen, aber die Wirtschaft wächst in 2012 bereits wieder um 3,0%. Die USA, die sich an dritter Stelle platzieren, sind als eigentlicher Verursacher der Weltfinanzkrise mit beweglicher Wirtschaftspolitik relativ gut aus der Krise gekommen. Nach dem Einbruch des BIP um 3,1% im Krisenjahr 2009 wuchsen die USA in 2010-2012 bereits wieder um 2,4%, 1,8% und 2,2%. Die Schweiz, die sich an vierter Stelle platziert, gehört zu den Ländern, die gut durch die Krise kamen. Zwar ging auch in der Schweiz das BIP in 2009 um 1,9% zurück, aber von 2010 bis 2012 wurde dies durch Wachstumsraten von 3,0%, 1,9% und 1,0% mehr als ausgeglichen

Die Schwellenländer sind in der Finanzkrise in Relation zu den anderen Ländern aufgestiegen. Brasilien hatte zwar in 2009 auch einen leichten Rückgang von 0,3%, wuchs aber in 2010-2012 um 7,5%, 2,7% und 0,9%. Südafrika wuchs nach einem Einbruch von 1,5% in 2009 um 3,1%, 3,5% und 2,5% in 2010-2012. China wuchs selbst im Krisenjahr 2009 um 9,2% und trug damit zur Stabilisierung der Weltwirtschaft bei. In den Folgejahren 2010-2012 wuchs China ebenfalls sehr stark mit 10,4%, 9,3% und 7,8%. Indien liegt im durchschnittlichen Lebensstandard noch weit zurück. Aber im Krisenjahr 2009 wuchs es um 5,0% und auch in 2010-2012 war das Wachstum mit 11,2%, 7,7% und 4,0% insgesamt sehr stark.

Deutschland liegt seit der Wiedervereinigung aufgrund der noch nicht völlig abgeschlossenen Angleichungen nur am Ende des ersten Drittels. Wegen der sehr starken Exportabhängigkeit ist Deutschland im Krisenjahr 2009 mit 5,1% besonders tief abgestürzt, hat sich dann aber durch Konjunkturprogramme, Kurzarbeitlösungen und Exporterfolge in der sich wieder erholenden Weltwirtschaft gut behauptet mit Wachstumsraten von 4,0%, 3,1% und 0,9% im Zeitraum 2010-2012.

6.2 Die ökonomische Bewältigung der Weltfinanzkrise in den verschiedenen Wohlfahrtsregimen

Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime, die Esping-Andersen in seinem modernen Klassiker „The three worlds of welfare capitalism“ (1990) unterscheidet, befinden sich – im Weltmaßstab betrachtet – im Wohlfahrtsniveau auf einer sehr ähnlichen Höhe. Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime liegt leicht vorn, das wirtschaftsliberale und das konservative ein wenig dahinter.

Im Wohlfahrtsverlauf sind die USA, der eigentliche Verursacher der Weltfinanzkrise, und auch die wirtschaftsliberalen Länder im Durchschnitt insgesamt etwas besser durch die Krise gekommen als die konservativen Länder im Durchschnitt.

Die produktivistischen Ländern Japan und insbesondere Südkorea gehören in der Wohlstandsentwicklung – neben China – zu den erfolgreichsten ökonomischen Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise.

Die familistischen Länder Südeuropas haben im Durchschnitt stagniert, wobei Griechenland und – wegen des Engagements der zyprischen Banken in Griechenland – schließlich auch Zypern ökonomisch zurückgefallen sind.

Die postsozialistischen Länder Osteuropas befinden sich nach der Weltfinanzkrise im Durchschnitt in einem gemäßigten Aufwärtstrend.

Die Türkei ist ökonomisch relativ gut durch die Weltfinanzkrise gekommen, aber es gibt natürlich nicht nur ökonomische Probleme.

Die Schwellenländer Brasilien und Südafrika entwickeln sich auf einem sehr ähnlichen Wohlstandsniveau und befinden sich auf einem gemäßigten Wachstumskurs.

China gehört – neben den produktivistischen Ländern – zu den ökonomischen Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise und befindet sich ökonomisch auf einem sehr stabilen Wachstumspfad. Selbst im allgemeinen Krisenjahr 2009 ist China noch um ca. 9 % gewachsen und hat damit zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen.

Indien schließlich startet mit dem geringsten Wohlstandsniveau und weist zwar auch hohe Wachstumsraten auf, aber von einer sehr geringen Wohlstandsbasis aus. Selbst im Krisenjahr 2009 betrug das Wirtschaftswachstum in Indien noch ca. 7 %.

Insgesamt haben also die familistischen Länder Südeuropas im Kontext der Weltfinanzkrise am ehesten stagniert und sind damit im Wohlstandsniveau im Vergleich zu den anderen Ländern zurückgeblieben, während die produktivistischen Länder Ostasiens, insbesondere Südkorea, sowie China zu den ökonomisch erfolgreichsten Aufsteigern im Kontext der Weltfinanzkrise gehören.

Die Spekulationsgeschäfte, die zur Weltfinanzkrise führten, haben die daran beteiligten Länder zurückgeworfen, während die Schwellenländer mit ihren normalen Geschäftsmodellen gleichzeitig ökonomisch relativ aufgestiegen sind.

Die Ursachen für die Performanzergebnisse bei der ökonomischen Bewältigung der Weltfinanzkrise sind vielfältig. Neben den grundlegenden Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in die Infrastruktur und in die Wettbewerbsfähigkeit, Exporteffizienz, Gleichstellung der Geschlechter sowie in die Integration wirken soziale Sicherungssysteme als Stabilisatoren günstig bei der Bearbeitung der Herausforderungen durch ökonomische Krisen. Wenn die Entwicklung des Wohlstands unter Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit gestaltet wird, lassen sich die Schäden aufgrund des Wirtschaftswachstums minimieren und der Nutzen bzw. Gebrauchswert des Wohlstands erhöhen.

6.3 Die Kehrseite von Wohlstand und Wachstum: Ökologische Nachhaltigkeit

Ökologische Nachhaltigkeit als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Die Menschheit verbraucht mehr Ressourcen, als die Natur regenerieren kann – und das, obwohl erst ein geringer Teil der Weltbevölkerung am wirtschaftlichen Wohlstand partizipiert. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung verbrauchte 1998 mehr als zwei Drittel aller Elektrizität und sie hielt nahezu neun von zehn Autos in ihrem Besitz (vgl. UNDP 1998). Wäre es möglich, den materiellen Lebensstandard der westlichen Gesellschaften auf die ganze Welt zu übertragen, würde dies die Fähigkeiten der Biosphäre zur Regeneration um ein Vielfaches übersteigen und eine ökologische Krise globalen Ausmaßes auslösen. Eine nachholende Entwicklung um der Gerechtigkeit willen wäre „die Mutter aller Katastrophen“ (vgl. Sachs 2004).

Schon heute liest sich eine Beschreibung des klimatischen Wandels alarmierend. Insbesondere der Verbrauch von fossilen Brennstoffen und der damit verbundene Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) haben sich zu einem globalen Problem entwickelt. Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industrialisierung um 35 Prozent angestiegen, liegt derzeit auf dem höchsten Niveau der vergangenen 650.000 Jahre und steigt weiter in einem noch zunehmenden Tempo (vgl. IPCC 2007). Der Verbrauch natürlicher Ressourcen steigt stetig an und mit diesem auch die Überbelastung der Biosphäre.

Die Folgen des CO₂-Ausstoßes sind vielfältig und schwerwiegend. Die Jahre von 1995 bis 2006 gehörten zu den wärmsten Jahren seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen und eine weitere Erderwärmung um mindestens 1,8° C wird für das aktuelle Jahrhundert prognostiziert. Dadurch werden die schneebedeckten Flächen und Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel wird ansteigen, extreme Unwetter, Niederschläge, Dürren und Hitzeperioden werden

sich häufen. Selbst bei einem sofortigen Stopp des CO₂-Ausstoßes würden sich diese Entwicklungen nicht mehr völlig aufhalten lassen (vgl. IPCC 2007).

Offensichtlich kollidiert das Ziel, materiellen Wohlstand auf hohem Niveau in der Welt zu etablieren, partiell mit dem Anspruch, ökologisch nachhaltig zu wirtschaften. Ökologisch nachhaltige Entwicklung wird definiert als eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (WCED 1987: 8). Eine solche Form des Wirtschaftens zu verfolgen, ist ein moralisches Ziel. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen gebietet es, dass die natürlichen Ressourcen nicht einseitig aufgebraucht werden und eine kollabierte, ungastliche Umwelt zurückbleibt. Ebenso verlangt die Verteilungsgerechtigkeit, dass natürliche Ressourcen und ökologische Belastungen nicht asymmetrisch zwischen den reichen und den ärmeren Ländern aufgeteilt werden.

Die wohlhabenden Staaten stehen damit in einer doppelten Weise politisch in der Pflicht, der Ökologie ein höheres Gewicht beizumessen. Sie müssen in den nächsten Jahrzehnten beispielhafte Wege finden, die Übernutzung der natürlichen Umwelt deutlich zu reduzieren und ihren Wohlstand durch einen geringeren Einsatz von natürlichen Ressourcen zu produzieren. Die höchsten Umweltbelastungen gehen im Ländervergleich auch von den wohlhabenden Ländern aus. Wirtschaftlicher Wohlstand steht bei der hier vorliegenden Auswahl an Ländern z. B. in einem signifikanten positiven Zusammenhang zum CO₂-Ausstoß ($r = 0,71$), wobei gerade einige der reichsten wirtschaftsliberalen Staaten besonders hohe CO₂-Emissionen aufweisen.

Ohne den Übergang zu einem „Ressourcen-leichten Wohlstandsstil“ (Hawken et al. 2000) können die Belastungen für die nachfolgenden Generationen verheerend sein, die dann mit den problematischen und möglicherweise irreversiblen Veränderungen der Umwelt leben müssen. Damit ein solcher Übergang gelingen kann, werden insbesondere drei Strategien diskutiert.

1. Die Effizienzstrategie strebt eine Steigerung der Ressourcenproduktivität an und versucht damit, die Güterproduktion stufenweise ökologisch effizienter zu gestalten. Die Anstrengungen sind hier auf die Senkung des pro Produktionseinheit benötigten Ressourceneinsatzes gerichtet. Im empirischen Ländervergleich wird ein Indikator für die Energieeffizienz berücksichtigt.
2. Eine zweite Strategie kann als Substitutionsstrategie bezeichnet werden, wobei versucht wird, fossile Brennstoffe bei der Energiegewinnung sukzessive durch regenerative Energieträger zu ersetzen. Im Vergleich zu fossilen Energiequellen unterliegen die erneuerbaren Energieträger keinen engen Begrenzungen und eine nachhaltige Schädigung der natürlichen

Umwelt wird ebenfalls verhindert. Auch die Substitutionsstrategie wird in unserem empirischen Vergleich mit einem Indikator berücksichtigt.

3. Ein dritter Ansatz, die so genannte Suffizienzstrategie, beabsichtigt, die Lebensqualität vom wirtschaftlichen Wachstum abzukoppeln. Lebensqualität lässt sich nicht nur am materiellen Reichtum ablesen, sondern basiert ebenso auf vielen nicht-monetären Aspekten. Die Suffizienzstrategie zielt darauf ab, die Lebensstile sowie das Konsum- und Freizeitverhalten der Menschen so zu verändern, dass sich im Ergebnis eine ökologisch nachhaltige und für die Menschen gesunde sowie sinn- und wertvolle Lebensweise einstellt.

Ein benachbarter Begriff zur Suffizienz ist der Begriff der Konsistenz im Sinne von Produktion und Konsum im Einklang mit den Naturkreisläufen. Unser Indikator des Anteils der ökologischen Landwirtschaft steht sowohl für eine „genügsame“ Lebensweise als auch eine im Einklang mit den Naturkreisläufen, was ein Hinweis auf die Nachbarschaft der beiden Begriffe ist. Um die Begriffe genauer gegeneinander abzugrenzen, möchte ich den Umgang mit nicht-erneuerbaren Ressourcen als Beispiel nehmen: Effizienz heißt dann, diese Ressourcen wirksam(er) einzusetzen. Substitution besagt, diese Ressourcen durch erneuerbare zu ersetzen. Suffizienz beinhaltet, die Lebensweise (Produktion und Konsum) so zu ändern, dass der Verbrauch nicht erneuerbarer Energien reduziert oder vermieden wird. Ökologische Konsistenz besagt sprachlich ein Produzieren und Konsumieren im Einklang mit den Naturkreisläufen. Das Ausmaß des Reduzierens und Vermeidens ist vom Begriff her noch nicht festgelegt, müsste also per Setzung definitorisch festgelegt werden (Nominaldefinition). Das Research Institute of Organic Agriculture und die Föderation IFOAM definieren die ökologische Landwirtschaft klimazonenunabhängig durch die vier Prinzipien der Gesundheit, der Ökologie, der Gerechtigkeit und der Fürsorge. Der Anteil der ökologischen Landwirtschaft dürfte als Indikator sowohl für das allgemeine Konzept der Suffizienz als auch für das allgemeine Konzept der Konsistenz geeignet sein. Kein Land erreicht gemäß diesen Messungen einen Anteil von 20 %, d. h. die Prinzipien der Ökologie – hier am Beispiel der Landwirtschaft – werden noch völlig unzureichend berücksichtigt. Der Klimawandel ist ein deutliches Alarmzeichen.

Auswahl der Indikatoren

Um ökologische Nachhaltigkeit umfassend zu erfassen, werden im Folgenden einerseits Indikatoren berichtet, die verschiedene ökologische Belastungen messen, andererseits werden auch Kennwerte herangezogen, die das Ausmaß an Entlastungsmaßnahmen beziffern, die von einzelnen Ländern verfolgt werden. Die Belastungsindikatoren zeigen demzufolge das Niveau an Umweltschädigung an; die Entlastungsindikatoren beschreiben den Grad an

Anstrengung, mit dem Länder versuchen, ihre ökologischen Belastungen zu reduzieren.

Als Indikatoren ökologischer Belastung berichten wir die CO₂-Emissionen pro Kopf. Diese Emissionen werden, wie bereits erwähnt, als zentrale Ursache der zunehmenden Erderwärmung und des Klimawandels gesehen. Des Weiteren gibt die Müllbelastung pro Kopf Aufschluss über den Verbrauch natürlicher Ressourcen. Schließlich ziehen wir den Energieanteil heran, der durch Kernkraft erzeugt wird. Nuklearenergie wirft nicht nur immer wieder die Frage der technischen Beherrschbarkeit auf, insbesondere durch die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle werden die Umweltbelastungen zusätzlich erhöht, und dies für viele kommende Generationen.

Als Indikatoren für ökologische Entlastungen wird zuerst die Energieeffizienz betrachtet. Eine Möglichkeit, zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsform zu gelangen, besteht darin, Energiereserven durch technische Innovationen effizienter einzusetzen. Diese Vorgehensweise zielt darauf ab, die natürlichen Ressourcen, die für die Produktion bestimmter Güter erforderlich sind, stetig zu senken. Die Energieeffizienz wird gemessen als Primärenergieverbrauch pro Einheit des BIP. Ein Land, dem es gelingt, seinen wirtschaftlichen Wohlstand mit einem möglichst geringen Verbrauch an Primärenergie zu produzieren, würde bei diesem Indikator gut abschneiden. Im Gegensatz zu fossilen Energieträgern gelten für erneuerbare Energiequellen praktisch keine Vorratsgrenzen. Sonne, Wind, Erdwärme oder Wasserkraft können als praktisch unerschöpfliche Energieträger betrachtet werden, die zudem die Ökosysteme nicht so stark belasten wie z. B. Kohlekraftwerke. Die Substitution traditioneller Energieträger durch erneuerbare Energiequellen ist eine wirksame Nachhaltigkeitsstrategie. Deshalb wird als zweiter Indikator der Anteil am gesamten Energieverbrauch eines Landes gewählt, der aktuell durch regenerative Energiequellen gedeckt wird. Schafft es ein Land, einen hohen Anteil seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Energieträgern zu erzeugen, so darf dies unserer Ansicht nach als Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit positiv gewertet werden.⁵ Drittens ziehen wir als Messung für die Suffizienzstrategie den Anteil der Landwirtschaft heran, der ökologisch nachhaltig bewirtschaftet wird. Dieser Kennwert bildet eine sehr grundsätzliche Strategie ab, durch die vorsorgend eine *Vermeidung* von Umweltschäden erreicht werden kann.

⁵ Es ist allerdings bei diesem Indikator zu bedenken, dass die natürlichen Gegebenheiten in manchen Ländern eine Energiegewinnung aus regenerativen Energieträgern erleichtern können. Es sei hier exemplarisch an Island erinnert, wenngleich das Land in unserer Länderauswahl nicht enthalten ist: Island schafft es durch günstige natürliche Voraussetzungen, den gesamten Bedarf an Elektrizität durch Wasserkraft und Geothermie zu decken. Diese Leistung, so anerkennenswert sie ist, wäre unter anderen natürlichen Randbedingungen nicht möglich.

Modell mit Unterscheidung von Belastungsniveaus und Entlastungsbemühungen (Dieter Holtmann)

Um zu beurteilen, in welchem Ausmaß eine Gesellschaft unter Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit gestaltet wird, schlage ich vor, zwischen Indikatoren der Umweltbelastung und Indikatoren für die Entlastungsbemühungen zu unterscheiden. Die Gesichtspunkte der Belastung können logisch unabhängig von Gesichtspunkten der Entlastungsbemühungen variieren. Ein partieller Zielkonflikt besteht dann, genauer gesagt, zwischen dem Wohlstand und den Umweltbelastungen. Um die analytische Unterscheidung dieser beiden Dimensionen zu veranschaulichen, schlage ich eine zweidimensionale Darstellung Belastungsniveau vs. Entlastungsbemühungen vor. Es ist eine empirische Frage, in welchem Ausmaß bestimmte Gesellschaften diese Gesichtspunkte berücksichtigen.

Ländervergleich

Bei den Belastungsindikatoren liegen erwartungsgemäß eher solche Länder vorne, die im Vergleich ein niedriges Wohlstandsniveau besitzen. Dies verdeutlicht nochmals den Zielkonflikt zwischen den „moral values“ Wohlstand und Nachhaltigkeit. Die geringsten CO₂-Emissionen verzeichnen demnach insbesondere das wenig entwickelte Indien, Brasilien, die postsozialistischen Länder Lettland, Rumänien und Litauen sowie die Türkei. Andererseits weisen der Stadtstaat Luxemburg sowie die wirtschaftsliberalen Länder USA, Australien und Kanada den höchsten Ausstoß an CO₂ pro Kopf auf. Deutschland nimmt nur den 29. Rang ein von 43 Ländern.

Auch bei der Müllbelastung pro Einwohner liegen wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten an der Spitze des Ranking: Insbesondere Indien, aber auch China und Brasilien sowie die postsozialistischen Länder Estland, Polen, Tschechien und die Slowakei. Auf der anderen Seite verzeichnen die wirtschaftsliberalen Länder Kanada, USA und Australien, aber auch Dänemark, die Schweiz und der Stadtstaat Luxemburg im Vergleich die höchsten Müllbelastungen. Deutschland liegt mit dem 34. Platz im letzten Drittel von 42 Ländern.

Bei der Nuklearenergie gibt es eine ganze Reihe von Ländern, die auf Atomkraft verzichten. Den höchsten Kernenergie-Anteil weist Frankreich auf, das aktuell nahezu 75 % seines Energiebedarfs mittels Nuklearenergie deckt. Die Slowakei und Belgien weisen ebenfalls hohe Kernenergieanteile auf, nämlich zu über 50 %. Deutschland rangiert mit dem 27. Platz von 43 Ländern am Ende des Mittelfelds.

Werden nun alle diese ökologischen Belastungen in einem Index zusammengefasst, ergibt sich folgendes Bild: Neben den Schwellenländern Indien, Brasilien und China weist auch Lettland geringe Umweltbelastungen auf. Die wirtschaftsliberalen Länder USA, Kanada und Australien sowie der

Stadtstaat Luxemburg schließen die Rangliste ab, belasten die Umwelt also vergleichsweise am stärksten. Deutschland liegt mit dem 34. Platz im letzten Drittel der Länder.

Das Ausmaß, mit dem ökologische Entlastungsstrategien verfolgt werden, variiert gleichfalls stark zwischen den Ländern. Die ökonomisch effizienteste Nutzung von Primärenergie lässt sich für Irland, das Vereinigte Königreich, die Schweiz und Dänemark feststellen. Auch Deutschland (Rang 11) weist eine vergleichsweise effiziente Nutzung von Primärenergie auf. Mit deutlichem Abstand ist Russland am Ende des Ranking zu finden, was einen sorglosen Umgang mit Energie offenbart. In Russland muss – verglichen mit Irland – mehr als drei Mal so viel Primärenergie aufgewendet werden, um die gleiche Menge an wirtschaftlichem Wohlstand zu produzieren.

Den besten Wert bei dem Energieanteil aus regenerativen Energiequellen erreicht mit deutlichem Vorsprung Norwegen, wobei hier insbesondere die Energiegewinnung aus Wasserkraft intensiv genutzt wird. An der Spitze folgen die sozialdemokratischen Länder Schweden und Finnland sowie Brasilien, Neuseeland, Lettland und Österreich. Deutschland liegt mit einem Energieanteil aus erneuerbaren Energieträgern von 12,3 % auf dem 20. Platz von 42 Ländern. In Deutschland werden insbesondere der Energiegewinnung aus Biomasse, Wind- und Wasserkraft langfristige Wachstumsperspektiven eingeräumt. Am Ende der Rangliste befinden sich Malta, die ostasiatischen Länder Südkorea und Japan sowie das an fossilen Energieträgern reiche Russland und der Stadtstaat Luxemburg.

Bei der nachhaltigen Landwirtschaft liegen Österreich sowie Schweden und Estland an der Spitze. In Deutschland wird nur in ca. 6 % der Landwirtschaft nachhaltig gewirtschaftet (Rang 13); in einer ganzen Reihe weiterer Länder liegt dieser Anteil sogar nahe bei Null, z.B. in allen BRICS-Ländern, die ihre Priorität völlig auf das Wirtschaftswachstum konzentrieren.

Der Teilindex „Entlastungsstrategien“ wird von Österreich, den sozialdemokratischen Ländern Schweden und Norwegen sowie Lettland und der Schweiz angeführt. Die Bundesrepublik liegt auf der 17. Position. Die Rangliste beschließen die Schwellenländer China und Südafrika, Südkorea, Malta sowie die postsozialistischen Länder Serbien und Russland. Auffallend ist, dass die USA auf dem 35. Platz rangieren, sie also offensichtlich ihre Möglichkeiten zur Umweltentlastung nicht hinreichend nutzen.

Im Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit, der als Durchschnittswert aus den standardisierten Teilindices zur Belastung sowie ökologischen Entlastung berechnet wird, liegen Lettland und Österreich wegen der starken Entlastungsbemühungen sowie Indien und Brasilien wegen der geringen Belastungen gemeinsam an der Spitze. Deutschland liegt mit einem Indexwert von -0,15 unter dem Durchschnitt der Länder (26. Rang). Am ungünstigsten

schneiden die wirtschaftsliberalen Länder USA und Kanada sowie das rohstoffreiche Russland und der Stadtstaat Luxemburg ab.

Die USA und Kanada sowie Luxemburg belasten die Umwelt besonders stark. Russland andererseits weist die geringsten Entlastungsbemühungen auf.

Belastungsniveau und Entlastungsbemühungen

Die Gegenüberstellung des Belastungsniveaus und der Entlastungsbemühungen zeigt, dass es tendenziell mindestens vier *Umweltregime* gibt: Wohlhabende Länder, die ein mittleres Belastungsniveau aufweisen, aber ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein, das sich in starken Entlastungsbemühungen zeigt, sind z.B. Österreich sowie die sozialdemokratischen Länder Schweden und Norwegen. Länder mit überdurchschnittlichem Belastungsniveau, aber auch überdurchschnittlichen Entlastungsbemühungen sind die Schwellenländer Brasilien und mit Einschränkungen Indien. Lettland bildet die ausgewogene Kombination dazwischen, das Belastungsniveau ist geringer als in Österreich und die Entlastungsbemühungen sind höher als in Brasilien, weshalb Lettland auch insgesamt bei der ökologischen Nachhaltigkeit an der Spitze aller betrachteten Länder steht.

Die wirtschaftsliberalen Länder USA, Kanada und Australien sind wohlhabend und haben ein sehr hohes Belastungsniveau, gleichzeitig sind auch die Entlastungsbemühungen unterdurchschnittlich, dies ist also die ungünstigste Kombination. Russland unterscheidet sich davon nur graduell, weil es mit geringerem Wohlstand auch ein etwas niedrigeres Belastungsniveau aufweist, gleichzeitig sind aber die Entlastungsbemühungen noch geringer als in den wirtschaftsliberalen Ländern. Schließlich gibt es noch Länder mit unterdurchschnittlichem Wohlstand und Belastungsniveau, die aber gleichzeitig auch beim Umweltbewusstsein unter dem Durchschnitt liegen. Ein relevantes Beispiel ist China, das bei dieser pro-Kopf-Betrachtung durch seine Bevölkerungsgröße ein hohes Gewicht erhält für den globalen Stand der ökologischen Nachhaltigkeit.

Zur Entwicklung der CO₂-Emissionen

In den Ländern mit den geringsten CO₂-Emissionen pro Kopf (PPP, gemäß UN) nehmen diese Emissionen von 2000 bis 2010 zu, in Indien von 1,13 auf 1,64, in Brasilien von 1,88 auf 2,15 und in Lettland von 2,62 auf 3,38. Eine Anpassung nach oben ist natürlich unerwünscht. Und die bevölkerungsreichen Staaten Indien und Brasilien fallen stark ins Gewicht. China, das auch stark ins Gewicht fällt, liegt auf dem 14. Platz (von 43) und hat sich von 2,68 auf 6,18 deutlicher verschlechtert als die bisher genannten Länder. Der Stadtstaat Luxemburg mit den höchsten Emissionen pro Kopf hat sich von 18,92 in 2000 bis 2010 auf 21,34 verschlechtert. Stärker ins Gewicht fallen der Vorletzte, Australien, das sich von 17,20 in 2000 auf 16,75 in 2010 verbessert hat, und der Drittletzte, die

USA, die sich von 20,23 auf 17,50 verbessert haben. Die Bundesrepublik hat die Emissionen von 10,08 in 2000 auf 9,06 in 2010 reduziert und belegt damit aktuell den 25. Platz (von 43 Ländern).

Zur Entwicklung der Müllbelastung

Indien weist mit Abstand die geringste Müllbelastung auf, zur Entwicklung in der Zeit liegen keine Informationen vor. In China ging die Müllbelastung (gemäß OECD) von 260 kg pro Kopf in 2000 auf 250 in 2010 zurück, damit liegt es an 2. Stelle. In Brasilien sank die Müllbelastung von 330 in 2000 auf 270 in 2010, womit es den 3. Platz erreicht. Ganz am Schluss rangieren Kanada und die USA. In den USA ist die Müllbelastung von 780 in 2000 auf 720 in 2010 gesunken. Die Bundesrepublik liegt aktuell auf dem 34. Platz (von 42). Die Müllbelastung ging (gemäß Eurostat) in Deutschland von 642 in 2000 auf 602 in 2010 zurück. In der EU27 insgesamt ist die durchschnittliche Müllbelastung von 522 kg pro Kopf in 2000 auf 505 in 2010 gesunken. In der OECD insgesamt verringerte sich die Müllbelastung von 560 in 2000 auf 540 in 2010. Es gibt also einen allgemeinen Trend zur Verringerung der Müllbelastung.

Zur Entwicklung der Verwendung von Nuklearenergie

Frankreich verwendet die Risikotechnologie Kernkraft mit Abstand am stärksten. Zwar ist dies historisch verständlich, aber dennoch nicht vernünftig. Frankreich reduzierte den Nuklearanteil an der Elektrizitätsproduktion von 78,0 % in 2002 ein wenig auf 74,8 % in 2012. Die Slowakei, vor Frankreich auf dem vorletzten Platz, verringerte den Nuklearanteil von 65,4 % in 2002 auf 53,8 % in 2012. Und Belgien, das auf dem drittletzten Platz liegt, hat den Nuklearanteil von 57,3 % in 2002 auf 51,0 % in 2012 reduziert. Die Bundesrepublik hat den Nuklearanteil von 29,9 % in 2002 auf 16,1 % in 2012 verringert. Japan hat den Nuklearanteil von 34,3 % in 2002 nach der Atomkatastrophe im Jahr 2011 auf 2,1 % in 2012 zurückgefahren, wobei im Augenblick unklar ist, ob die aktuelle Regierung die Nuklearkapazität wieder hochfährt. Immerhin 19 der betrachteten Länder verzichten ganz auf die Risikotechnologie Kernkraft.

Zur Entwicklung der Energieeffizienz

Der erste Gesichtspunkt der Entlastungsbemühungen ist der Aspekt der Effizienz. Das BIP eines Landes soll z.B. mit dem geringstmöglichen Energieaufwand produziert werden. Die Relation des Verbrauchs an Primärenergie pro Einheit des BIP ist gemäß der EIA (U.S. Energy Information Administration) in Irland, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz und Dänemark am günstigsten, d.h. am niedrigsten. Irland hat den Wert von 4,82 in 2000 auf 4,06 in 2010 verbessert. Das Vereinigte Königreich reduzierte den Wert von 5,36 in 2000 auf 4,17 in 2010. Schweden senkte den Wert von 8,60 in 2000 auf 6,88 in 2010. Die Schweiz verbesserte den Wert von 5,07 in 2000 auf

4,20 in 2010. Russland andererseits setzt die – reichlich vorhandene – Energie am wenigsten effizient ein, gefolgt von Serbien und Südafrika. Russland verringerte den Wert von 20,69 in 2000 auf 14,54 in 2010. D.h. Russland benötigt aktuell pro Einheit des BIP mehr als dreimal so viel Primärenergie wie Irland. Deutschland erreicht den 11. Platz (von 43 Ländern), der Messwert der Energieeffizienz wurde von 6,0 in 2000 auf 5,31 in 2010 verbessert.

Zur Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien

Norwegen, das bei den erneuerbaren Energien mit großem Abstand an der Spitze liegt, hat den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch (gemäß Eurostat 2013) von 58,6 % in 2004 auf 64,7 % in 2011 gesteigert. Schweden erhöhte diesen Anteil von 38,3 % in 2004 auf 46,8 % in 2011 und liegt damit auf dem 2. Platz. Brasilien steigerte den Anteil der erneuerbaren Energien (gemäß OECD 2013 für „energy supply“) von 42,3 % in 2004 auf 43,9 % in 2010, Neuseeland von 31,3 % in 2004 auf 40,3 % in 2011. Diese vier Länder liegen an der Spitze der betrachteten 43 Länder. Andererseits werden in Malta, Südkorea, Russland und Luxemburg kaum erneuerbare Energien verwendet. Deutschland hat den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch (gemäß Eurostat 2013) von 4,8 % in 2004 auf 12,3 % in 2011 erhöht – Norwegen hat mehr als den fünffachen Anteil sowie Schweden mehr als den dreifachen Anteil – und liegt damit auf Platz 20 (von 42 Ländern). Die EU27 hat diesen Anteil von 7,9 % in 2004 auf 13,0 % in 2011 gesteigert, wobei dies ein relativ kontinuierlicher Verlauf ist.

Zur Entwicklung des Anteils organischer Landwirtschaft

Österreich hat den Anteil organischer Landwirtschaft an der gesamten Landwirtschaft (gemäß FiBL 2013) von 16,7 % in 2005 auf 19,7 % in 2011 gesteigert und liegt damit deutlich an der Spitze. Schweden hat diesen Anteil von 7,0 % in 2004 auf 15,4 % in 2011 erhöht und platziert sich an 2. Stelle, gefolgt von Estland, das diesen Anteil von 7,2 % in 2005 auf 14,8 % in 2011 verbessert hat. Auf der anderen Seite haben z.B. die BRICS-Länder Südafrika (ca. 0 %), Russland (0,1 %), Brasilien (0,3 %), China (0,4 %) und Indien (0,6 %) aktuell noch ein sehr geringes Problembewusstsein bzgl. der ökologischen Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. Deutschland hat den Anteil organischer Landwirtschaft von 4,7 % in 2005 auf 6,1 % in 2011 erhöht und liegt damit auf Platz 13 (von 43 Ländern).

Fazit

Die Bundesrepublik schneidet bei den Umweltbelastungen relativ schlecht ab (mit den Plätzen 27 bzw. 29 bzw. 34 von 43 Ländern) und bei den Entlastungsbemühungen etwas besser (mit den Plätzen 11 bzw. 13 bzw. 20 von 43 Ländern). Die Bundesrepublik kann sich also insgesamt noch ziemlich stark

verbessern. Da modernen Umwelttechnologien die Zukunft gehört, ist dies ein lohnenswertes Investitionsfeld.

Die Besonderheit Deutschlands ist weniger in dem derzeit realisierten Niveau an ökologischer Nachhaltigkeit zu sehen, sondern vielmehr in der Entwicklungsrichtung der letzten Dekade. Die konsequente Förderung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen darf als Schritt in die richtige Richtung gedeutet werden und auch der Ausstoß von Kohlendioxid wird in Deutschland reduziert. Um die eingangs beschriebenen Umweltprobleme zu lösen, bedarf es jedoch noch weiterer konsequenter Anstrengungen der gesamten Staatengemeinschaft.

6.4 Gleichheit der Teilhabe: Einkommensungleichheit sowie Bildungs- und Einkommensarmut im Vergleich der Länder und Wohlfahrtsregime

Gleichheit der Teilhabe als Voraussetzung für Freiheitsrechte und als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Die formalen Freiheitsrechte, die demokratische Gesellschaften charakterisieren, können in der Realität nicht von allen Bürgern im gleichen Maß genutzt werden; die Ausübung bürgerlicher und politischer Freiheiten ist an Voraussetzungen und Fähigkeiten geknüpft. Dies gilt umso mehr, wenn ein positives Freiheitskonzept vertreten wird, d. h. wenn der Freiheitsbegriff nicht nur die Abwesenheit von Zwang bezeichnet, sondern auch die Möglichkeit einschließt, das tun zu können, wozu man sich freiwillig entschieden hat. Zu den Voraussetzungen bürgerlicher Freiheit zählen neben persönlichen Fähigkeiten auch finanzielle Mittel. Wer täglich mit dem Überlebenskampf beschäftigt ist, hat keine Zeit mehr, sich als aktiver Staatsbürger an Politik und Gemeinwesen zu beteiligen. Für den Mittellosen haben politische und bürgerliche Freiheiten keinen „echten“ Wert; sie bleiben rein symbolisch. Erst die sozialen Rechte, die eine materielle Grundversorgung gewährleisten, ermöglichen eine Bürgergesellschaft, die allen die Möglichkeit zur Partizipation bietet.

Um die tatsächlichen Handlungsfreiheiten für alle Bürger dauerhaft zu sichern, muss, John Rawls (2003) folgend, eine Gesellschaft über Institutionen verfügen, die dauerhaft gerechte Randbedingungen für das Handeln der Akteure gewährleisten. Dafür ist es nötig, im Zeitverlauf die Verteilung wertvoller Ressourcen immer wieder neu zu justieren. Würde die empirische Verteilungsstruktur nicht angemessen reguliert und angepasst werden, würde der anfangs gerechte gesellschaftliche Prozess naturwüchsig immer mehr ins Ungerechte gleiten, gleichgültig wie frei und fair einzelne Interaktionen für sich betrachtet auch erscheinen mögen. In einem unregulierten freien Wirtschaftssystem würden oligopolistische Akkumulationen begünstigt, die zur Stabilisierung ungerechtfertigter Ungleichheiten und zur Beschränkungen fairer Chancen führen würden.

Auch Nancy Fraser (2003) verteidigt eine Gerechtigkeitskonzeption, die Wert auf Gleichberechtigung und gleiche Chancen legt. Eine wünschenswerte Verteilung materieller Güter und Reichtümer soll jedem Akteur die materiellen Voraussetzungen zur Verfügung stellen, damit dieser als Ebenbürtiger an der gesellschaftlichen Interaktion partizipieren kann. Eine exakte Gleichverteilung materieller Güter ist dafür nicht nötig, jedoch darf die Ungleichheit nicht so groß werden, dass sie für manche Bürger die Chance auf eine gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen Interaktionen verhindert.

Auswahl der Indikatoren

Armut bedeutet, dass entweder die materiellen Voraussetzungen oder die personalen Befähigungen fehlen, um bestimmte Grundfreiheiten einer Gesellschaft wirklich zu nutzen. Das Recht, nicht in Armut leben zu müssen, wird deshalb in wohlhabenden Gesellschaften zum Grundrecht. An der Armutsrate lässt sich folglich der Bevölkerungsanteil ablesen, der nicht über die materiellen Voraussetzungen verfügt, um die Freiheitsrechte einer Gesellschaft effektiv in Anspruch nehmen zu können. Als arm werden im Allgemeinen alle Personen definiert, die in Haushalten leben, die über weniger als 50 Prozent des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens verfügen. Mit diesem Indikator wird also nicht die absolute Armut, sondern die relative Schlechterstellung im Vergleich zur Einkommensmitte abgebildet. Da die EU inzwischen mit der 60 %- Grenze (Armutgefährdung) arbeitet, wird dies auch hier verwendet. Ein weiterer relevanter Indikator zur Messung der Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Dieser Koeffizient gibt an, wie ungleich das Einkommen in einer Bevölkerung verteilt ist. Je niedriger der Gini-Koeffizient ausfällt, umso egalitärer ist das Einkommen verteilt; je höher der Koeffizient ausfällt, umso mehr konzentriert sich das Einkommen bei einigen Wenigen.⁶ Der Koeffizient eignet sich insbesondere für internationale Vergleiche.

Die Nutzung individueller Freiheitsrechte ist allerdings ebenso an Befähigungen, also in erster Linie an Bildung, gekoppelt. Um die Bildungsarmut abzubilden, werden wiederum zwei Kennwerte betrachtet. Der im Folgenden als „frühe Schulabgänger“ bezeichnete Indikator beziffert den Anteil unter den 18 bis 24 jährigen Personen, die über keinen oder lediglich über einen niedrigen Bildungsabschluss⁷ verfügen und die zudem angeben, aktuell weder an einer Ausbildung noch am Schulunterricht teilzunehmen. Junge Erwachsene, die auf diese Weise erfasst sind, besitzen nur einen geringen formalen Bildungsstand und beginnen somit ihre Berufskarriere mit ungünstigen Voraussetzungen. Der

⁶ Ein Gini-Index mit dem Wert 0 drückt aus, dass jeder Bürger bzw. jeder Haushalt über das exakt gleiche Einkommen verfügen kann (maximale Gleichheit); ein Gini-Index mit dem Wert 100 drückt aus, dass das gesamte Einkommen nur einer einzigen Person bzw. einem einzigen Haushalt gehört und alle anderen kein Einkommen erzielen können (maximale Ungleichheit, vgl. Holtmann 2009, S. 68 f).

⁷ Als niedrige Bildungsabschlüsse werden alle bis zum ISCED 3c Niveau gewertet. In Deutschland zählt die Mittlere Reife noch dazu.

zweite Kennwert bezieht sich nun nicht auf Bildungsabschlüsse, sondern auf Kompetenzen, die im Schulsystem erworben werden. Im Rahmen der PISA-Studien wurden internationale Vergleichsdaten zur Performanz der Bildungssysteme in sehr guter Qualität gewonnen. Zielpopulation für die PISA-Studien sind die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler eines Landes. Die hier verwendete Skala aus der PISA-Studie 2012 bildet die Lesekompetenz ab, verstanden als „Fähigkeit, geschriebene Texte zu verstehen, zu nutzen und über sie zu reflektieren, um eigene Ziele zu erreichen, das eigene Wissen und Potential weiterzuentwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“ (Prenzel et al. 2004: 20). Der Indikator beschreibt den Anteil der 15-jährigen Schüler eines Landes, die selbst die einfachsten PISA-Aufgaben nur unter Schwierigkeiten lösen können. Da diese geringe Lesekompetenz den Anforderungen einer „Wissensgesellschaft“ nicht gerecht wird, wurden diese Jugendlichen von den PISA-Autoren auch als „Risikoleser“ definiert.⁸

Die Gleichheit der Teilhabe im Ländervergleich

Der Ländervergleich verdeutlicht, dass es sowohl bei den Kennwerten der Bildungsarmut als auch bei denen der Einkommensarmut und -ungleichheit ein hohes Ausmaß an Streuung zwischen den betrachteten Ländern gibt.

Mit einem geringen Anteil von 4-6 % frühen Schulabgängern liegen die postsozialistischen Staaten Kroatien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Polen und Litauen gemeinsam mit der Schweiz an der Spitze. (Die geringe Zertifikatsarmut ist allerdings im Fall von Litauen, Tschechien, Kroatien, der Slowakei und Slowenien zu relativieren, da es in diesen Ländern über 20 % SchülerInnen mit Armut an Lesekompetenz im Sinne von PISA gibt.) Deutschland hat mit 10,6 % bereits einen etwa doppelt so hohen Anteil an frühen Schulabgängern, womit die Bundesrepublik auf dem 16. Platz von 31 Ländern rangiert. In den südeuropäischen Ländern Portugal, Malta und Spanien liegt der Anteil an frühen Schulabgängern über 20 % und schließlich in der Türkei bei ca. 40 %.

Der Anteil der SchülerInnen mit geringer Lesekompetenz („Risikoleser“ im Sinne von PISA) ist im Jahr 2012 in Südkorea (mit 7,6 %) und Japan (mit 9,8 %) sowie in Estland und Irland besonders gering. In Deutschland gibt es einen fast doppelt so hohen Anteil mit geringer Lesekompetenz wie in Südkorea, damit platziert sich Deutschland auf dem 21. Platz (von 39 Ländern). Die Bundesrepublik hat diesen Anteil allerdings von 22,6 % in 2000 um 8,1 Prozentpunkte reduziert, Deutschland hat auf die Bestandaufnahme von 2000 insbesondere mit Verbesserungen in der Unterstützung benachteiligter SchülerInnen relativ erfolgreich reagiert. Serbien und Malta (letzteres in einer

⁸ Die Leseleistung kann fünf Kompetenzstufen zugeordnet werden, wobei die Kompetenzstufe 5 für eine hohe Expertise im Umgang mit Texten steht und die Kompetenzstufe 1 nur elementare Lesefähigkeiten beschreibt. Als Risikogruppe eines Landes wurden alle diejenigen Schülerinnen und Schüler definiert, die höchstens die Kompetenzstufe 1 erreichen.

Zusatzerhebung 2010) haben über 33 % „Risikoleser“. Dahinter liegen nur noch Rumänien und Bulgarien mit fast 40 % und schließlich Brasilien mit ca. 50 % SchülerInnen mit geringer Lesekompetenz.

Erfasst man nun die Bildungsarmut durch einen gleichgewichteten Index aus Zertifikats- und Kompetenzarmut, so liegen die ostasiatischen Länder Südkorea und Japan sowie Kanada vorn. Die Türkei und insbesondere Brasilien rangieren mit Abstand am Schluss. Die Bundesrepublik liegt mit dem 15. Platz unter 40 Ländern im vorderen Mittelfeld.

Die relative (Einkommens-) Armut wird dadurch definiert, wie viel Prozent der Bevölkerung ein Einkommen unter 50 % des Durchschnittseinkommens (Medianeinkommen) haben. In der EU wird inzwischen mit der 60 % - Grenze (Armutsgefährdung) gearbeitet, weshalb dies auch hier verwendet wird. Die geringste Armutsgefährdung (mit 10-13 %) findet sich in den postsozialistischen Ländern Tschechien, Slowakei und Slowenien, den sozialdemokratischen Ländern Norwegen, Dänemark und Finnland sowie in den konservativen Ländern Niederlande und Österreich. Die Bundesrepublik platziert sich mit 16,1 % auf dem 18. Rang (von 38 Ländern). Das höchste Ausmaß von relativer Armutsgefährdung findet sich inzwischen im Krisenland Griechenland (23,1 %), in den wirtschaftsliberalen USA (24,2 %) und im postsozialistischen Russland (24,5 %) sowie schließlich in der Türkei (26,8 %).

Zur Untersuchung der Einkommensungleichheit ist das Konzentrationsmaß von Gini gut geeignet (1 = maximale Konzentration, 0 = minimale Konzentration). Am egalitärsten sind die sozialdemokratischen Länder Norwegen (.226), Schweden (.249) und Finnland (.259), die postsozialistischen Länder Slowenien (.237), Tschechien (.249) und die Slowakei (.253) sowie die konservativen Länder Niederlande (.254) und Österreich (.263). Deutschland liegt bei der Ungleichheit der Einkommensverteilung mit .283 auf dem 15. Rang von 43 Ländern. Von den entwickelten Ländern sind die wirtschaftsliberale USA das Land mit der größten Einkommensungleichheit (.380). Das gleiche Ausmaß an Ungleichheit weist von den betrachteten Ländern das am wenigsten entwickelte Indien auf. Das „kommunistische“ China hat – insbesondere wegen der großen Stadt-Land-Unterschiede – eine noch höhere Einkommensungleichheit (.410). Die Türkei liegt gleich dahinter (.411). Das postsozialistische Russland ist noch ungleicher (.428). Die extremste Ungleichheit findet sich in den Schwellenländern Brasilien (.550) und Südafrika (.700).

Wenn man aus der standardisierten Armutsgefährdung und dem standardisierten Gini-Koeffizienten einen Teilindex für die Gleichheit der materiellen Teilhabe bildet, so liegen die sozialdemokratischen Länder Norwegen, Finnland, Schweden und Dänemark, die konservativen Länder Niederlande und Österreich sowie die postsozialistischen Länder Tschechien, Slowenien und die Slowakei an der Spitze. Die Bundesrepublik gehört mit dem 18. Platz unter 43 Ländern zum vorderen Mittelfeld. Am größten ist die Ungleichheit der materiellen

Teilhabe in China und Russland, in den wirtschaftsliberalen USA und in der Türkei sowie schließlich in Brasilien und Südafrika ganz am Ende.

Im Gesamtindex der Gleichheit der Teilhabe an Bildung und Einkommen platzieren sich die sozialdemokratischen Länder Finnland, Norwegen und Dänemark, die konservativen Länder Niederlande, Schweiz und Österreich sowie die postsozialistischen Länder Tschechien und Slowenien ganz vorn. Die Bundesrepublik liegt mit dem 16. Platz unter 43 Ländern im vorderen Mittelfeld. Die größte Ungleichheit der Teilhabe an Bildung und Einkommen findet sich in der Türkei sowie insbesondere in den Schwellenländern Brasilien und Südafrika.

Bildungs- versus Einkommensarmut

Das Verhältnis zwischen Bildungs- und Einkommensarmut (Indikatoren: „Risikoleser“ versus (Einkommens-)Armutgefährdung) verdeutlicht die kombinierte Betrachtung, in der spezielle Länderprofile erkennbar werden: Die sozialdemokratischen Länder Finnland, Norwegen und Dänemark weisen sowohl eine geringe Bildungsarmut als auch eine geringe Einkommensarmut auf. Diese positive Kombination ist auch in den Niederlanden und in Tschechien stark ausgeprägt.

Die produktivistischen Ländern Südkorea und Japan bekämpfen mit Nachdruck die Bildungsarmut, überlassen aber die Vermeidung von Einkommensarmut eher der Eigenverantwortung der Individuen und Familien. Abgeschwächt tendieren auch die wirtschaftsliberalen Länder USA, Australien und Kanada in diese Richtung. Das katholische Malta ist umgekehrt wenig erfolgreich bei der Begrenzung der Bildungsarmut, schützt die Bevölkerung aber seit der Phase mit sozialistischem Einfluss stärker vor Einkommensarmut. Die ökonomischen Nachzügler Rumänien und Bulgarien können ihre Bevölkerung bisher weder hinreichend vor Bildungsarmut noch vor Einkommensarmut schützen.

Investitionen in Bildung zur Vorsorge sowie Ausgaben des Sozialstaates bei Eintritt des Risikofalls machen sich bezahlt: Investitionen in Bildung fördern einen geringen Umfang an Risikolesern (partieller Beleg: $r = -0,45$; $S = 0,00$) und eine geringe Bildungsarmut ($r = -0,43$; $S = 0,01$) sowie eine geringe Einkommensarmut ($r = -0,40$; $S = 0,01$) und ein gutes Ergebnis bei der Gleichheit der Teilhabe insgesamt ($r = 0,42$; $S = 0,01$).

Die Ausgaben des Sozialstaates bei Eintritt des Risikofalls reduzieren die Armutgefährdung ($r = -0,51$; $S = 0,00$), verringern die Einkommensungleichheit ($r = -0,61$; $S = 0$) und tragen insgesamt zur Gleichheit der Teilhabe bei ($r = 0,53$; $S = 0$).

Zur Entwicklung des Anteils früher Schulabgänger

In der EU27 ist der Anteil der frühen Schulabgänger (unter den 18-24 Jährigen) gemäß Eurostat 2013 von 17,6 % in 2000 über 15,8 % in 2005 auf 12,8 % in 2012 kontinuierlich zurückgegangen. Es ist eine Stärke der postsozialistischen

Länder, nur wenige mit niedrigem Schulabschluss zurückzulassen. Allerdings zeigen die PISA-Ergebnisse ein etwas kritischeres Bild, denn gemäß der Kompetenzmessung haben die folgenden Länder durchaus Risikoleser in zu hohem Umfang. Das neue EU-Mitglied Kroatien (ab Juli 2013 als Erweiterung zur EU28) hat den Anteil früher Schulabgänger von 5,1 % in 2005 auf 4,2 % in 2012 reduziert. Slowenien schaffte die Reduktion von 4,9 % auf 4,4 %, die Slowakei von 6,3 % auf 5,3 % und Tschechien von 6,2 % auf 5,5 %. Deutschland verbesserte sich zwar auch, aber auf ungünstigerem Niveau von 13,5 % in 2005 auf 10,5 % in 2012.

In einigen südeuropäischen Ländern sind die Probleme allerdings noch größer: In Portugal wurde der Anteil früher Schulabgänger von 38,8 % in 2005 etwas abgemildert auf immer noch 20,8 %. In Malta wurde dieser Anteil von 38,9 % in 2005 auf immer noch 22,6 % in 2012 gesenkt. In Spanien schließlich wurde der Anteil der frühen Schulabgänger von 30,8 % in 2005 auf immer noch 24,9 % in 2012 reduziert. Insbesondere im Süden gibt es also großen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Befähigung der Jugend.

Zur Entwicklung des Anteils der „Risikoleser“

Der Anteil der Risikoleser ist im OECD-Durchschnitt relativ konstant geblieben.

Von den postsozialistischen Ländern, die besonders wenig Zertifikatsarmut haben, weisen Slowenien, Litauen und insbesondere die Slowakei in 2012 alle einen Anteil von Risikolesern im Sinne von PISA von über 20% auf, was die Erfolge bei der Zertifikatsarmut doch relativiert.

Südkorea bleibt mit einem sehr geringen Anteil an Risikolesern von 5,7 % in 2006, 5,8 % in 2009 und 7,6% in 2012 an der Spitze. Auch Japan hat sich von 13,6% in 2009 auf 9,8% in 2012 verbessert. Die Schulsysteme Ostasiens sind also bei der Leistungsevaluation erfolgreich. Finnland hat sich dagegen von 8,1% in 2009 auf 11,3% in 2012 etwas verschlechtert.

Brasilien verbesserte sich zwar von 55,5 % in 2006 auf 49,2 % in 2012, liegt damit aber ganz hinten. Sehr schlecht schneiden auch Malta (ca. 36 % in der Zusatzerhebung 2010) und Serbien (von 51,7 % in 2006 auf 33,1 % in 2012) ab.

Die Bildungspolitik Österreichs erweist sich bisher als mäßig erfolgreich, der Anteil der Risikoleser stieg von 14,6 % in 2000 über 20,7 % in 2003 und über 21,5 % in 2006 auf 27,6 % in 2009, ging aber bis 2012 auf 19,5 % zurück. Luxemburg schneidet noch etwas schlechter ab, der Anteil der Risikoleser stieg von 22,9 % in 2006 auf 26,0 % in 2009 und fiel dann etwas auf 22,2 % in 2012 (30. Platz von 39 Ländern).

Deutschland dagegen hat sich gegenüber dem unterdurchschnittlichen Ergebnis in 2000 kontinuierlich verbessert und schneidet wegen der stärkeren Unterstützung von benachteiligten SchülerInnen in 2012 über dem OECD-

Durchschnitt ab: Der Anteil der Risikoleser fiel von 22,6 % in 2000 über 22,3 % in 2003, 20,0 % in 2006 und 18,5 % in 2009 auf 14,5% in 2012.

Zur Entwicklung der relativen (Einkommens-) Armut

Die EU27 hat sich gemäß Eurostat 2013 (SILC) beim Anteil der Armutsgefährdeten, d.h. Personen mit weniger als 60 % des nationalen Medianeinkommens, von 16,4 % in 2005 zunächst verbessert bis auf 16,3% in 2009, die Armutsgefährdung hat aber nach der Finanzkrise bis 2011 auf 16,9 % zugenommen.

In Tschechien ist die Armutsgefährdung nach einem Rückgang von 10,4 % in 2005 auf 8,6 % in 2009 zwar auch wieder auf 9,8 % in 2011 gestiegen, erreicht damit aber den günstigsten Wert von den betrachteten Ländern. Ähnlich gut schneidet Norwegen ab, in dem die Armutsgefährdung von 11,4 % in 2005 auf schließlich 10,5 % in 2011 reduziert wurde.

In Deutschland ist die Armutsgefährdung seit 2005 kontinuierlich gestiegen, und zwar von 12,2 % in 2005 auf 15,8 % in 2011, dies ist keine gute Entwicklung.

In den USA liegt die Armutsgefährdung gemäß OECD 2013 nach 23,8 % in 2006 bei 24,2% in 2011. Ähnlich schlecht schneidet Russland ab mit 24,5 % in 2009. Und die Türkei verschlechterte sich von 24,3 % in 2005 auf 26,8 % Armutsgefährdeter in 2011.

Zur Entwicklung der Einkommensungleichheit

In der EU27 insgesamt ist die Einkommensungleichheit (gemessen durch das Konzentrationsmaß von Gini) von 2005 bis 2011 in etwa konstant geblieben, mit dem Wert 30,7 % in 2011 (vgl. Eurostat 2013, SILC).

Norwegen hat die Einkommensungleichheit von 28,2 (Gini) auf 22,9 reduziert und steht jetzt an der Spitze. Auch wenn Slowenien sich von 22,7 in 2009 auf 23,8 in 2011 etwas verschlechterte, so weist es doch, gemeinsam mit Norwegen, die geringste Einkommensungleichheit auf.

Deutschland verschlechterte sich zunächst in der Einkommensungleichheit von 28,6 % in 2006 auf 30,4 % in 2007, seitdem ist die Einkommensungleichheit aber bis auf 29,0 % in 2011 etwas zurückgegangen (vgl. Eurostat 2013, SILC).

Im Krisenland Lettland ist die Einkommensungleichheit mit 35,4 in 2011 in der EU27 am stärksten ausgeprägt.

In den USA ist die Einkommensungleichheit gemäß OECS 2013 mit 38,0 % sowohl in 2005 als auch in 2011 noch stärker ausgeprägt. In Russland ist die Einkommensungleichheit mit 41,1 % in 2009 noch größer. Gegen 2010 liegt die Einkommensungleichheit gemäß OECD 2013 in Indien bei 38,0, in China bei 41,0 und schließlich in den Ländern der größten Einkommensungleichheit bei 55,0 in Brasilien und 70,0 in Südafrika.

Zur Entwicklung der Einkommens- und Bildungsarmut insgesamt

Der Anteil der Risikoleser (als Indikator der Bildungsarmut) ist im OECD-Durchschnitt von 2000 bis 2012 relativ konstant geblieben. Die Bundesrepublik hat sich dabei von einem ungünstigen Niveau aus (22,6 %) insbesondere durch Unterstützung benachteiligter SchülerInnen kontinuierlich verbessert und liegt jetzt (gemäß PISA 2012) mit 14,5 % besser als der OECD-Durchschnitt.

Die Einkommensarmut dagegen ist in der EU27 von 16,4 % Armutsgefährdeter in 2005 auf 16,9 % in 2011 gestiegen. In Deutschland stieg die (relative) Armutsgefährdung von 12,2 % in 2005 auf 15,8 % in 2011 (vgl. Eurostat 2013, SILC).

7. Die Frauenfreundlichkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen im empirischen Vergleich

Anerkennung der Besonderheiten: Frauenfreundlichkeit als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Frauen sind im Vergleich zu Männern in ihrer Lebenspraxis mit Benachteiligungen konfrontiert; sie sind als Gruppe von sozialer Ungleichheit betroffen. Soziale Ungleichheit bezeichnet die systematische ungleiche Verteilung von wertvollen Ressourcen. Die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern kann sich nun darin niederschlagen, dass Frauen im Vergleich zu Männern an Universitäten, in Parlamenten oder in Führungspositionen unterrepräsentiert sind oder ein geringeres Einkommen erzielen. Letztlich spiegeln solche Zahlen ein hierarchisches Geschlechterverhältnis wider; Frauen verfügen über eine geringere ökonomische Unabhängigkeit und geringere Lebenserfolgchancen.

Seit wenigen Jahren erwerben Frauen in vielen Ländern im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Wer als Ziel das strikte Gleichheitskriterium vertritt, müsste die hohen Frauenquoten, die bei Hochschulabsolventen in vielen Ländern deutlich über 50 Prozent liegen, negativ bewerten. Solange Frauen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen jedoch noch deutlich benachteiligt sind, erscheint uns hier die „Frauenfreundlichkeit“ als Kriterium geeigneter. Hohe Frauenquoten in tertiären Bildungssystemen werden im Sinne von „Frauenfreundlichkeit“ im Folgenden positiv bewertet.

Die Mechanismen, die zur Benachteiligung von Frauen führen, sind oft nicht leicht zu identifizieren. Oftmals geht eine geschlechtsspezifische Rollenzuschreibung einher mit sehr subtilen und versteckten Formen der Diskriminierung. Als Erfolgshemmnisse werden hauptsächlich die größere Verantwortung der Frauen für Kinder und Familie sowie die damit verbundene weniger ausgeprägte Berufsorientierung angesehen, geschlechtsspezifisch strukturierte Arbeitsmärkte mit typischen „Frauenberufen“ sowie

patriarchalische Strukturen in Unternehmen. Hinzu kommen „kulturelle“ Stereotype, die das männliche Geschlecht stärker als das weibliche Geschlecht mit karriereförderlichen Attributen (führungsstark, rational, selbstbewusst etc.) assoziieren.

Unter der Überschrift Frauenfreundlichkeit wird im Folgenden die besondere Förderung von Frauen in Wohlfahrtsregimen verstanden und insbesondere die Angleichung ihrer Zugangsbedingungen zu allgemein als wertvoll geschätzten Ressourcen. Die Verhinderung von Diskriminierung in einer Gesellschaft wird als Ziel erachtet, dessen Realisierung moderne Gesellschaften anstreben sollen. Insofern werden unterschiedliche Wohlfahrtsstaaten und Regimetypen danach verglichen, in welchem Ausmaß sie eine antidiskriminierende bzw. frauenfreundliche Gesellschaft realisieren.

Auswahl der Indikatoren

Das Ausmaß der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen lässt sich auf mehreren Dimensionen beurteilen; als besonders relevant erscheinen ihre Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, ihr Zugang zu höherer Bildung und ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Der Zugang zu hohen gesellschaftlichen und politischen Ämtern wird als wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern anerkannt. Mit gesellschaftlichen Ämtern ist Entscheidungsmacht verbunden und damit das Potential, soziale Strukturen mit zu gestalten und zu verändern. Um die Repräsentation der Geschlechter in politischen Ämtern abzubilden, wird der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten untersucht (Lower or single House).

Das Bildungssystem besitzt in modernen Gesellschaften eine Status zuweisende Funktion. Gesellschaftliche Positionen, soziale Auf- und Abstiege sowie Beruf und Karriere hängen relativ eng mit dem Bildungsniveau einer Person zusammen. Ein Indikator für die Bildungspartizipation von Frauen ist der Studentinnenanteil im tertiären Bereich (ISCED 5-6). Wenn die Studentinnenanteile besonders hoch sind, wird dies, wie eingangs begründet, im Sinne von „Frauenfreundlichkeit“ positiv bewertet.

Bessere Bildungsabschlüsse der Frauen führten nicht im gleichen Ausmaß zu besseren Chancen am Arbeitsmarkt. So gibt es nach wie vor geschlechtsspezifische Arbeitsmärkte, Frauen werden häufiger als Männer unter ihrem Ausbildungsniveau eingesetzt und auch schlechter bezahlt. Zur Messung der Integration in den Arbeitsmarkt wird die Erwerbsquote der Frauen ins Verhältnis zur Erwerbsquote der Männer gesetzt. Hohe Verhältniswerte entsprechen also frauenfreundlichen Arbeitsmärkten.

Die Daten zum „gender pay gap“ sind bisher nach unserer Einschätzung leider nicht verlässlich genug, die Daten von OECD und Eurostat passen nicht zusammen, deshalb werden sie hier nicht berücksichtigt.

Um einen umfassenden Wert zu erhalten, der das Ausmaß der Benachteiligung von Frauen in allen drei Dimensionen abbildet, wurden die drei Indikatoren standardisiert und ihr Mittelwert als zusammenfassender Index für Frauenfreundlichkeit berechnet. In diesem Gesamtwert sind damit alle drei Teilaspekte mit gleichem Gewicht repräsentiert.

Beziehungen zwischen den Indikatoren

Ein Blick auf die bivariaten Korrelationskoeffizienten zwischen den drei Variablen verdeutlicht, dass zwischen allen Indikatoren positive Beziehungen bestehen. Insbesondere wird deutlich, dass der Zugang von Frauen zu den höheren Bildungssystemen seine Entsprechung in einer besseren Teilhabe am Arbeitsmarkt hat ($r = 0,55$).

Ländervergleich

Die skandinavischen Länder Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark sowie die Niederlande und Belgien, aber auch Südafrika erreichen beim Frauenanteil im Parlament mit Anteilen von 38 % bis 45 % die besten Werte. Indien, Zypern, Ungarn, Brasilien und Japan schneiden am ungünstigsten ab; in diesen Ländern stehen ca. je zehn Männer im Parlament einer Frau gegenüber. In Deutschland beträgt der Frauenanteil 36,5 %, der 8. Rang ist die beste Platzierung Deutschlands bei den berücksichtigten Teilhabedimensionen.

In 34 von 41 untersuchten Staaten liegt die Bildungsbeteiligung von Frauen in tertiären Bildungseinrichtungen inzwischen über dem Wert der Männer. In Lettland und Slowenien sowie in Norwegen überwiegen die Frauen die Männer am stärksten. Andererseits partizipieren die Frauen in Südkorea und Japan, in Indien und in der Türkei am wenigsten an der tertiären Bildung.

Im Gegensatz zur Bildungspartizipation sind Frauen am Arbeitsmarkt noch immer schlechter gestellt als Männer; dies verdeutlichen die Erwerbsquoten ebenso wie die Durchschnittseinkommen. Relativ am höchsten ist die Frauenerwerbsbeteiligung in den sozialdemokratischen Ländern Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark, in den wirtschaftsliberalen Ländern Kanada und Neuseeland sowie in den postsozialistischen Ländern Litauen und Estland sowie in China. Andererseits beträgt die Frauenerwerbsquote in Indien nur ca. 36 % der Männererwerbsquote, in der Türkei ca. 39 % und in Malta ca. 52 %. In der Bundesrepublik beträgt die Frauenerwerbsquote ca. 80 % der Männererwerbsquote, damit liegt Deutschland auf dem 21. Platz von 43 Ländern.

Das Gesamtranking, in das die drei Indikatoren mit gleichem Gewicht eingehen, wird deutlich angeführt von den vier sozialdemokratischen Ländern Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland. Die stärkste Benachteiligung für Frauen existiert in den ostasiatischen Ländern Japan und Südkorea, in der Türkei sowie insbesondere in Indien. Deutschland liegt bei der Frauenfreundlichkeit

insgesamt im Mittelfeld; dem vergleichsweise hohen Frauenanteil im Bundestag ist es geschuldet, dass der deutsche Gesamtwert nicht noch ungünstiger ausfällt als der 20. Platz unter 43 Ländern. In den traditionelleren Gesellschaften ist die Partizipation von Frauen im politischen Bereich mit Anteilen von ca. 10 % besonders gering.

Zur Entwicklung der Frauenfreundlichkeit:

Zur Entwicklung des Frauenquotienten im Parlament

Die sozialdemokratischen Länder Schweden und Finnland liegen bei der Partizipation von Frauen im Parlament kontinuierlich mit an der Spitze. In 2008 betrug der Frauenquotient in Schweden 88,7 %, ist aber bis 2012 auf 80,8 % zurückgegangen (vgl. IPU 2012). In Finnland ist der Frauenquotient von 57,5 % in 2000 über 60,0 % in 2005 auf 73,9 % in 2012 gestiegen.

In Deutschland hat der Frauenquotient im Parlament von 43,7 % in 2000 über 43,9% in 2005 auf 47,9 % in 2012 zugenommen, d.h. der Frauenanteil im Parlament beträgt jetzt ca. 48 % des Männeranteils. Geschlechtergleichheit wären 100 %.

Im katholischen Malta als Schlusslicht ist der Frauenquotient im Parlament von 10,1 % in 2005 auf 9,5 % in 2012 sogar noch zurückgegangen. In Ungarn ist der Frauenquotient von 10,0 % in 2005 auf 9,7 % in 2012 ebenfalls gesunken. Der „Machismo“ Brasiliens zeigt sich im Frauenquotienten im Parlament, der von 6,3 % in 2000 über 10,0 % in 2005 nur auf 10,6 % in 2012 gestiegen ist. Bei der Geschlechtergleichheit ist Indien ein weiterer Problemfall, der Frauenquotient im Parlament ist von 10,3 % in 2005 nur leicht auf 12,3 % in 2012 gestiegen. D.h. acht Männern im Parlament steht eine Frau gegenüber. Die Lage in Rumänien, Zypern, Russland, Japan, der Türkei und Südkorea ist ähnlich. Selbst in den USA ist der Frauenquotient von 17,6 % in 2005 nur auf 20,3 % in 2012 gestiegen. D.h. in den USA steht fünf Männern im Parlament eine Frau gegenüber. Während Frauen in den Bildungseinrichtungen im Durchschnitt bereits aufholen und überholen, ist diese Entwicklung in der Politik offensichtlich viel weniger vorangeschritten. Insofern ist es noch gerechtfertigt, „Frauenfreundlichkeit“ als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel zu formulieren.

Zur Entwicklung des Frauenanteils in der tertiären Bildung

Bei der Frauenfreundlichkeit in der tertiären Bildung (ISCED 5-6) schneiden die baltischen Staaten Lettland und Estland am besten ab (Litauen liegt auch noch auf dem 8. Platz). In Lettland ist der Frauenanteil unter den Studierenden (gemäß Eurostat 2013) von 63,4 % in 2000 über 63,2 % in 2005 auf 61,1 % in 2011 leicht zurückgegangen, liegt damit aber momentan an der Spitze aller betrachteten Länder. In Estland ist der Frauenanteil unter den Studierenden von 58,5 % in 2000 auf 61,5 % in 2005 gestiegen, danach aber leicht

zurückgegangen auf 59,7 %. Ähnlich gut schneiden bei der Frauenfreundlichkeit in der tertiären Bildung die sozialdemokratischen Staaten Norwegen und Schweden sowie die postsozialistischen Länder Slowenien, Slowakei und Polen ab.

Die geringsten Frauenanteile in der tertiären Bildung weisen Südkorea, Indien, die Türkei und Japan auf. In Südkorea ist der Frauenanteil unter den Studierenden (gemäß UNESCO 2013) von 36,0 % in 2001 auf 39,4 % in 2010 etwas angestiegen, bleibt aber auf dem letzten Platz. In Indien ist der Frauenanteil unter den Studierenden von 38,7 % in 2001 auf 40,0 % in 2010 leicht gestiegen. In der Türkei hat der Frauenanteil unter den Studierenden von 40,8 % in 2001 auf 44,4 % in 2011 etwas zugenommen. Und in Japan ist der Frauenanteil unter den Studierenden von 44,9 % in 2001 auf 45,9 % in 2010 ein wenig gestiegen.

In der Bundesrepublik ist der Frauenanteil unter den Studierenden (gemäß Eurostat 2013) von 48,1 % in 2000 über 49,6 % in 2005 auf 50,6 % in 2011 gestiegen. Gemäß dem Aspekt der Geschlechtergleichheit ist dies in Ordnung, unter dem Gesichtspunkt der Frauenfreundlichkeit – weil die Frauen eine insgesamt immer noch benachteiligte Gruppe bilden – belegt die Bundesrepublik beim Frauenanteil in der tertiären Bildung aber nur Rang 32 unter 40 Ländern.

Zur Entwicklung des Frauenerwerbsquotienten

Die sozialdemokratischen Länder Norwegen, Schweden und Finnland liegen beim Frauenerwerbsquotienten an der Spitze (vgl. ILO 2012). In Norwegen ist der Frauenerwerbsquotient von 83,5 % in 2000 über 85,7 % in 2005 auf 88,0 % in 2011 gestiegen. D.h. die Frauenerwerbsquote beträgt 88,0 % der Männererwerbsquote. In Schweden hat der Frauenerwerbsquotient von 85,6 % in 2000 über 87,1 % in 2005 auf 87,2 % in 2011 zugenommen. Und in Finnland ist der Frauenerwerbsquotient von 84,5 % in 2000 über 87,0 % in 2005 auf 87,1 % in 2011 gewachsen.

In Indien ist der Frauenerwerbsquotient von 41,3 % in 2000 zunächst auf 44,4 % in 2005 gestiegen, dann aber auf 35,9 % in 2011 zurückgefallen, damit rangiert Indien ganz am Schluss. In der Türkei ist der Frauenerwerbsquotient von 36,2 % in 2000 zunächst auf 33,4 % in 2005 zurückgegangen, dann aber auf 39,4 % in 2011 angestiegen, damit liegt die Türkei auf dem vorletzten Platz von 43 Ländern.

In der Bundesrepublik ist der Frauenerwerbsquotient von 72,5 % in 2000 über 75,7 % in 2005 auf 79,7 % in 2011 gestiegen. D.h. die Frauenerwerbsquote beträgt momentan ca. 80 % der Männererwerbsquote. Damit rangiert Deutschland aber nur auf dem 21. Platz von 43 Ländern.

Fazit

Bei der Mitwirkung von Frauen im Parlament schneidet die Bundesrepublik mit dem 8. Platz unter 43 Ländern relativ gut ab. Beim Frauenerwerbsquotienten liegt Deutschland mit dem 21. Platz von 43 Ländern im Mittelfeld. Aber beim Frauenanteil unter den Studierenden liegt Deutschland nur auf dem 33. Platz von 43 Ländern. Die Bundesrepublik kann sich bei der Frauenfreundlichkeit also noch steigern gegenüber dem bisherigen 20. Platz beim Gesamtindex unter 43 Ländern.

8. Migrantenfreundlichkeit sowie das Ausmaß der sozialen Integration

Wegen der wachsenden Bedeutung der Migration wird untersucht, wie erfolgreich die berücksichtigten Länder bei der Anerkennung und Antidiskriminierung von Migrant*innen sind (vgl. Kap. 8.1). Um die Qualität der Lebensweise in den berücksichtigten Ländern und Wohlfahrtsregimen vergleichen zu können, verwenden wir als Performanzkriterium das Ausmaß der sozialen Integration (vgl. Kap. 8.2), operationalisiert über die Integration in den Erwerbsbereich („having“) und die Unterstützungsnetzwerke („loving“) sowie die Mitwirkung in der Zivilgesellschaft („being“).

8.1 Anerkennung der Besonderheiten: Migrant*innenfreundlichkeit in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Anerkennung der Besonderheiten: als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Nicht nur die Verhinderung von Diskriminierung von Migrant*innen ist eine allgemeine Zielsetzung liberaler Gesellschaften, sondern vor allem auch – positiv formuliert – die ökonomische, soziale und politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Dies soll durch die Gewährung von gleichen Rechten und gleichen Beteiligungschancen z. B. im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Faktisch existieren in vielen Gesellschaften jedoch noch Hürden und Hemmnisse, die eine angemessene Beteiligung von Migrant*innen am öffentlichen und politischen Leben behindern und dieser Personengruppe Rechte und Ressourcen vorenthalten. Aus diesem Grund kann auch von sozialer Diskriminierung gesprochen werden: Eine Person kann aufgrund ihrer individuellen Besonderheit Opfer von Diskriminierung werden, vor allem aber auch deshalb, weil sie als Angehöriger einer bestimmten sozialen Gruppe erkennbar ist. Diskriminierungsopfer müssen Merkmale aufweisen, die sie diskriminierbar machen, z. B. bestimmte körperliche Besonderheiten wie etwa die Hautfarbe oder die Sprache. Durch diese wahrnehmbaren Unterschiede werden sie zum Adressaten von diskriminierenden Handlungen, Benachteiligungen und Vorurteilen. Die Effekte

solch systematischer Benachteiligung lassen sich statistisch beschreiben, z. B. als Unterrepräsentation von Migranten in beruflichen Führungspositionen oder in höheren Bildungseinrichtungen. Es sollte unumstritten sein, dass jede Form von Diskriminierung eine Verletzung der Gleichheits- und Freiheitsrechte darstellt, die in den Verfassungen moderner Demokratien festgelegt sind.

Wie die US-amerikanische Rassismus-Forschung (u. a. Knowles und Prewitt 1969) zeigte, springt die Benachteiligung in einem gesellschaftlichen Teilbereich auf andere Teilbereiche über: der schlecht ausgebildete Zuwanderer findet im Durchschnitt nur schlecht bezahlte Arbeit, lebt in gettoisierten Wohnquartieren unter schlechten gesundheitlichen Bedingungen und gibt diesen sozialen Status in Form schlechter Startbedingung an seine Kinder weiter. Die Ursachen für die Benachteiligung von Migranten können in institutionellen Strukturen und Routinen verborgen sein oder aus versteckten bzw. offen gezeigten xenophoben Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft resultieren. Mitunter können Ursachen für eine mangelhafte Integration auch bei den Migranten selbst gefunden werden, z. B. in Form von fehlenden Sprachkenntnissen. Die öffentliche Diskussion bewegt sich hier im Spannungsfeld zwischen Forderungen nach einer vollständigen kulturellen Assimilation und Forderungen nach Anerkennung der verschiedenen kulturellen Traditionen und Besonderheiten. Im Folgenden werden nun Staaten und Wohlfahrtsregime danach verglichen, in welchem Ausmaß sie erstens Migranten aufnehmen und zweitens aufgenommene Migranten in der Gesellschaft partizipieren lassen.

Auswahl der Indikatoren

Der folgende internationale Vergleich versucht, anhand quantitativer Indikatoren das Ausmaß gesellschaftlicher Benachteiligung von Migranten darzustellen.

Das Ausmaß der Migrantenfreundlichkeit soll auf zwei Dimensionen betrachtet werden: die Offenheit für Migration (Aufnahme von Migranten) und die Gleichheit der Partizipation. Der Grad der Offenheit einer Gesellschaft für Migration soll anhand von zwei Indikatoren gemessen werden: Der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und die Einbürgerungsquote. Der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung allein ist selbstverständlich kein Maß für die Qualität der Integration, allerdings für die Offenheit einer Gesellschaft. Es ist natürlich schwieriger, eine große Anzahl an Einwanderern zu integrieren, weshalb es angemessen ist, die Qualität der Integration in einem Land auch vor dem Hintergrund der Quantität der Migration in dieses Land zu untersuchen.

Bzgl. der Gleichheit der Partizipation untersuchen wir, ob eine Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht, dies soll hier anhand der Benachteiligung im Beschäftigungs- und Bildungssystem gemessen werden. Die Integration in den Arbeitsmarkt wird anhand des

Verhältnisses der Arbeitslosenquote der im Ausland Geborenen und der Arbeitslosenquote der im Land geborenen Personen gemessen. Ein Wert kleiner als 1 zeigt an, dass die Migranten sogar besser abschneiden auf dem Arbeitsmarkt. Ein Wert z.B. von 2 würde dagegen bedeuten, dass die Arbeitslosenquote der Migranten doppelt so hoch ist wie die Arbeitslosenquote der im Land geborenen Personen.

Die Messung der Integration in die Bildungssysteme basiert auf Daten der OECD, die im Rahmen des Programme of International Student Assessment (PISA) erhoben wurden. Ein Migrationshintergrund wird den Schülern bzw. Schülerinnen in den PISA-Studien immer dann attestiert, wenn sie zusammen mit ihren im Ausland geborenen Eltern eingewandert oder im Inland geborene Kinder von zwei im Ausland geborenen Eltern sind. Als Indikator der Bildungsintegration wird die Mittelwertdifferenz der Mathematikleistungen zwischen Kindern mit Migrationshintergrund und einheimischen Kindern aus der PISA-Studie 2012 betrachtet. Hierbei werden die von den zwei Gruppen jeweils erreichten Mittelwerte auf der Mathematikleistungsskala direkt verglichen. Der Indikator zeigt nicht nur die aktuellen Leistungsdifferenzen auf, sondern verweist implizit auch auf zukünftige Ungleichheiten, da Bildungskompetenzen politische, ökonomische, soziale und kulturelle Beteiligungschancen prägen. Die Bildungskompetenzen sind als elementare Voraussetzung für die Partizipation in der Informationsgesellschaft, für lebenslanges Lernen und die individuelle Selbstverwirklichung eine entscheidende Ressource für den Lebenserfolg.

Die Migrantenfreundlichkeit im Ländervergleich

Die klassischen Einwanderungsländer Australien, Neuseeland und Kanada ebenso wie die relativ kleinen Länder Schweiz und insbesondere Luxemburg haben den größten Zuwandereranteil an der Gesamtbevölkerung. Für ein kleines Land wird regionale Mobilität eher zu Migration als in einem größeren Land. Dennoch ist es eine Leistung, Migranten aufzunehmen, da sich anschließend natürlich die Frage der Integration stellt. In allen fünf genannten Ländern wurden mehr als 20 % der Bevölkerung im Ausland geboren. Länder mit sehr geringem Anteil an Zuwanderern sind Rumänien und China, wo jeweils nur jeder Tausendste im Ausland geboren ist. In Indien und Brasilien, in den postsozialistischen Ländern Bulgarien und Polen sowie in den produktivistischen Ländern Japan und Südkorea liegt der Anteil der „foreign-born“ zwischen 0,4 % und 2 %, ist also im Vergleich auch sehr gering. In der Bundesrepublik sind (gemäß OECD 2013) 13,1 % der Bevölkerung „foreign-born“, damit liegt Deutschland auf dem 15. Platz von 43 Ländern.

Die Großzügigkeit bei den Einbürgerungen ist ein weiterer Indikator für die Offenheit von Gesellschaften für Migration. (Gesellschaften wie Australien und Neuseeland denken nicht in den Kategorien von Staatsbürgerschaft, deshalb gibt es dort nur Informationen zu „foreign-born“ vs. „native-born population“.) Von

den klassischen Einwanderungsländern mit hohen Anteilen von Migranten ist Kanada (ca. 20 % der Bevölkerung sind „foreign-born“) am offensten für die sich bezüglich der Offenheit in den letzten Jahren stark verbessert, von einem Land mit geringer Aufnahme von Migranten zu einer Gesellschaft mit etwas überdurchschnittlicher Aufnahme von Migranten (ca. 15 % der Bevölkerung). Auch bei der Einbürgerung von Antragstellern (bzw. hier wegen der Verfügbarkeit der Daten pro „foreign population“) liegt Schweden inzwischen mit an der Spitze (4. Platz). Russland und Ungarn liegen bei den Einbürgerungen mit an der Spitze, Russland nimmt allerdings weniger Migranten auf (ca. 8 % sind „foreign-born“), Ungarn noch weniger (ca. 5 % sind „foreign-born“). Während in Kanada ca. 11 % der betroffenen Gruppe („foreign-population“) eingebürgert werden und in Schweden ca. 6 %, sind es in der Slowakei, Tschechien und Litauen sowie in Japan und Italien ca. 0,5 %, d.h. ca. ein Zwanzigstel im Vergleich zu Kanada bzw. ca. ein Zehntel im Vergleich zu Schweden. In der Bundesrepublik erhalten (gemäß OECD 2013) momentan ca. 1,6 % der betroffenen Gruppe die Staatsbürgerschaft, damit liegt Deutschland auf dem 21. Platz von 32 Ländern.

Bildet man aus den beiden Einzelindikatoren einen Indikator für die Offenheit der Gesellschaft für Migranten, resultieren folgende Ergebnisse: Die klassischen Einwanderungsländer Australien, Kanada und Neuseeland sowie die relativ kleinen Länder Luxemburg und die Schweiz liegen im Hinblick auf die Offenheit für Migranten auf den vorderen Positionen. Russland nimmt viele Migranten aus der früheren Sowjetunion auf. Auf den letzten vier Rängen positionieren sich die Länder mit der geringsten Aufnahme von Migranten: China und Indien, Rumänien und Bulgarien, Brasilien und Japan. Deutschland befindet sich auf dem 24. Rangplatz von 43 Ländern.

In den klassischen Einwanderungsländern Australien (ca. 27 % „foreign-born“), Neuseeland (ca. 24 % „foreign-born“) und den USA (ca. 13 % „foreign-born“) haben die Lernprozesse im Umfeld der Integration von Migranten sich schon längere Zeit kontinuierlich entwickelt, ihre geordnete Zuwanderungspolitik – auch nach einheimischem Bedarf – führt dazu, dass die Arbeitslosenquoten von „foreign-born“ und „native-born“ weitgehend übereinstimmen (vgl. OECD 2013). In Südafrika sowie in Polen, Ungarn und der Slowakei schneiden die „foreign-born“ sogar besser ab als die „native-born“, aber diese Länder weisen nicht viele Migranten auf, nämlich ca. 5 % in Ungarn, ca. 4 % in der Slowakei und in Südafrika sowie ca. 2 % in Polen.

Besonders schlecht bei der Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt schneiden einige konservative und einige sozialdemokratische Länder ab. In Belgien und den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz sowie in Norwegen, Schweden und Dänemark liegen die Arbeitslosequoten für „foreign-born“ mehr als doppelt so hoch wie für „native-born“. In der Bundesrepublik liegt das Verhältnis der Arbeitslosenquoten von „foreign-born“ zu „native-born“

bei 1,74. Damit liegt Deutschland auf dem 22. Platz von 31 Ländern.

Die klassischen Einwanderungsländer Australien (ca. 27 % „foreign-born“), Neuseeland (ca. 24 % „foreign-born“) und Kanada (ca. 20 % „foreign-born“) liegen bei der Kompetenzmessung in Mathematik von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (PISA: beide Eltern „foreign-born“) relativ zu den einheimischen Jugendlichen mit an der Spitze. Auch in Ungarn, Serbien, der Slowakei und Litauen schneiden die Jugendlichen mit Migrationshintergrund relativ zu den einheimischen Jugendlichen gut ab. In Ungarn und Serbien gibt es allerdings nur ca. 5 %, in Litauen ca. 6 % und in der Slowakei nur ca. 4 % „foreign-born“.

Als Schwachpunkt der sozialdemokratischen Länder Finnland und Dänemark zeigt sich, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in den kulturell relativ homogenen Gesellschaften Skandinaviens im Bildungssystem bisher noch nicht hinreichend integriert werden. Die konservativen Länder Frankreich, Belgien und Österreich, die alle hierarchische Bildungssysteme haben, schneiden bei der Kompetenzmessung in Mathematik von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Vergleich ebenfalls schlecht ab.

Die Bundesrepublik liegt mit dem 25. Platz unter 34 Länder nur im letzten Drittel, allerdings hat sich Deutschland bei PISA 2012 etwas stärker verbessert gegenüber PISA 2003 als der OECD-Durchschnitt.

Aus den beiden Einzelindikatoren lässt sich ein Indikator für die Gleichheit der Partizipation bilden. Dabei schneiden die postsozialistischen Länder Ungarn, Serbien, Polen, Slowakei und Litauen sowie die wirtschaftsliberalen Länder.

Australien, Neuseeland, USA, Irland und Kanada neben Südafrika am besten ab. Auf den letzten Plätzen rangieren die vier skandinavischen Länder, die erst dabei sind, eine Einwanderungstradition zu entwickeln, sowie die konservativen Länder Belgien und die Niederlande, die Schweiz und Österreich.

Werden die beiden standardisierten Teilindices der Offenheit für und Teilhabe der Migranten zu einem Gesamtindex zusammengefasst, gibt dieser einen Überblick darüber, wie gut es einzelnen Ländern gelingt, Zuwanderer zu integrieren. Im Ländervergleich erreichen die wirtschaftsliberalen englischsprachigen Länder Australien, Neuseeland und Kanada die Spitzenplätze – bei diesen Staaten handelt es sich um klassische Einwanderungsländer, die also den Umgang mit und die Integration von Migranten schon länger gelernt haben und entsprechende Erfahrungen aufweisen. Die Bundesrepublik kann mit dem 28. Platz von 43 Ländern bzgl. der Offenheit für Migranten und der Behandlung von aufgenommenen Migranten noch einiges von den klassischen Einwanderungsländern lernen. Ungarn liegt wegen der Partizipation der Migranten insgesamt mit vorn sowie Russland wegen der Offenheit für Migranten insbesondere aus dem Gebiet der früheren UdSSR. Rumänien und Bulgarien sowie China und Indien besetzen die letzten Plätze beim Ranking, weil sie kaum Migranten aufnehmen. Die Länder,

die wenig Migranten integrieren, stellen i. a. auch nur wenig Informationen zur Verfügung, sodass dort die Datenbasis dünn ist. Zwischen der Arbeitsmarkt-Integration von Zuwanderern und den Bildungserfolgen ihrer Kinder lassen sich auch Zusammenhänge ausmachen: In Gesellschaften, in denen Zuwanderer gut in den Arbeitsmarkt integriert sind, erreichen in der Folge auch ihre Kinder bessere Bildungsergebnisse (vgl. Holtmann et al. 2006, S. 104).

Modell mit Unterscheidung von Offenheit für Migranten und Teilhabe von Migranten: Migrationsregime

Die klassischen Einwanderungsländer Australien (ca. 27 % „foreign-born“), Neuseeland (ca. 24 % „foreign-born“) und Kanada (ca. 20 % „foreign-born“), die die Lernprozesse im Umfeld von Migration schon lange und kontinuierlich entwickelt haben, schneiden auch bei der Partizipation von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gut ab.

Die nach den übrigen gesellschaftlich wünschenswerten Zielen besonders erfolgreichen sozialdemokratischen Länder Skandinaviens waren traditionell ethnisch und kulturell relativ homogen und haben im Umgang mit Migranten noch keine sehr entwickelten Erfahrungen. Finnland und Dänemark nehmen wenige Migranten auf und die aufgenommenen Migranten schneiden auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich nicht gut ab. Schweden bemüht sich aber seit einigen Jahren mit rechtlichen Rahmenbedingungen um Verbesserungen und hat die Aufnahme von Migranten bereits gesteigert, sodass es bei der Aufnahme von Migranten inzwischen etwas über dem internationalen Durchschnitt liegt. Die Teilhabe von Migranten auf dem Arbeitsmarkt ist aber nach wie vor relativ schlecht.

In kleinen Ländern wie Luxemburg und der Schweiz wird regionale Mobilität schneller zur Migration als in großen Ländern, Luxemburg und die Schweiz nehmen dementsprechend anteilig relativ viele Migranten auf. Aber in diesen beiden konservativen Ländern liegt die relative Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt unter dem internationalen Durchschnitt.

Schließlich finden sich in Osteuropa i.a. wenig Migranten, die aber auf dem Arbeitsmarkt eher gleichbehandelt werden.

Die Bundesrepublik ist etwas stärker bei der Aufnahme von Migranten als bei der gesellschaftlichen Teilhabe von Migranten, liegt aber bei beiden Teildimensionen – d.h. bei der Offenheit für und der relativen Teilhabe von Migranten – jeweils unter dem internationalen Durchschnitt.

Zur Entwicklung des Anteils der Migranten

In den Ländern, die an der Spitze liegen, ist der Anteil der Migranten (gemessen durch „% foreign-born“ nach OECD 2013) kontinuierlich gestiegen. In den kleinen Ländern Luxemburg von 32,8 % in 2001 auf 42,1 % in 2011 und in der

Schweiz von 22,3 % in 2001 auf 27,3 % in 2011. In den klassischen Einwanderungsländern Australien von 23,1 % in 2001 auf 26,7 % in 2011, in Neuseeland von 18,0 % in 2001 auf 23,6 % in 2011 und in Kanada von 17,6 % in 2001 auf 20,1 % in 2011.

Andererseits gibt es in Rumänien und Bulgarien, China und Indien, Brasilien, Polen, Japan und Südkorea so gut wie keine Migranten (von 0,1 % bis höchstens 2 % der Bevölkerung).

Die Bundesrepublik schneidet bei der Aufnahme von Migranten mit 13,1 % „foreign-born“ noch recht gut ab (15. Platz von 43), bei den übrigen drei Indikatoren allerdings weniger.

Zur Entwicklung der Einbürgerungen

Kanada und Schweden sind die Länder, die gleichzeitig viele Migranten aufnehmen und relativ viele Einbürgerungen pro betroffener Gruppe vornehmen. In Kanada stieg die Anzahl der Einbürgerungen, bezogen auf die „foreign population“, gemäß OECD 2013 von 9,0 % in 2002 auf 11,4 % in 2007 (letzte verfügbare Information). In Schweden lag dieser Anteil in 2001 bei 7,5 % und in 2011 etwas geringer bei 5,8 %. In dieser Kombination schneiden Kanada und mit etwas Abstand Schweden am besten ab.

Andererseits nehmen Tschechien, Slowakei und Litauen sowie Japan und Italien kaum Einbürgerungen vor (0,4 % bzw. 0,5 %).

In der Bundesrepublik liegt die Zahl der Einbürgerungen, bezogen auf die „foreign population“, gemäß OECD 2013 bei 1,6 %. Damit liegt Deutschland auf dem 21. Platz unter 32 Ländern.

Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Migranten

Von den Ländern, die viele Migranten aufnehmen, gibt es in den USA, Australien und Neuseeland kaum Unterschiede in der Arbeitslosigkeit von „foreign-born“ und „native-born“. In den USA blieb das Verhältnis der Arbeitslosenquote der „foreign-born“ zu der der „native-born“ mit 0,98 konstant (2008 bzw. 2012), liegt also fast bei 1, die Gleichbehandlung beinhaltet. In Australien verbesserte sich der Quotient von 1,10 in 2008 auf 1,02 in 2012. In Neuseeland fand mit einer Reduktion des Quotienten von 1,15 in 2008 auf 1,09 in 2012 ebenfalls eine stärkere Angleichung statt.

Andererseits verschlechterte sich der Quotient im konservativen Belgien von 2,47 in 2008 auf 2,86 in 2012, d.h. in der ökonomischen Krisenzeit nahm die Ungleichheit zu, sodass die Arbeitslosenquote der „foreign-born“ fast das Zweifache der der „native-born“ ausmacht. Auch in den sozialdemokratischen Ländern Norwegen und Schweden nahm die Ungleichheit in der Krise zu: In Norwegen stieg der Quotient von 2,30 in 2008 auf 2,52 in 2012. In Schweden erhöhte sich der Quotient von 2,30 in 2008 auf 2,48 in 2012.

In der Bundesrepublik verbesserte sich das Verhältnis der Arbeitslosenquote der „foreign-born“ zu der der „native-born“ gemäß OECD 2013 etwas von 1,84 in 2008 auf 1,74 in 2012. Die Arbeitslosenquote der Migranten beträgt also momentan fast das Zweifache der Arbeitslosenquote der „native-born“. Damit liegt Deutschland auf dem 22. Platz unter 31 Ländern.

Zur Entwicklung der Differenz der Kompetenzen

Von den Ländern, die viele Migranten aufnehmen, liegen die klassischen Einwanderungsländer Australien, Kanada und Neuseeland mit ihren geringen Unterschieden zwischen einheimischen Schülern und Schülern mit Migrationshintergrund (bei PISA: beide Eltern „foreign-born“) bei der Mathematikkompetenz gemäß PISA 2012 mit an der Spitze.

Besonders große Differenzen in der Mathematikkompetenz finden sich in Finnland und Schweden sowie in Frankreich. In den sozialdemokratischen Ländern Finnland und Schweden sowie in Frankreich gehört der Umgang mit Migranten zu den Schwachpunkten. Finnland verschlechterte sich zwischen 2003 und 2012 noch, während Schweden sich ein wenig verbesserte.

Die Bundesrepublik verbesserte sich von 2003 bis 2012, die Unterschiede zwischen Jugendlichen ohne und mit Migrationshintergrund wurden geringer. Die einheimischen Schüler verbesserten sich etwas in der Mathematikkompetenz und die Schüler mit Migrationshintergrund durch stärkere Förderung noch deutlicher. Deutschland liegt bei den Unterschieden der Mathematikkompetenz zwischen einheimischen Schülern und Schülern mit Migrationshintergrund auf dem 25. Platz von 34 Ländern, d.h. im letzten Drittel.

Fazit

Bei der Migrantenfreundlichkeit unterscheidet sich die Offenheit für die Aufnahme von Migranten und die Teilhabe der aufgenommenen Migranten. Bzgl. der Offenheit für Migration platziert sich die Bundesrepublik bei der Aufnahme von „foreign-born“ mit dem 15. Platz von 43 Ländern noch recht gut, aber bei der Quote der Einbürgerungen liegt Deutschland nur auf dem 21. Platz unter 32 Ländern.

Beim Unterschied der Arbeitslosenquoten von „native-born“ und „foreign-born“ liegt Deutschland auf dem 22. Platz von 31. Bei der Differenz in der Mathematikkompetenz von einheimischen Schülern und Schülern mit Migrationshintergrund rangiert Deutschland auf dem 25. Platz von 34 Ländern.

Insgesamt kann Deutschland mit dem 28. Platz von 43 Ländern im Gesamtindex also bzgl. der Offenheit für Migration und der Behandlung von aufgenommenen Migranten noch einiges von den klassischen Einwanderungsländern lernen.

8.2 Das Ausmaß der sozialen Integration in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Soziale Integration als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Zwischen den Akteuren in sozialen Systemen existieren vielfältige Beziehungen, die sich in vielen unterschiedlichen Akten der Kommunikation und Interaktion ausdrücken. Akteure, die stark in diese Beziehungs- und Kommunikationsnetze eingebunden sind, können als sozial integriert angesehen werden. Die soziale Integration bezeichnet dann die Prozesse und Mechanismen, durch welche die einzelnen Akteure in das soziale System einbezogen werden. Aus einer makrosoziologischen Perspektive betrachtet, ergibt sich aus diesen zahllosen einzelnen Interaktionen die Grundlage für soziale Kohäsion, gesellschaftliche Solidarität und die Stabilität einer Gesellschaft. – Emile Durkheim war einer der großen Theoretiker der sozialen Integration, gemäß seiner Theorie schützt die soziale Integration vor Normenlosigkeit (Anomie).

Die soziale Integration selbst kann wiederum als mehrdimensionales Phänomen beschrieben werden, in der Begrifflichkeit von Allardt (1993) ließe sich „having“, „loving“ und „being“ unterscheiden: Einerseits sind die Akteure über den Markt in die Gesellschaft integriert. Durch die Inklusion in die Beschäftigungssysteme und das damit verbundene Erwerbseinkommen werden die Gesellschaftsmitglieder grundsätzlich dazu befähigt, an den Konsum- und Freizeitmöglichkeiten zu partizipieren („having“). Zweitens findet soziale Integration auch insbesondere im privaten bzw. persönlichen Bereich statt, wo der einzelne Akteur Geborgenheit und Unterstützung in engen Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen findet („loving“). Drittens wird soziale Integration auch durch die Zivilgesellschaft geleistet, insbesondere durch Freiwilligenvereinigungen wie z. B. Bürgervereine, Parteien und Gewerkschaften. Im Idealfall handelt es sich bei diesen Freiwilligenvereinigungen um offene, inklusive Assoziationen, in denen sich Akteure mit ähnlichen Interessen zusammenfinden („being“).

Die soziale Integration dürfte aufgrund der genannten positiven individuellen und gesamtgesellschaftlichen Wirkungen unstrittig als ein wünschenswertes Ziel gelten. Seit geraumer Zeit werden in der Diskussion über die gesellschaftliche Integration jedoch zunehmend die Probleme in den Vordergrund gestellt. Von Ulrich Beck (1986) wird eine Erosion der sozialen Bindungen und Lebensformen der Industriegesellschaft konstatiert. Die Lebensentwürfe der mobilen, flexiblen und an persönlicher Selbstverwirklichung interessierten Gesellschaftsmitglieder können nach Beck in zunehmendem Maße durch eigene Wahlfreiheiten und Entscheidungen bestimmt werden. Unter diesen Rahmenbedingungen werden soziale Bindungen brüchiger, da diese auf Langfristigkeit beruhen. Auch die Integrationsleistungen der Zivilgesellschaft befinden sich nach einer durch Robert Putnam (1995, 2001) populär gewordenen Auffassung in der Auflösung. Putnam erkennt zumindest in den

Vereinigten Staaten einen Verlust der gesellschaftlichen Bindekräfte und einen Niedergang des bürgerschaftlichen Engagements, was z. B. an einer rückläufigen Zahl von Vereinsmitgliedschaften oder selteneren Kontakten zu Freunden oder Nachbarn seinen Ausdruck findet. Aufgrund dieser vermuteten Krisentendenzen zur sozialen Kohäsion in modernen Gesellschaften erscheint es besonders relevant, soziale Integrationsleistungen im ökonomischen, persönlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auch im Ländervergleich zu analysieren.

Auswahl der Indikatoren

Die Performanz im Bereich der sozialen Integration wird insgesamt durch sieben Indikatoren gemessen. Die ökonomische Integration in die Marktgesellschaft („having“) wird durch die folgenden beiden Indikatoren erfasst. Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der in Voll- oder Teilzeit erwerbstätigen Personen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter an. Als erwerbsfähiges Alter ist dabei die Altersspanne zwischen dem 15 und 64 Lebensjahr definiert. Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der arbeitslosen Personen an allen Erwerbspersonen an. Als arbeitslos gilt eine Person dann, wenn sie keiner Erwerbsarbeit nachgeht, jedoch als Arbeit suchend registriert ist. Beide Indikatoren verdeutlichen das Ausmaß an ökonomischer Integration. Die Beteiligung im Beschäftigungssystem ist wichtig, denn sie bestimmt z. B. die finanziellen Möglichkeiten der Lebensführung und verhilft zu Anerkennung sowie Ansehen. Gleichzeitig können über berufliche Interaktionen hinausgehende Kontakte und Freundschaften entstehen. Zusammenfassend wird aus der standardisierten Beschäftigungsquote und der standardisierten Arbeitslosenquote mit gleichem Gewicht der Teilindex der ökonomischen Integration gebildet.

Die soziale Integration im engeren Sinne im Mikrobereich der persönlichen Beziehungen wird durch den Umfang der persönlichen Unterstützungsnetzwerke erfasst („loving“). Es wurde erstens durch den European Quality of Life Survey (EQLS 2012) der Anteil der Befragten erhoben, die im Falle einer Depression mit Hilfe rechnen können, sei es von Familienangehörigen, Freunden, Nachbarn, Kollegen etc. Dies ist nach unserer Auffassung ein Indikator für die soziale Integration im engeren Sinne, nämlich die Integration im Bereich der persönlichen Beziehungen. Als zweiter Indikator wurde erfasst, ein wie hoher Anteil der Befragten in einem Land im Fall von Problemen Familienmitglieder oder Freunde hat, auf die sie zählen können (Gallup 2013). Aus den beiden standardisierten Indikatoren für die persönlichen Beziehungen wird mit gleichem Gewicht der zusammenfassende Teilindex für die persönliche Integration gebildet.

Die Integration in die Zivilgesellschaft und Teilhabe an der Gestaltung der gesellschaftlich wichtigen Rahmenbedingungen („being“) lassen sich an der Bereitschaft der Bevölkerung ablesen, an politischen Veranstaltungen

teilzunehmen, in gesellschaftlich besonders wichtigen Freiwilligenvereinigungen mitzuwirken und ihre Meinung gegenüber Amtsträgern zu vertreten. Die Mitarbeit in Parteien und Gewerkschaften ist besonders wichtig, da dies vorrangige Möglichkeiten sind, an der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitzuwirken. Als erster Indikator wurde erfragt, ein wie hoher Anteil von Befragten in einem Land im letzten Jahr an einer Veranstaltung einer Gewerkschaft, einer politischen Partei oder einer Bürgerinitiative teilgenommen hat (EQLS 2012). Als zweiter Indikator wurde erfasst, ein wie großer Anteil der Bevölkerung im letzten Monat ihre Meinung gegenüber einem Amtsträger („public official“) vertreten hat (Gallup 2013). Als dritter Indikator wurde erhoben, ein wie großer Prozentanteil von Personen Mitglied in einer Gewerkschaft ist (OECD). Als Zusammenfassung wird aus den drei standardisierten Indikatoren für die Zivilgesellschaft mit gleichem Gewicht der Teilindex für die Integration in die Zivilgesellschaft gebildet.

Aus den sieben einzelnen Indikatoren für „having, loving, being“ (Allardt 1993) wird schließlich ein zusammenfassender Index gebildet, in den alle drei Bereiche – ökonomische Integration, persönliche Integration und Integration in die Zivilgesellschaft – mit gleichem Gewicht, d. h. zu jeweils einem Drittel, einfließen. Der Gesamtindex wird als arithmetisches Mittel aus den drei standardisierten Teilindizes berechnet und anschließend selbst wiederum standardisiert.

Ländervergleich

In der Schweiz gehen 79,4 % der Personen im erwerbsfähigen Alter (für den Vergleich: 15-64 Jahre) einer Erwerbsbeschäftigung nach (momentan Arbeitslose wären hierin enthalten). Annähernd so viele sind es in den sozialdemokratischen Ländern Norwegen (75,8 %), Schweden (73,8 %) und Dänemark (72,6 %) sowie in den Niederlanden (75,1 %). Diese Länder bilden die Spitzengruppe bei der Ausschöpfung des Erwerbspotenzials. – Andererseits sind es in Südafrika nur ca. 41 % und in der Türkei nur ca. 49 % sowie in den traditionellen südeuropäischen Ländern Griechenland (51 %), Spanien (55 %), Italien (57 %) und Malta (58 %) weniger als 60 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (vgl. OECD 2013 und Eurostat). – In der Bundesrepublik ist die Beschäftigungsquote von 65,8 % in 2001 auf 72,8 % in 2012 gestiegen. Damit steht Deutschland auf dem 5. Platz von 40 Ländern, schöpft also das Beschäftigungspotenzial gut aus.

Die niedrigste Arbeitslosenquote weisen im Ländervergleich Norwegen, die Schweiz und Südkorea auf; dort sind nur ca. 3 % der Erwerbspersonen arbeitslos. Die höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnen gemäß IMF 2013 Spanien (27,0 %) und Griechenland (27,0 %), Südafrika (25,7 %), Serbien (23,0 %) und Portugal (18,3 %). Die Arbeitslosigkeit ist also vor allem in den Krisenländern des Südens – insbesondere Griechenland und Spanien, aber auch Portugal – extrem hoch. Die EU könnte mit einer Art „Marshall-Plan“ zur Förderung von

Investitionen in den Krisenländern noch stärker unterstützend wirken. In der Bundesrepublik hat sich die ökonomische Integration in den Arbeitsmarkt verbessert, gemäß IMF 2013 von 11,2 % in 2005 über 7,6 % in 2008 auf 5,7 % in 2013. Damit steht die Bundesrepublik auf dem 9. Platz unter 42 Ländern.

Die ökonomische Integration insgesamt gelingt in den wohlhabenden Ländern Schweiz und Norwegen mit Abstand am besten. Auch die Bundesrepublik schneidet mit dem 6. Platz gut ab. Auf der anderen Seite liegen die Krisenländer Griechenland und Spanien, die postsozialistischen Länder Serbien und Kroatien sowie Südafrika bei der ökonomischen Integration ganz am Schluss.

Auf der Ebene der persönlichen Interaktion kann man gemäß EQLS 2012 am ehesten in dem tripartistisch koordinierten Slowenien mit Unterstützung durch die Familie oder Freunde rechnen, wenn man leicht depressiv ist, dies sehen 98 % der Befragten in Slowenien so. Neben dem weiteren postsozialistischen Land Polen schneidet aber auch das familistische Griechenland hierbei gut ab. – Im Stadt-Staat Luxemburg ist gemäß der Denkfigur Durkheims mit mehr Anomie zu rechnen, Luxemburg hat gemäß der Befragung auch nur schwache Unterstützungsnetzwerke. Ähnliches gilt für die weiteren konservativen Länder Frankreich und die Niederlande sowie für Zypern. – In der Bundesrepublik rechnen im Fall psychischer Niedergeschlagenheit gemäß EQLS 2012 ca. 94 % der Befragten mit der Unterstützung durch die Familie oder Freunde. Damit steht Deutschland auf dem 11. Platz von 27 Ländern.

Ähnlich führt Gallup in 140 Ländern eine regelmäßige Befragung durch, in der u.a. ermittelt wird, ob man bei Problemen Verwandte oder Freunde hat, auf die man zählen kann. Hierbei steht Irland an der Spitze, in dem 96 % der Befragten im Fall von Problemen auf die Unterstützung von Verwandten oder Freunden zählen können. – Andererseits ist die Unterstützung im Fall von Problemen in Indien besonders gering. Auch in der Türkei, in Rumänien und Kroatien sowie in Zypern ist die Unterstützung im Fall von Problemen nur schwach ausgeprägt. – In Deutschland haben 92 % der Befragten gemäß Gallup 2013 im Fall von Problemen Verwandte oder Freunde, auf die sie zählen können. Mit dem 14. Platz liegt die Bundesrepublik im vorderen Mittelfeld.

Die persönliche Integration durch Unterstützungsnetzwerke gelingt gemäß dem Teilindex am besten im tripartistisch koordinierten Slowenien, in den angelsächsischen Ländern Australien und Kanada sowie in der Schweiz. Die Bundesrepublik gehört mit dem 10. Platz zum ersten Drittel. In Indien kann man gemäß Gallup im Problemfall mit Abstand am wenigsten auf Hilfe zählen.

Die Partizipation in der Zivilgesellschaft wird erstens partiell dadurch erfasst, wie viel Prozent der Befragten im letzten Jahr an einer Veranstaltung einer Gewerkschaft, einer politischen Partei oder einer Bürgerinitiative teilgenommen haben. In den sozialdemokratischen Ländern Schweden und Dänemark partizipieren gemäß EQLS 2012 20,4 % bzw. 18,2 % in diesem Sinne an der Zivilgesellschaft, damit liegen die beiden Länder deutlich an der Spitze. –

Andererseits nehmen in Ungarn, das sich in einer politischen Krise befindet, nur ca. 2 % an einer solchen Aktivität teil. In Griechenland und Portugal, die sich in tiefen ökonomischen Krisen befinden, partizipieren nur ca. 3 % bzw. ca. 4 % an derartigen politischen Aktivitäten. – In der Bundesrepublik nehmen 7,6 % der Befragten mindestens einmal im Jahr an einer politischen Veranstaltung (inklusive Bürgerinitiativen und Gewerkschaften) teil. Damit steht die Bundesrepublik auf dem 12. Platz von 27 Ländern.

Zur Entwicklung der Beschäftigungsquoten

Es gibt einen langfristigen Trend zur Erhöhung der Beschäftigungsquoten, und zwar insbesondere wegen der steigenden Frauenerwerbsbeteiligung. Die Beschäftigungsquote stieg in der EU (gemäß Eurostat 2013) von 62,6 % in 2001 auf 65,8 % in 2008, ging aber im Krisenjahr 2009 auf 64,5 % zurück und liegt auch 2011 noch bei 64,3 %. Dabei nahm aber die Beschäftigungsquote von Frauen – trotz Wirtschaftskrise – dem historischen Trend entsprechend zu: Die Beschäftigungsquote von Frauen stieg in der EU von 54,3 % in 2001 über 57,2 % in 2006 auf 58,2 % in 2011. (Auch in der traditionellen Türkei nahm die Beschäftigungsquote von Frauen zu, allerdings nur von 22,7 % in 2006 auf 27,8 % in 2011, verglichen mit einem Anstieg bei den Männern von 66,9 % in 2006 auf 69,2 % in 2011.) Die Beschäftigungsquote der Männer ging dagegen in der EU nach einem Anstieg von 70,9 % in 2001 auf 71,6 % in 2006 auf 70,1 % in 2011 zurück. (Damit liegen die Männer bei der Integration in das Beschäftigungssystem allerdings noch immer deutlich vor den Frauen.)

Zur Entwicklung der Arbeitslosenquoten

In Südkorea, stellvertretend für das hierbei erfolgreichste Wohlfahrtsregime, das produktivistische, ist die Arbeitslosenquote von 3,2 % in 2008 auf 3,7 % im Krisenjahr 2009 gestiegen, wurde aber bis 2013 auf ca. 3,3 % reduziert. In Österreich, als wohlhabendem EU-Mitglied, ist die Arbeitslosigkeit nach einem Anstieg von 3,8 % in 2008 auf 4,8 % im Krisenjahr 2009 bis 2013 auf 4,6 % verringert worden. – In Deutschland stieg die Arbeitslosenquote von 7,6 % in 2008 nur auf 7,7 % im Krisenjahr 2009, da die Regierung u.a. Kurzarbeiterregelungen unterstützte. Bis 2013 wurde die Arbeitslosenquote auf ca. 5,7 % reduziert. – Insbesondere in den ökonomischen Krisenstaaten des Südens verlief die Entwicklung viel dramatischer. In Portugal ist die Arbeitslosenquote von 7,6 % in 2008 über 9,5 % im Krisenjahr 2009 wegen bisher zu schwacher Wettbewerbsfähigkeit auf ca. 18,3 % in 2013 gestiegen. In Spanien ist die Arbeitslosenquote von 8,3 % in 2007 über 18,0 % im Krisenjahr 2009 insbes. wegen der Auswirkungen der Immobilienkrise bis auf ca. 27,0 % in 2013 gestiegen. In Griechenland schließlich mit seinen verbesserungswürdigen Statistik- und Steuerbehörden ist die Arbeitslosenquote von 7,7 % in 2008 über 9,4 % im Krisenjahr 2009 wegen bisher zu geringer Wettbewerbsfähigkeit insbes. der Institutionen auf ca. 27,0 % in 2013 gestiegen. Die EU könnte die

ökonomischen Krisenländer des Südens mit einer Art „Marshall-Plan“ für die geeigneten Investitionen in den Krisenländern stärker vorbeugend unterstützen, statt immer nur die Krisenfolgen nachsorgend zu bearbeiten.

Zur Entwicklung der Integration in die Zivilgesellschaft

Bzgl. der Integration in persönliche Unterstützungsnetzwerke auf der Mikroebene liegt keine geeignete Datenbasis mit langen Zeitreihen vor. Für die Integration in die Zivilgesellschaft ist die Informationsbasis nicht viel besser, am ehesten lässt sich noch die Entwicklung der Gewerkschaftsmitgliedschaft gemäß OECD 2013 untersuchen. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft bildet nur einen sehr begrenzten Ausschnitt der Beteiligung an der Zivilgesellschaft ab. Die Gewerkschaftsdichte ist gemäß OECD 2013 in den OECD-Ländern von 20,2 % in 2000 auf 17,8 % in 2008 zurückgegangen, stieg im Krisenjahr 2009 ein wenig auf 17,9 %, ging aber bis 2011 auf 17,0 % zurück. D.h. es gibt eher einen Trend zur nachlassenden Partizipation in den Gewerkschaften, der in der Krise nur vorübergehend unterbrochen wurde.

Zu den weiteren Aspekten der Integration in die Zivilgesellschaft sei nur in Erinnerung gerufen, dass die Teilhabe an der Zivilgesellschaft in den sozialdemokratischen Ländern stärker ausgeprägt ist, in den postsozialistischen Ländern noch relativ gering und in den ökonomischen Krisenländern des Südens ebenfalls relativ gering. (Die Datenbasis für Aussagen über Entwicklungen ist noch zu schwach.)

Fazit

Bei der Beschäftigungsquote steht die Bundesrepublik auf dem 5. Platz von 40 Ländern und bei der Arbeitslosenquote auf dem 9. Platz von 42 Ländern. Die ökonomische Integration gelingt in Deutschland mit dem 6. Platz insgesamt gut.

Bei der Unterstützung im Fall psychischer Niedergeschlagenheit liegt die Bundesrepublik auf dem 11. Platz von 27 Ländern. Bei dem Gesichtspunkt, ob man im Fall von Problemen auf die Hilfe von Familienmitgliedern oder Freunden zählen kann, liegt die Bundesrepublik mit dem 14. Platz im vorderen Mittelfeld. Bei der persönlichen Integration durch private Unterstützungsnetzwerke zählt die Bundesrepublik insgesamt mit dem 10. Platz zum ersten Drittel der betrachteten Länder.

Bei der Beteiligung an Veranstaltungen von Gewerkschaften, Parteien oder Bürgerinitiativen steht die Bundesrepublik auf dem 12. Platz von 27 Ländern, bei der Vertretung der eigenen Meinung gegenüber Amtsträgern mit dem 10. Platz im ersten Drittel und bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft auf dem 19. Platz von 30 Ländern. Bei der Integration in die Zivilgesellschaft insgesamt gehört Deutschland mit dem 14. Platz zum ersten Drittel der betrachteten 43 Länder. Bei der sozialen Integration insgesamt schneidet die Bundesrepublik

mit dem achten Platz unter den betrachteten 43 Ländern inzwischen gut ab, was insbesondere an der verbesserten ökonomischen Integration liegt.

Die bürgerschaftliche Partizipation lässt sich zweitens partiell dadurch erfassen, wie viel Prozent der Befragten im letzten Monat ihre Meinung gegenüber einem Amtsträger („public official“) vertreten haben (vgl. Gallup 2013). Am stärksten ist diese Beteiligung gemäß Gallup 2013 in den sozialdemokratischen Ländern Dänemark (41 %) und Schweden (32 %) sowie in den konservativen Ländern Luxemburg (34 %), Österreich (32 %) und der Schweiz (31 %). – Am geringsten ist diese Beteiligung in China (5 %), in dem ökonomischen Krisenland Griechenland (7 %) sowie in den postsozialistischen Ländern Russland, Litauen und Lettland jeweils mit 9 %. – In der Bundesrepublik wenden sich gemäß Gallup 2013 momentan ca. 27 % der Befragten im Monat an Amtsträger, um ihre Meinung zu vertreten. Mit dem 10. Platz steht Deutschland im ersten Drittel der betrachteten 43 Länder.

Wenn man die Zivilgesellschaft drittens über die Gewerkschaftsmitgliedschaft partiell erfasst, so liegen gemäß OECD 2013 die sozialdemokratischen Länder Finnland (69,1 %), Dänemark (68,5 %), Schweden (67,5 %) und Norwegen (54,6 %) geschlossen an der Spitze. – Am geringsten ist die Gewerkschaftsdichte andererseits in der Türkei (5,4 %), in Frankreich (7,8 %), in Estland (8,1 %), in Südkorea (9,9 %) und in den USA (11,3 %). – In der Bundesrepublik gibt es gemäß OECD 2013 18,1 % Gewerkschaftsmitglieder. Damit liegt Deutschland auf dem 19. Platz unter 30 Ländern.

Die Integration in die Zivilgesellschaft ist gemäß dem Teilindex insgesamt in den sozialdemokratischen Ländern Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland sowie in den konservativen Ländern Luxemburg und Österreich am besten entwickelt. Die Bundesrepublik liegt mit dem 14. Platz im ersten Drittel der betrachteten Länder. Besonders gering ist die Teilhabe an der Zivilgesellschaft in den postsozialistischen Ländern Kroatien und Russland sowie insbesondere in China, wo die ökonomische Integration gut ausgeprägt ist, aber die Mitwirkung der Bürger noch sehr wenig entwickelt.

Wird nun aus den sieben standardisierten Einzelindikatoren ein Gesamtindex mit gleichem Gewicht der drei Bereiche der sozialen Integration – ökonomische Integration, persönliche Integration und Integration in die Zivilgesellschaft – gebildet, so erreicht Dänemark den besten Indexwert. In Dänemark ist insbesondere die Partizipation in der Zivilgesellschaft sehr gut entwickelt. Auf den folgenden vorderen Rängen platzieren sich die sozialdemokratischen Länder Norwegen, Schweden und Finnland sowie die Schweiz. Deutschland schneidet mit dem 8. Rang inzwischen auch relativ gut ab. Am Ende der Rangliste befinden sich das Krisenland Griechenland, die postsozialistischen Länder Kroatien und Serbien, die Türkei und ganz am Schluss Indien, die nur quantitativ größte Demokratie.

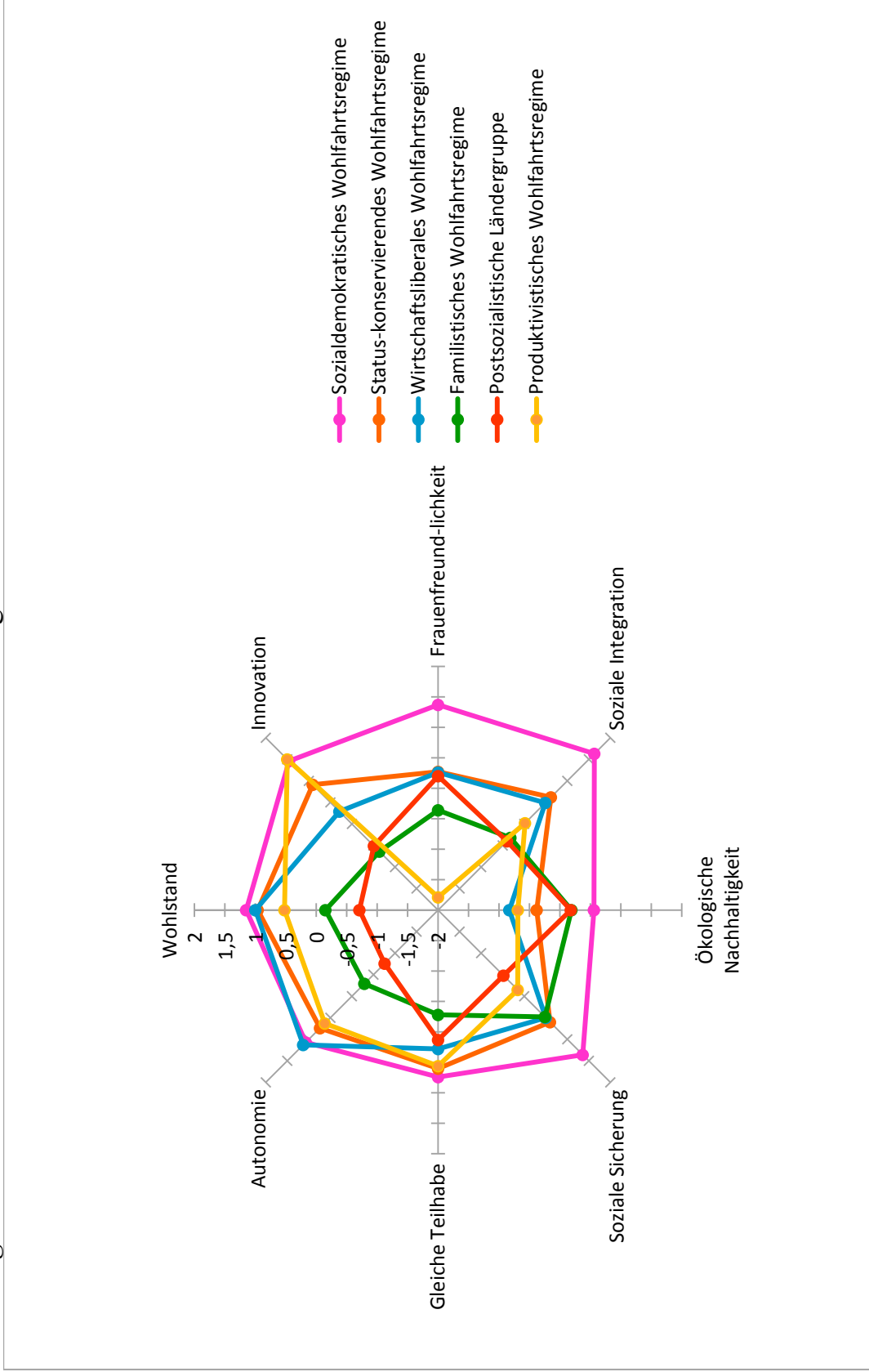
9. Zusammenfassender Vergleich der Lebensbedingungen: Zur Performanz der Wohlfahrtsregime

9.1 Performanzprofile der Wohlfahrtsregime

Da Ziele wie Wachstum (z.B. Konsumberge) und ökologische Nachhaltigkeit (z.B. Müllberge) konfliktieren können, werden die Ziele in einem Sterndiagramm dargestellt, wobei die Ziele nach außen weisen (vgl. Abbildung 9-1)⁹. Im Hinblick auf diese Denkfigur rangiert das *sozialdemokratische Wohlfahrtsregime* aktuell fast überall außen, fast alle acht Ziele werden von den sozialdemokratischen Ländern im Durchschnitt am besten oder am zweitbesten erfüllt, sodass das Erreichen all dieser – partiell konfliktierenden – Ziele also durchaus möglich ist. Durch die höchsten öffentlichen und die zweithöchsten privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime bei der Internetnutzung vorn und bei den Patenten an 2. Stelle, was dann auch für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit gilt. Beim wirtschaftlichen Wohlstand steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime inzwischen vor dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen Wohlfahrtsregime an der Spitze. Der hohe Wohlstand hat die Kehrseite eines erhöhten Belastungsniveaus, aber insbesondere bei der erneuerbaren Energie und bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime so weit vorn, dass es auch beim Gesamtindex bei der ökologischen Nachhaltigkeit an der Spitze steht. D.h. hoher Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit konfliktieren zwar partiell, sind aber nicht unvereinbar. – Bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall und bei den vorsorgenden Bildungsleistungen sowie bei der sozialen Sicherung insgesamt schneidet das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime am besten ab. Durch die höchsten Gesamtinvestitionen in Vorsorge und Nachsorge erreicht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime die geringste Armutsgefährdung und die egalitärste Einkommensverteilung sowie den Spitzenplatz beim zusammenfassenden Index für die Gleichheit der Teilhabe. Durch diese Investitionen begünstigt das Wohlfahrtsregime auch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten und damit den 2. Platz bei der objektiven und subjektiven Autonomie insgesamt. – Beim Frauenanteil im Parlament und beim Frauenerwerbsquotienten sowie bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt steht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime an der Spitze.

⁹ Die Indikatoren, Teilindices und Indices sind jeweils standardisiert, um sie besser vergleichbar zu machen. (Der Mittelwert ist dann jeweils 0, die Streuung (bzw. die Standardabweichung) jeweils 1.) Negativ heißt dann: unter dem Durchschnitt. Positiv: über dem Durchschnitt. Für alle Kriterien berichte ich auch die standardisierten Versionen, damit Größenordnungen unabhängig vom Thema in der gleichen „Schrittlänge“ gemessen werden.

Abbildung 9-1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime



Modell: Dieter Holtmann

Auch bei der ökonomischen Integration, der persönlichen Integration, der Integration in die Zivilgesellschaft und beim Gesamtindex der sozialen Integration erreicht das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime jeweils den Spitzenplatz, wobei allerdings zu relativieren ist, dass dies vor allem für die einheimische Bevölkerung gilt und weniger für die Migranten.

Das *konservative Wohlfahrtsregime* Kontinentaleuropas liegt bei der Innovationsfähigkeit insgesamt auf dem 3. Platz der Wohlfahrtsregime, dies gilt dann auch für den erreichten Wohlstand (wobei der Stadtstaat Luxemburg als Ausreißer hierbei nicht berücksichtigt wird). Das sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Wohlfahrtsregime weisen ein ähnliches Wohlstandsniveau auf, dies sind die drei wohlhabenden Wohlfahrtsregime. Als Kehrseite des hohen Wohlstands liegt das konservative Wohlfahrtsregime beim ökologischen Belastungsniveau an vorletzter Stelle. Bei den Entlastungsbemühungen erreicht es aber den 2. Platz und beim Gesamtindex der ökonomischen Nachhaltigkeit den 4. Platz von 6 Wohlfahrtsregimen. – Während das konservative Wohlfahrtsregime bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime an 2. Stelle steht, liegt es bei den vorsorgenden öffentlichen und privaten Bildungsausgaben nur an vorletzter Stelle. Der 2. Platz bei der sozialen Sicherung insgesamt ist die Grundlage für jeweils den 2. Platz bei der Armutgefährdung, der Einkommensungleichheit und beim Gesamtindex für die Gleichheit der Teilhabe. Bei der Befähigung zur Autonomie erreicht das konservative Wohlfahrtsregime den 4. Platz und bei der subjektiven Autonomie den 3. Platz, letzteres gilt dann auch für den Gesamtindex der Autonomie. – Auf der Basis des 2. Platz beim Frauenanteil im Parlament erreicht das konservative Wohlfahrtsregime auch bei der Frauenfreundlichkeit insgesamt den 2. Platz. Wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung steht das konservative Wohlfahrtsregime bei der ökonomischen Integration an 2. Stelle. Dies gilt ebenfalls für die Integration in die Zivilgesellschaft und auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. Allerdings gilt dies stärker für die Einheimischen. Bei der Offenheit für Migranten liegt das wohlhabende konservative Wohlfahrtsregime zwar noch hinter dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime an 2. Stelle, aber bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt rangiert es jeweils nur an 4. Stelle. Dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit.

Während das *wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime* bei allen Indikatoren der Innovationsfähigkeit und auch im Gesamtindex den 4. Platz belegt, liegt es beim Wohlstand etwas hinter dem sozialdemokratischen und etwa gleichauf mit dem konservativen Wohlfahrtsregime auf dem 2. Platz. Dies liegt insbesondere an den USA, die ihren Weltmachtstatus und ihr Währungsprivileg in einen hohen durchschnittlichen Wohlstand umsetzen. Als Kehrseite des hohen Wohlstands weist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime das höchste Belastungsniveau auf und liegt auch bei den Entlastungsbemühungen an vorletzter Stelle. Die

Priorität liegt bei Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum, wobei die ökologische Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. – Während das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime bei den Ausgaben des Sozialstaates zur unteren Hälfte gehört, erreicht es bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben den 2. Platz hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. Dementsprechend liegt das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime auch bei der Bildungsarmut auf dem 2. Platz. Andererseits ist die Armutsgefährdung am zweithöchsten und die Ungleichheit der Einkommensverteilung am höchsten von allen Wohlfahrtsregimen, da der Staat gemäß der wirtschaftsliberalen Philosophie möglichst wenig in die Märkte eingreift. Der 2. Platz bei den Bildungsinvestitionen macht sich mit dem 2. Platz bei den Befähigungen durch das Bildungssystem bezahlt. Auch die subjektive Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten steht gemäß Gallup (2013) auf dem 2. Platz. Damit erreicht das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime beim Gesamtindex der subjektiven und objektiven Autonomie den 1. Platz, ein gutes Ergebnis auf der Basis von Wohlstand und Bildungsinvestitionen. – Im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime liegt die Frauenerwerbsquote hinter dem sozialdemokratischen an 2. Stelle, aber die Repräsentation von Frauen im Parlament rangiert nur auf dem 4. Platz. Damit erzielt das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime den 3. Platz bei der Frauenfreundlichkeit. Sowohl bei der Offenheit für Migranten als auch bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt es jeweils auf dem 1. Platz, die klassischen Einwanderungsländer erreichen damit auch beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit den 1. Platz, da sie durch Lernprozesse und Erfahrungen den Umgang mit Migranten am besten entwickelt haben. Da das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime bei der ökonomischen Integration und bei der Integration in die Zivilgesellschaft jeweils hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime und dem konservativen rangiert, liegt es auch beim Gesamtindex der sozialen Integration hinter diesen beiden Wohlfahrtsregimen auf dem 3. Platz.

Das *familistische Wohlfahrtsregime* Südeuropas liegt sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung an letzter Stelle. Dies gilt dann auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Lebensstandard ist dieses Wohlfahrtsregime mit dem vorletzten Platz etwas besser als Osteuropa, da der Tourismus zum Wohlstand dieser schönen „Urlaubsländer“ beiträgt. Bei den Belastungen durch CO₂-Emissionen und durch die Risikotechnologie Nuklearenergie schneidet der Süden jeweils am besten ab. Die Entlastungsbemühungen liegen nur auf dem 3. Platz, aber mit dem 2. Platz beim Belastungsniveau erreicht Südeuropa beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit den 2. Platz hinter dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. – Bei den Ausgaben des Sozialstaates liegt das familistische Wohlfahrtsregime an 3. Stelle, wobei die Ausgaben allerdings zu stark auf die Insider des Arbeitsmarktes und die Renten ausgerichtet sind. Bei den öffentlichen und

privaten Bildungsausgaben als Vorsorge rangiert das familistische Wohlfahrtsregime an 4. Stelle, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Sicherung. Dementsprechend liegen dann auch die Armutsgefährdung und die Ungleichheit der Einkommensverteilung an 4. Stelle. Und bei den „Risikolesern“ im Sinne von PISA rangiert das familistische Wohlfahrtsregime ganz am Schluss, das Bildungssystem ist sehr wenig erfolgreich. Deshalb liegt das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas dann auch beim Gesamtindex für die Gleichheit der Teilhabe ganz am Schluss. Bei der objektiven Befähigung zur Autonomie (u.a. durch Lesekompetenz) liegt Südeuropa insgesamt an vorletzter Stelle. Die Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten ist etwas höher als in der postsozialistischen Ländergruppe. Beim Gesamtindex für objektive und subjektive Autonomie liegt das familistische Wohlfahrtsregime dann auch an vorletzter Stelle, gefolgt von der postsozialistischen Ländergruppe ganz am Schluss. – Wegen des großen Einflusses der Kirchen in Südeuropa sind die Geschlechterrollen noch relativ traditionell. Beim Frauenerwerbsquotienten und beim Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit rangiert das familistische Wohlfahrtsregime auf dem vorletzten Platz, nur noch gefolgt vom produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens. Bei der Offenheit für Migranten sowie bei der Teilhabe von Migranten im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt liegt Südeuropa jeweils auf dem 3. Platz, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit. Bei der Beschäftigungsquote liegen die traditionellen Länder Südeuropas ganz am Schluss, und dies gilt auch für die Arbeitslosenquote der bisher relativ wenig wettbewerbsstarken Länder Südeuropas nach der Weltfinanzkrise. Bei der Integration in die Zivilgesellschaft schneidet der Süden mit dem 3. Platz besser ab als bei der ökonomischen Integration, weshalb es beim Gesamtindex der sozialen Integration an 5. Stelle rangiert, gefolgt von der postsozialistischen Ländergruppe ganz am Schluss.

Die *postsozialistische Ländergruppe* Osteuropas rangiert sowohl bei den privaten als auch bei den öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung auf dem vorletzten Platz vor dem familistischen Wohlfahrtsregime. Dies gilt dann auch für die Verbreitung der Internetnutzung und für den Gesamtindex der Innovationsfähigkeit. Beim Wohlstand liegt die Ländergruppe im Durchschnitt ganz am Schluss, wobei Slowenien, Tschechien und die Slowakei bereits zum Mittelfeld aufgeschlossen haben. Als Kehrseite des geringen Wohlstands weist die Ländergruppe die geringste Müllbelastung und insgesamt das geringste ökologische Belastungsniveau auf. Bei der Nutzung von Energie ist z.B. das rohstoffreiche Russland eher sorglos und wenig effizient, bei den Entlastungsbemühungen insgesamt liegt die Ländergruppe auf dem vorletzten Platz, weshalb sie beim Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit nur den 3. Platz erreicht. – Bei den Ausgaben des Sozialstaates rangiert die postsozialistische Ländergruppe an vorletzter Stelle, gefolgt nur vom produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens. Bei den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben als Vorsorge aber liegt die Ländergruppe ganz am

Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Sicherung. Insgesamt hat sich die Ländergruppe eher abgewendet vom Modell der staatlichen Versorgung. Beim Anteil der „Risikoleser“ im Sinne von PISA liegt die Ländergruppe an vorletzter Stelle (vor Südeuropa) und dies gilt dann auch für die Bildungsarmut insgesamt. Bei der Armutsgefährdung und der Ungleichheit der Einkommensverteilung schneidet die Ländergruppe jeweils mit dem 3. Platz etwas besser ab, aber beim Gesamtindex für die gleiche Teilhabe rangiert die Ländergruppe auf dem vorletzten Platz (vor Südeuropa). D.h., auch bezüglich des Werts der Gleichheit hat sich die Ländergruppe eher abgewendet vom „realsozialistischen“ Modell. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie durch das Bildungssystem liegt die postsozialistische Ländergruppe ganz am Schluss. Dies gilt ebenfalls für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Wahlmöglichkeiten sowie schließlich auch für die subjektive und objektive Autonomie insgesamt. – Zwar liegt die postsozialistische Ländergruppe beim Studentinnenanteil vorn, aber bei der Vertretung von Frauen im Parlament nur an vorletzter Stelle (vor Ostasien). Beim Frauenerwerbsquotienten liegt die Ländergruppe an 4. Stelle, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit. Wegen des relativ geringen Wohlstands weist die Ländergruppe nur wenig Migranten auf, nur Ostasien hat anteilig weniger Migranten. Aber bei der Teilhabe der (wenigen) Migranten auf dem Arbeitsmarkt liegt die Ländergruppe ganz vorn und bei der Partizipation im Bildungssystem auf dem 2. Platz (hinter dem angelsächsischen Wohlfahrtsregime). Insgesamt erreicht die Ländergruppe damit den 2. Platz beim Gesamtindex der Migrantenfreundlichkeit, dies ist die beste Platzierung der postsozialistischen Ländergruppe bei den neun Performanzkriterien. Bei der ökonomischen Integration liegt die postsozialistische Ländergruppe auf dem vorletzten Platz (vor den ökonomischen Krisenländern des Südens). Bei der Integration in die Zivilgesellschaft rangiert die Ländergruppe ganz am Schluss, und dies gilt dann auch für den Gesamtindex der sozialen Integration. In den posttotalitären Gesellschaften hat sich die Zivilgesellschaft noch nicht lange genug entwickeln können.

Da die Unternehmen in Japan unter Koordination durch das Technologieministerium im internationalen Vergleich mit Abstand am meisten in Forschung und Entwicklung investieren, liegt das *produktivistische Wohlfahrtsregime* auch bei den Gesamtausgaben an der Spitze. Wegen des produktivistischen Konzepts des ökonomischen Aufstiegs über die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime auch bei den bedeutsamen Patenten vorn, die die Absicherung der technologischen Entwicklungen gegenüber den Wettbewerbern bezwecken. Damit liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime auch beim Gesamtindex der Innovationsfähigkeit (etwas vor dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime) an der Spitze. Im Wohlstand liegt es aber noch hinter den drei wohlhabenden Wohlfahrtsregimen, dem sozialdemokratischen, dem wirtschaftsliberalen und dem konservativen. Die Wachstumsrate ist in den produktivistischen Ländern

jedoch höher. Japan hat das Vereinigte Königreich bereits überholt so wie Südkorea Neuseeland. Die beiden produktivistischen Länder gehören also schon zu den 19 Ländern mit dem höchsten Wohlstand. Bei den Umweltbelastungen liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime im Mittelfeld, weil etwa die Müllbelastung niedriger ist als im wohlhabenderen wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime. Aber bei den Entlastungsbemühungen liegt es noch hinter dem wirtschaftsliberalen Regime ganz am Schluss, da wegen der einseitigen Fixierung auf das Wirtschaftswachstum die ökologische Nachhaltigkeit bisher stark vernachlässigt wird. – Bei den Prioritäten zwischen Vorsorge und Nachsorge bei der sozialen Sicherung ist das produktivistische Wohlfahrtsregime der extremste Fall. Während es bei den öffentlichen und privaten Investitionen in Bildung als Vorsorge den 3. Platz erreicht, liegt es bei den nachsorgenden Ausgaben des Sozialstaates mit Abstand an letzter Stelle, da die Absicherung für den Risikofall den Familien überlassen bleibt. Dem entsprechen die Performanzen bei der Gleichheit der Teilhabe. Während das produktivistische Wohlfahrtsregime bei den „Risikolesern“ im Sinne von PISA an der Spitze steht, also wenig Bildungsarmut aufweist, rangiert es bei der Armutsgefährdung auf dem letzten Platz, da die Absicherung den Familien überlassen bleibt. Bei der objektiven Befähigung der Bevölkerung zur Autonomie durch das Bildungssystem liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime vorn, sowohl bei der Durchschnittskompetenz im Lesen als auch beim Umfang der Leistungsspitze. Relativiert wird dieses gute Ergebnis allerdings durch die subjektive Bewertung der Bevölkerung, deren Zufriedenheit mit den Wahlmöglichkeiten auf dem vorletzten Platz (vor der postsozialistischen Ländergruppe) rangiert. Bei der objektiven und subjektiven Autonomie insgesamt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime dann an 4. Stelle hinter den drei wohlhabenden Wohlfahrtsregimen. – Die Geschlechterrollen im produktivistischen Wohlfahrtsregime Ostasiens sind noch sehr traditionell, deshalb liegt es sowohl beim Frauenanteil im Parlament als auch beim Studentinnenanteil und beim Frauenerwerbsquotienten jeweils auf dem letzten Platz, was dann natürlich auch für den Gesamtindex der Frauenfreundlichkeit gilt. Da die Länder des produktivistischen Wohlfahrtsregimes Ostasiens noch stark national orientiert sind, finden sich dort jeweils nur ca. 2 % Migranten. Weitere Informationen zur Teilhabe von Migranten liegen in den üblichen Erhebungen nicht vor. Nach diesem Informationsstand rangiert das produktivistische Wohlfahrtsregime Ostasiens bei der Migrantenfreundlichkeit auf dem letzten Platz. Gemäß der produktivistischen Wohlfahrtslogik ist die Integration in den Arbeitsmarkt im Regimevergleich am besten gelungen. Die Beschäftigungsquote ist wegen der traditionellen Geschlechterrollen mit dem 4. Platz bereits schlechter. Und bei der persönlichen Integration und der Integration in die Zivilgesellschaft rangiert es jeweils auf dem letzten Platz. Insgesamt liegt das produktivistische Wohlfahrtsregime beim Gesamtindex der sozialen Integration an 4. Stelle, aber es handelt sich weitgehend um die soziale Integration der Einheimischen, da es ja kaum Migranten gibt.

9.2 Ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung zur Erfassung der Wohlfahrt der Nationen

Nach meiner Einschätzung ist der Ansatz der Wohlfahrtsregime, bei dem die Logik der Produktion und Verteilung von Wohlfahrt untersucht wird, besonders geeignet, um die Wohlfahrt der Nationen partiell zu erklären. Andererseits weisen die einzelnen Länder natürlich gleichzeitig, wie gerade dargestellt, Unterschiede und eigenständige Profile bzgl. der gesellschaftlich wünschenswerten Ziele und der Qualität der Lebensbedingungen in den untersuchten Zieldimensionen auf.

Das beste Reformprogramm bestände darin, die gesellschaftliche Entwicklung als Lernprozess zu organisieren. In Erweiterung des Human Development Report der UN, der zwar möglichst viele Nationen berücksichtigt, sich dafür aber auf relativ grobe Indikatoren beschränkt, müsste der Vergleich der Wohlfahrt der Nationen auf eine solch breite Liste von gesellschaftlich wünschenswerten Zielen und Qualitätskriterien erweitert werden, wie ich sie hier für ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung vorgeschlagen habe, das in einem Lernprozess selbst natürlich auch kontinuierlich weiterentwickelt werden sollte.

Literaturverzeichnis

- Alber, Florian: Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 25. Potsdam 2006.
- Alber, Jens: Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? In: Berliner Zeitschrift für Soziologie 12, 2002, S. 5-35.
- Allardt, Erik: Having, loving, being: An Alternative to the Swedish Model of Welfare Research. In: Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York / Oxford 1993: Clarendon Press, S. 88-94.
- Allmendinger, Jutta: Educational Systems and Labor Market Outcomes. In: European Sociological Review 5, 1989, S. 231-250.
- Allmendinger, Jutta: Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt 50, 1999, S. 35-50.
- Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Education and the Welfare State: the four Worlds of Competence Production. In: Journal of European Social Policy 13, 2003, S. 63-81.
- Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Bildungsarmut. Zum Zusammenhang von Sozialpolitik und Bildung. In: Opielka, Michael (Hg.): Bildungsreform als Sozialreform. Wiesbaden 2005: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45-60.
- Allmendinger, Jutta/ Nicolai, Rita.: Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaats im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt 61, 2010, S. 105-119.
- Amable, Bruno: The Diversity of Modern Capitalism. Oxford 2003: Oxford University Press.
- Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten: Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States. In: European Sociological Review 17, 2001, S. 337-356.
- Arts, Will/ Gelissen, John: Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? In: Acta Sociologica 44, 2001, S. 283-299.
- Baethge, Martin / Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung, Opladen 2001: Leske + Budrich.
- Barr, Nicholas: Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe. Washington D.C. 2005: The World Bank.
- Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz: Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992: Junius.
- Baum-Ceisig, Alexandra/ Busch, Klaus/ Hacker, Björn/ Nospickel, Claudia: Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Entwicklungen, Reformen und

Perspektiven im Kontext der europäischen Integration. Baden-Baden 2008: Nomos.

Baumert, Jürgen et al. (Hg.): PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baumol, William: Macroeconomics of unbalanced Growth. In: American Economic Review 57, 1967, S. 415-426.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M. 1986: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth: Riskante Freiheiten. Zur Individualisierung der Lebensformen in der Moderne. Frankfurt a. M. 1994: Suhrkamp.

Berger, Johannes: Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt? In: Leviathan 24, 1996, S. 51-62.

Berger, Peter A.: Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel. Opladen 1986: Westdeutscher Verlag.

Berger, Peter A./ Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt a.M. 2006: Campus.

Berger, Peter A./ Vester, Michael (Hg.): Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Beyer, Jürgen: Vom Sozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft - Systemtransformation als Governance-Problem. In: Benz, A./ Lütz., S. Schimank, U./ Simonis, G. (Hg.): Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus. Wiesbaden 2006: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-165.

BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. (Diverse Jahre; zuletzt 2013).

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung): Berufsbildungsbericht 2014.

Bohle, Dorothee / Greskovits, Béla: Neoliberalism, embedded neoliberalism and neocorporatism: Towards transnational Capitalism in Central-Eastern Europe, West European Politics, 2007a, S. 443-466.

Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: The State, Internationalization and Capitalist Diversity in Eastern Europe. In: Competition and Change, 11(2), 2007b.

Bohle, Dorothee/ Greskovits, Béla: Capitalist Diversity on Europe's Periphery. Ithaca/London 2012: Cornell University Press.

-
- Boje, Thomas P./ Almqvist, Anna-Lena: Citizenship, family policy and women's patterns. In: Boje, Thomas P./ Leira, Arnlaug: Gender, welfare state and the market. Towards a new division of labour. London 2000: Routledge, S. 41-70.
- Bonoli, Giuliano: Classifying Welfare States: A Two-dimensional Approach. In: Journal of Social Policy 26, 1997, S. 351-372.
- Bonoli, Giuliano: Public Attitudes to Social Protection and Political Economy Traditions in Europe. In: European Societies 2 (4), 2000, S. 431-452.
- Bornschieer, Volker: Western Society in Transition. New Brunswick (USA) und London (UK) 1996: Transaction Publishers.
- Bornschieer, Volker: Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel. Frankfurt a. M. 1998: Campus.
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a. M. 1982: Suhrkamp.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland u.a. (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Bonn 2008: Fischer Verlag.
- Busemeyer, Marius R./ Nicolai, Rita: Education. In: Castles, Francis G. et al.: The Oxford handbook of the welfare state. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 494 – 508.
- Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot.
- Castles, Francis G.: Comparative Public Policy. Patterns of post-war Transformation. Cheltenham (UK) 1998: Edward Elgar.
- Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010a: Oxford University Press.
- Castles, Francis G.: The English-Speaking Countries. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher: The Oxford Handbook of The Welfare State. Oxford 2010b: Oxford University Press, S. 630-642.
- Castles, Francis G./ Mitchell, Deborah: Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot, S. 93-128.
- Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.
- Cerami, Alfio/ Wagué, Aïchetou: Africa. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 252-259.

Clegg, Daniel: Central European Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 161-170.

Connell, Robert W.: Gender and Power. Society, the Person and Sexual Politics. Cambridge 1987: Polity Press.

Cook, Linda: Postcommunist Welfare States: Reform Politics in Russia and Eastern Europe. Ithaca, NY 2007a: Cornell University Press.

Cook, Linda: Negotiating Welfare in Postcommunist States. In: Comparative Politics 40, 2007b, S. 41-62.

Cook, Linda J.: Eastern Europe and Russia. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010, S. 671 – 686.

Daly, Mary: Comparing welfare states: Towards a Gender friendly Approach. In: Diane Sainsbury: Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 101-117.

Daly, Mary: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. In: Scharpf, Fritz W. / Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000a: Oxford University Press, Band II, S. 467-510.

Daly, Mary: The Gender Division of Welfare. Cambridge 2000b: Cambridge University Press.

Daly, Mary/ Lewis, Jane: The Concept of Social Care and the Analysis of Contemporary Welfare States. In: British Journal of Sociology 51, 2000, S. 281-298.

Deacon, Bob/ Hulse, Michelle/ Stubbs, Paul: Global Social Policy. International Organizations and the Future of Welfare. London 1997: Sage.

Deacon, Bob: Global Social Policy and Governance. London 2007: Sage.

Diefenbach, Heike: Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden 2007: VS.

Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ Von Kopp, Botho/ Reuter, Lutz R. (Hg.): Die Bildungssysteme Europas. Baltmannsweiler 2010: Schneider Verlag Hohengehren.

Drahokoupil, Jan: Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment. London 2008: Routledge.

Drahokoupil, Jan/ Myant, Martin: Varieties of Capitalism, Varieties of Vulnerabilities: Financial Crises and its Impact on Welfare States in Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States. Historical Social Research 35, No. 2, 2010, S. 266-295.

Dullien, Sebastian/ Schwarzer, Daniela: Die Zukunft der Eurozone nach der Griechenland-Hilfe und dem Euro-Schutzschirm. In: *Leviathan* 38, 2010, S. 509 – 532.

Ebbinghaus, Bernhard/ Manow, Philip (Hg.): *Comparing Welfare Capitalism: Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA*. London 2001: Routledge.

Eckert, Florian: Systemtransformation in Osteuropa. In: Eckert, Florian (Hg.): *Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*, Wiesbaden 2008: Verlag für Sozialwissenschaften.

Ellingsæter, Anne Lise: Betreuungsgeld. Erfahrungen aus Finnland, Norwegen und Schweden. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Internationale Politikanalyse*, April 2012.

Enderlein, Henrik: Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick. In: *APuZ* 43, 2010, S. 7 – 12.

Ernst, Angelika: A Segmented Welfare State: The Japanese Approach. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Heft 138. 1982, S. 546-564.

Esping-Andersen, Gøsta: *The three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge 1990: Polity Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Three post-industrial Employment Regimes. In: *International Journal of Sociology* 21, 1991, S. 149-188.

Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Changing classes. Stratification and Mobility in post-industrial Societies*. London, 1993: Sage.

Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London 1996: Sage.

Esping-Andersen, Gøsta: Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 19-56.

Esping-Andersen, Gøsta: *Social Foundations of post-industrial Economies*. Oxford 1999a: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Politics without class? Postindustrial cleavages in Europe and America. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 293-316.

Esping-Andersen, Gøsta: *The incomplete revolution*. New York 2009: Wiley.

Esping-Andersen, Gøsta et al.: *Why we need a new Welfare State*. Oxford 2002: Oxford University Press.

Europäische Gemeinschaften (Hg.): Eurostat. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

European Commission: Innovation Union Scoreboard. 2013, insbesondere S. 71/72 bzw. S.73/74.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: European Quality of Life Survey 2003, 2007, 2012 (EQLS). Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Eurostat: Datenbank. (Diverse Jahre).

Eurostat: Statistics by Themes: Population and Social Conditions. (Diverse Jahre).

EU-SILC: European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC). (Diverse Jahre).

Farnsworth, Kevin/ Irving, Zoë: Fiscal crisis, financial crisis, and the great recession. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S.307-318.

Faust, Jörg/ Lauth, Hans Joachim/ Muno, Wolfgang: Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien. In: Croissant, Aurel / Erdmann, Gero/ Rüb, Friedbert W. (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien. Wiesbaden 2004: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ferrera, Maurizio: The “Southern Model” of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy 6, 1996, S. 17-37.

Ferrera, Maurizio (Hg.): Welfare State Reform in Southern Europe. Fighting Poverty and Social Exclusion in Italy, Spain, Portugal and Greece. London 2005: Routledge.

Ferrera, Maurizio: The South European Countries. In: Castles, Francis G. et al: The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press, S. 616-629.

Firebaugh, Glenn: Die neue Geografie der Einkommensverteilung der Welt. In: Müller, Walter/ Scherer, Stefani (Hg.): Mehr Risiken – mehr Ungleichheit?: Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt 2003: Campus, S. 363-388.

Firebaugh, Glenn/ Goesling, Brian: Accounting for the recent Decline in Global Income Inequality. In: American Journal of Sociology 110, 2004, S. 283-312.

Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge.

Flora, Peter/ Alber, Jens/ Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 707-772.

Fourastié, Jean: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Paris 1963: Gallimard.

-
- Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.
- Fuchs, Susanne/ Offe, Claus: Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States. In: Rumford, Chris (Hg.): The Sage Handbook of European Studies. London 2009: Sage.
- Gal, John: Is there an extended family of Mediterranean welfare states? In: Journal of European Social Policy 20 (4), 2010, S.283-300.
- Gallup: World Poll. (Diverse Jahre).
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden 2011⁶: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Giddens, Anthony: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.
- Glatzer, Wolfgang (Hg.): Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur. Frankfurt a. M. / New York 1992: Campus.
- Glatzer, Wolfgang/ Habich, Roland/ Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich.
- Goodin, Robert E./ Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/ Dirven, Henk-Jan: The real Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press.
- Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1998: Leske + Budrich.
- Gough, Ian: Welfare regimes in development contexts: a global and regional analysis. In: Gough, Ian et al.: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press, S. 15-48.
- Gough, Ian/ Wood, Geoffrey D./ Barrientos, Armando/ Bevan, Philippa/ Davis, Peter/ Room, Graham: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.
- Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge.
- Haggard, Stephan/ Kaufman, Robert R.: Development, Democracy and Welfare States. Latin America, East Asia and Eastern Europe. 2008: Princeton University Press.
- Hall, Peter A.: Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: Comparative Politics 25 (3), 1993, S. 275-296.

Hall, Peter A./ Gingerich, Daniel W.: „Spielarten des Kapitalismus“ und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie – eine empirische Analyse. In: Berliner Journal für Soziologie 14, 2004, S. 5-32.

Hall, Peter A./ Soskice, David (Hg.): Varieties of Capitalism. The institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford 2001: Oxford University Press.

Haller, Max: Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 13, 1988, S. 5-19.

Hans, Silke: Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 21. Potsdam 2004.

Hansen, Lars: The Division of Labour in post-industrial Societies. Göteborg University 2001.

Harrison, Bennett / Bluestone, Barry: The Great U-Turn. New York 1988: Basic Books.

Hauser, Richard: Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 181-197.

Häusermann, Silja: The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times. Cambridge 2010b: Cambridge University Press.

Havrylyshyn, Oleh: Divergent Paths in Post-Communist Transformation. Capitalism for All or Capitalism for the Few? Basingstoke 2006: Palgrave Macmillan.

Heclo, Hugh: Modern Social Politics in Britain and Sweden. New Haven 1974: Yale University Press.

Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Opladen 1999: Leske + Budrich.

Hemerijck, Anton: In Search of a New Welfare State. Oxford 2010: Oxford University Press.

Hofäcker, Dirk: Typen europäischer Familienpolitik – Vehikel oder Hemmnis für das „adult worker model“? In: Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden 2004: VS., S. 257-284.

Holliday, Ian: Productivist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: Political Studies 48, 2000, S. 706-723.

Holtmann, Dieter: Der „reale Sozialismus“ und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen „Ausbeutungs“-Irrtum. – Sozialstaatlicher Volkskapitalismus

statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In: Derselbe (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991a: Schallwig.

Holtmann, Dieter: Rezension von Volker Bornschieer. Westliche Gesellschaft im Wandel. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 1991b, S. 582-584.

Holtmann, Dieter: Variations of Welfare Capitalism after the Decline of State Socialism: Bargaining Societies on the Basis of Value Orientations and Resources of Action. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 10. Potsdam 2000.

Holtmann, Dieter: Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 26. Potsdam 2006.

Holtmann, Dieter: Deskriptiv- und inferenzstatistische Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2009⁶: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Grundlegende multivariate Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2010³: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter: Wohlstand und Wohlfahrt der Nationen im Wandel. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Innovation und soziale Sicherung, Frauenfreundlichkeit sowie Migrantenfrendlichkeit und Gleichheit der Teilhabe, soziale Integration und Autonomie im internationalen Vergleich. Aachen 2014: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Mutz, Michael/ Alber, Florian u.a.: Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte. Potsdam 2006: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Buchheister, Claudia/ Görl, Tilo/ Mutz, Michael/ Schuster, Anne u.a.: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich. Potsdam 2012⁷: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Weiß, Katharina/ Hirsland, Aline-Sophia u.a.: Die Wohlfahrt der Nationen: 40 Länder-Fallstudien zu den Institutionen und ihrer Performanz. Aachen 2012: Shaker Verlag.

Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Comparing Class Structures and Class Consciousness in Western Societies. In: International Journal of Sociology 19, 1989, S. 1-27.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Klassen in der Bundesrepublik heute: Zur Theorie und Empirie der Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen. In: Schweizer Zeitschrift für Soziologie 16, 1990, S. 79-106.

Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.

Hort, Sven E.O./ Kuhnle, Stein: The Coming of East and South East Asian Welfare States. *Journal of European Social Policy* 10 (2), London 2000.

Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987: Leske + Budrich.

Hradil, Stefan: Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 31-47.

Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2006²: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hryniewicz, Jozefina: Poland. In: Fitzpatrick, Tony (Hg.): *International Encyclopedia of Social Policy*. London 2006: Routledge, S. 1005-1009.

Huber, Evelyne: Options for Social Policy in Latin America. Neoliberal versus Social Democratic Models. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies*. London 1996: Sage.

Huddleston, Thomas et al.: *Migrant Integration Policy Index (MIPEX2011)*. Brüssel 2011.

Inglehart, Ronald: *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt / New York 1989: Campus.

Inglehart, Ronald: *Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt a. M. / New York 1998: Campus.

Inglot, Tomasz: *Welfare States in East Central Europe, 1919 – 2004*. Cambridge 2008: Cambridge University Press.

Innovation Union Scoreboard (European Commission). 2013, insbesondere S. 71/72 bzw. S. 73/74.

Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Genf 2007: IPCC.

International Labour Organization (ILO): Global Extension of Social Security (GESS). Genf 2009: ILO.

International Labour Organization (ILO): Maternity at Work. A review of national legislation. Findings from the ILO Database of Conditions of Work and Employment Laws. Genf 2010².

International Labour Organization (ILO): NATLEX-Database (insbes.: social security). Genf (diverse Jahre): ILO.

International Monetary Fund (IMF): Country Information Page. (Länderberichte; diverse Jahre).

International Monetary Fund (IMF): World Economic Outlook. Database. (Diverse Jahre).

International Social Survey Programme (ISSP). (Diverse Jahre). Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS): Länderprofile. <http://www.issa.int/ger/Beobachtungsstelle/Laenderprofile>. (Diverse Jahre).

Inter-Parliamentary Union: Datenbank 2013.

Isin, Engin/ Wood, Patricia: Citizenship and Identity. London 1999: Sage.

Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden 2010: Verlag für Sozialwissenschaften.

Iversen, Torben: Capitalism, Democracy, and Welfare. Cambridge 2005: Cambridge University Press.

Jochem, Sven: Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat: Deutschland im internationalen Vergleich. Berlin 2009: LIT.

Kangas, Olli/ Kvist, Jon: Nordic Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 148-160.

Kaufmann, Franz-Xaver: Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.

Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen 2002: Leske + Budrich.

Kautto, Mikko: The Nordic Countries. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): The Oxford Handbook of the Welfare State. Oxford 2010, S. 586-600.

Keune, Maarten: EU Enlargement and Social Standards: Exporting the European Social Model. Brüssel 2008: ETUI-REHS.

King, Lawrence P./ Szelényi, Iván: Post-Communist Economic Systems. In: Smelser, Neil J./ Swedberg, Richard (Hg.): The Handbook of Economic Sociology. Princeton 2005: Princeton University Press, S. 205-229.

Kitschelt, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. In: Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm: Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt 2001, S. 418-442.

Kitschelt, Herbert / Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999a: Cambridge University Press.

- Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Convergence and Divergence in Advanced Capitalist Democracies. In: Kitschelt, Herbert et al.: *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 427-460.
- Klenner, Christina/ Leiber, Simone (Hg.): *Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa. Kontinuität und Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten*. Wiesbaden 2009: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kogan, Irena/ Gebel, Michael/ Noelke, Clemens (Hg.): *Europe Enlarged. A Handbook of Education, Labour and Welfare Regimes in Central and Eastern Europe*. Bristol 2008: Policy Press.
- Kohl, Jürgen: Wohlfahrtsstaatliche Regimetypen im Vergleich. In: Glatzer, Wolfgang/ Ostner, Ilona (Hg.): *Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen*. Opladen 1999: Leske + Budrich, S. 321-336.
- Korpi, Walter: Economic Growth and the Welfare State: Leaky Bucket or Irrigation System? In: *European Sociological Review* 1, 1985, S. 97-118.
- Kuznets, Simon S.: Economic Growth and Income Inequality. In: *American Economic Review* 45, 1955, S. 1-28.
- Lane, David: Post-State Socialism: A Diversity of Capitalism? In: Lane, David / Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 13-39.
- Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. New York 2007: Palgrave Macmillan.
- Leibfried, Stephan: Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC. In: Ferge, Zsuzsa/ Kolberg, Joj Eivind (Hg.): *Social Policy in a Changing Europe*. Boulder, Colo. 1992: Westview Press, S. 245-279.
- Leira, Arnlaug/ Saraceno, Chiara (2002): Care: Actors, Relationships and Contexts. In: Hobson, Barbara/ Lewis, Jane/ Siim, Birte: *Contested Concepts in Gender and Social Politics*. Cheltenham (UK) 2002: Edward Elgar, S. 55-83.
- Leitner, Sigrid: Varieties of Familialism – the Caring Function of the Family in Comparative Perspective. In: *European Societies* 5, 2003, S. 353-375.
- Lessenich, Stephan: *Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld 2008: Transkript.
- Lewis, Jane: Gender and the Development of Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy* 2, 1992, S. 159-173.
- Lewis, Jane (Hg.): *Women and Social Policies in Europe. Work, Family and the State*. Aldershot 1993: Edward Elgar.
- Lewis, Jane: Gender and welfare state change. In: *European Societies* 4, 2002, S. 331-357.

- Lewis, Jane: Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie“. In: Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona/ Schratzenstaller, Margit: Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden 2004: VS., S. 62-84.
- Lewis, Jane/ Ilona Ostner: Gender and the Evolution of European Social Policies. Bremen 1994: ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/94.
- Maddison, Angus: Monitoring the World Economy 1820-1992. Paris 1995: OECD.
- Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt / New York 1992: Campus.
- Mau, Steffen/ Verwiebe, Roland: European Societies. Mapping structure and change. Bristol 2010: The Policy Press.
- Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Berliner Journal für Soziologie 11, 2001, S. 135-157.
- Mesa-Lago, Carmelo: Social Security in Latin America: Pressure Groups, Stratification and Inequality. Pittsburgh 1978: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: Ascent to Bankruptcy. Financing Social Security in Latin America. Pittsburgh 1989: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo: Reassembling social security. A survey of pensions and health care reforms in Latin America. Oxford 2008: Oxford University Press.
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Miller, Max/ Soeffner, Hans-Georg: Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1996: Suhrkamp.
- Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Dieselben (Hg): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske + Budrich, S. 7-49.
- Müller, Klaus/ Schmidt, Rudi: Von der griechischen zur europäischen Krise. In: Prokla 159, 2010, S. 277 – 300.
- Mutz, Michael: Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 27. Potsdam 2006.
- Myant, Martin/ Drahokoupil, Jan: Transition Economies. Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia. USA 2011: Wiley.

Myles, John: When Markets Fail. Social Welfare in Canada and the United States. In: Gøsta Esping-Andersen (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptation in Global Economies. London 1996: Sage, S. 116-140.

Nussbaum, Martha C.: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999: Suhrkamp.

Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press.

Obinger, Herbert: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. In: Leviathan 40 (3), 2012, S. 441-461.

Obinger, Herbert/ Wagschal, Uwe: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der cluster-analytischen Überprüfung. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt 1998: Campus, S. 109-135.

OECD: Datenbank. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Education at a glance. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Employment outlook. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Factbook. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: International Migration Outlook: SOPEMI 2011; 2012; 2013. OECD.

OECD: Key indicators on education. Financial and Human Resources Invested in Education. OECD 2011.

OECD: Lernen für das Leben – Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungstudie PISA 2000. Paris 2001: OECD.

OECD: Main Science and Technology Indicators: Volume 2012/2: R&D expenditure, public vs. business für 2006 bis 2011.

OECD: Pensions at a Glance 2011. OECD Indicators.

OECD: PISA 2000, PISA 2003, PISA 2006, PISA 2009, PISA 2012. Paris: OECD.

OECD: Social Expenditure: Aggregated Data. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Society at a Glance / Social Indicators. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Wissenschafts-, Technologie- und Industrieausblick 2010.

OECD: www.oecd-ilibrary.org (Daten für verschiedene Jahre).

Offe, Claus: Epilogue: Lessons learnt and open questions. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan, S. 237-247.

-
- Oliver, Michael: Postcommunist Welfare States. In: *Journal of Democracy* 19 (4), 2008, S. 81-94.
- Olson, Mancur: *The Rise and Decline of Nations*. New Haven 1982: Yale University Press.
- Orenstein, Mitchell A.: Postcommunist Welfare States. In: *Journal of Democracy* 19 (4), 2008, S. 81-94.
- Orloff, Ann Shola: Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: *ASR* 58, 1993, S. 303-328.
- Ostner, Ilona: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B36-37, 1995a, S. 3-12.
- Ostner, Ilona: Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Fricke, Werner (Hg.): *Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch für Arbeit und Technik*. Bonn 1995b: J.H.W.Dietz.
- Ostner, Ilona: Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 225-252.
- Ostner, Ilona: Zur Konvergenz und Divergenz EU-europäischer Wohlfahrtsstaaten. In: Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): *Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung*. Münster 2001: LIT, S. 319-334.
- Palier, Bruno (Hg.): *A Long Good-Bye to Bismarck? The Politics of Reforms in Continental Europe*. Amsterdam 2010a: Amsterdam University Press.
- Palier, Bruno: Continental Western Europe. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010b, S. 601-615.
- Peng, Ito/ Wong, Joseph: East Asia. In: Castles, Francis G./ Leibfried, Stephan/ Lewis, Jane/ Obinger, Herbert/ Pierson, Christopher (Hg.): *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford 2010: Oxford University Press, S.656-670.
- Petmesidou, Maria: Southern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): *The Routledge Handbook of the Welfare State*. London 2012: Routledge, S. 183-192.
- Pfau-Effinger, Birgit: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, 1996, S. 462-492.
- Pfau-Effinger, Birgit: Arbeitsmarkt und Familiendynamik in Europa - Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse. In: B. Geissler/ F. Maier / B. Pfau-Effinger (Hg.): *FrauenArbeitsMarkt. Der Beitrag der Frauenforschung*

zur sozio-ökonomischen Theoriebildung. Berlin 1998 Edition Sigma, S. 177-194.

Pfau-Effinger, Birgit: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen 2000: Leske + Budrich.

Pierson, Paul: The New Politics of the Welfare State. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/95. Bremen 1995: Zentrum für Sozialpolitik.

Pierson, Paul: Coping with permanent Austerity. Welfare State restructuring in affluent Democracies. In: Derselbe (Hg.): The new Politics of the Welfare State. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 410-456.

Pierson, Paul: Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis. Princeton, NJ 2004: Princeton University Press.

Porter, Michael E.: Nationale Wettbewerbsvorteile. München 1991: Droemersch Verlaganstalt.

Prenzel, Manfred/ Baumert, Jürgen/ Blum, Werner u.a.: PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster 2004: Waxmann.

Putnam, Robert D.: Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy 6, 1995, S. 65-78.

Putnam, Robert D. (Hg.): Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society. Oxford 2002: University Press.

Ramesh, M./ Asher, Mukul G.: Welfare Capitalism in Southeast Asia. Social Security, Health and Education Policies, New York 2000.

Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.

Rawls, John: Politischer Liberalismus. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.

Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien. Frankfurt 1993: Ullstein.

Research Institute of Organic Agriculture (FiBL): Organic agricultural land and share of total agricultural land. 5070 Frick (Schweiz): 2005-2011.

Rhodes, Martin: The Political Economy of Social Pacts. In: Pierson, Paul (Hg.): The new Politics of the Welfare State. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 184-86.

Rogall, Holger: Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und ökologische Ökonomie. Berlin 2000: Duncker & Humblot.

Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas. In: ZfS 9(2), 1980, S. 118-128.

-
- Sachs, Wolfgang: Ohne Ökologie keine transnationale Gerechtigkeit. In: POLIS 1/2004, S. 13-15.
- Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage.
- Sainsbury, Diane: Gender, Equality, and Welfare States. Cambridge 1996: Cambridge University Press.
- Saxonberg, Steven: Eastern Europe. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 171-182.
- Scharpf, Fritz W.: Economic Changes, Vulnerabilities, and Institutional Capabilities. In: Derselbe/ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and Work in the open Economy. Oxford 2000: Oxford University Press, S. 21-124.
- Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and Work in the open Economy. Oxford 2000: Oxford University Press.
- Schmid, Günther: Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M. / New York 2002: Campus.
- Schmid, Josef: Das deutsche soziale Sicherungssystem: Das Bismarck-Modell. In: Derselbe: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2010a: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-146.
- Schmidt, Manfred G./ Ostheim, Tobias/ Siegel, Nico A./ Zohlnhöfer, Reimund (Hg.): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden 2007: VS-Verlag.
- Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden 2007: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scott, Menard: A Research Note on International Comparisons of Inequality of Income. In: Social Fores 64, 1986, S. 778-793.
- Segura-Ubiergo, Alex: The Political Economy of the Welfare State in Latin America. Globalization, Democracy and Development. Cambridge 2007: Cambridge University Press.
- Sen, Amartya: Capability and well-being. In: Nussbaum, Martha C./ Derselbe: The Quality of Life. New York / Oxford 1993: Oxford University Press, S. 30-53.
- Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Shambaugh, Jay C: The Euro`s Three Crises. Georgetown University. 2012.

- Siaroff, Alan: Work, Welfare and Gender Equality: A New Typology. In: Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 82-100.
- Solga, Heike: Bildungsarmut und Ausbildungslosigkeit in der Bildungs- und Wissensgesellschaft. In: Becker, Rolf (Hg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden 2007: VS, S. 395-432.
- Soskice, David: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press, S. 101-134.
- Spicker, Paul: Liberal Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): The Routledge Handbook of the Welfare State. London 2012: Routledge, S. 193-201.
- SSPTW 2010: Social Security Programs Throughout the World (Hg.: U.S. Social Security Administration). Washington, D.C. 2010. (2011 f.).
- Standing, Guy: Social Protection in Central and Eastern Europe: A Tale of slipping anchors and torn Safety Nets. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies. London 1996: Sage, S. 225-255.
- Staroske, Uwe/ Wiegand-Kottisch, Maren/ Wohlgemuth, Karl (Hg.): Innovation als Schlüsselfaktor eines erfolgreichen Innovationssystems im globalen Wettbewerb. Münster / Hamburg / London 2000: LIT Verlag.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport. Bonn (diverse Jahre): Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis, and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 32-65.
- Stiglitz, Joseph E.: Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. München 2010: Siedler.
- Svallfors, Stefan: Worlds of welfare and attitudes to redistribution: a comparison of eight Western nations. In: European Sociological Review 13, 1997, S. 283-304.
- Szelewa, Dorota/ Polakowski, Michal: Who Cares? Patterns of Care in Central and Eastern Europe. In: Journal of European Social Policy 18, 2008, S. 115-131.
- Szikra, Dorottya/ Tomka, Bela : Social Policy in East Central Europe: Major Trends in the 20th Century. In: Cerami, Alfio/ Vanhuyse, Pieter: Post-Communist Welfare Pathways: Theorizing Social Policy Transformations in Central and Eastern Europe. Basingstoke 2009: Palgrave Macmillan.
- U.S. Energy Information Administration: "Energy intensity using PPP" für 2011 und die Jahre davor.

-
- U.S. Social Security Administration: Social Security Programs Throughout the World 2010 (SSPTW 2010). Washington, D.C. 2010. (2011f.).
- UN Data: Datenbank. (Diverse Jahre).
- UNESCO: Datenbank. (Diverse Jahre).
- United Nations (UN): Demographic Yearbook. New York (diverse Jahre): United Nations.
- United Nations (UN): Millenium Development Goals Indicators.
- United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report (HDR) 1990 ff. New York.
- United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report (HDR) 2013, Datenbank. New York.
- Van Vliet, Olaf/ Caminada, Koen: Unemployment replacement rates dataset among 34 welfare states, 1971-2009. Neujobs Special Report No. 2, Januar 2012. Leiden 2012: Leiden University.
- Vobruba, Georg: Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a. M. / New York 2003: Campus.
- Vogel, Claudia: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 11. Potsdam 2000.
- Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. San Domenico (FI) 2001: Europ. Univ. Inst.
- Ward Schofield, Janet/ Alexander, Kira et al.: Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie. Berlin 2006: WZB.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1980⁵: Mohr.
- Weber, Max: Die protestantische Ethik. Hrsg. von Johannes Winckelmann. 2 Bände. Gütersloh 1982/84: Bertelsmann.
- Weber, Max: Der Sozialismus. In: Derselbe: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen 1988²: Mohr, S. 492-518.
- Weber, Steffen: Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 5. Potsdam 1998.
- Weede, Erich: Legitimacy, Democracy and Comparative Economic Growth Reconsidered. In: European Sociological Review 12, 1996, S. 217-225.

Wegener, Bernd: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, 1992, S. 269-283.

Wilensky, Harold L.: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley 1975: University of California Press.

Wood, Geof: Informal Security Regimes: The Strength of Relationships. In: Gough, Ian et al. (Hg.): Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.

World Bank: World Development Indicators. Washington D.C. (diverse Jahre): The World Bank.

World Bank: Growth, Poverty and Inequality: Eastern Europe and the Former Soviet Union. Washington, DC, 2005: World Bank.

World Bank: Global Safety Nets. Washington, DC, 2009: World Bank.

World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future. Oxford 1987: Oxford University Press.

World Nuclear Association 2013: Nuclear share figures für 2002-2012.

Youssef, Mona: Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 9. Potsdam 2000.

Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24, 1996, S. 63-77.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Köln (diverse Jahre): Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA).

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: International Social Survey Programme (ISSP). Köln (diverse Jahre): Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA).